



(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 20.32 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 30. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und besonders die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung, die heute mit ihrem Dozenten, Herrn Koenen, zu Gast sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute zudem unser neues Ratsmitglied, Frau Schalla, die ich direkt zu Beginn verpflichten möchte. Frau Schalla wurde für die FDP-Fraktion als Nachfolgerin von Frau Hoyer festgestellt. Sie hat die Nachfolge auch angenommen.

Frau Schalla, ich bitte Sie jetzt, nach vorne zum Rednerpult zu kommen, und alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben - auch die Gäste, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister.

(Chantal Schalla [FDP] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Frau Schalla, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz - Chantal Schalla [FDP]: Danke vielmals!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Frebel, Herr Kaske, Herr Kienitz, Herr Michalak, Frau Pakulat, Frau Schlömer und Herr Wortmann.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Hölzing-Clasen, Frau Jäger und Herrn Weber.

Zunächst müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst kommen wir zur Festlegung der aktuellen Stunde. Die FDP-Fraktion hat am 31. Januar 2024 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Mobil in der Stadt - Unzufriedenheit mit der Mobilität in Köln“ eingereicht. Die Fraktion DIE LINKE hat zudem gestern, ebenfalls fristgemäß, einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Arbeitsbedingungen und Ausbau der KVB“ eingereicht.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht aber die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellerinnen auf eines der beiden Themen. Konnte eine solche Einigung erzielt werden?

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen, ob zwei aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung beider aktuellen Stunden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist DIE LINKE. Enthält sich jemand?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ist doch kurz heute!)

Dann werden wir nur eine aktuelle Stunde durchführen.

Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir jetzt darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der aktuellen Stunde sein soll. Entscheidend ist auch hier, welcher der Anträge die Mehrheit des Rates findet.

Ich frage Sie also, wer für das Thema der FDP-Fraktion „Mobil in der Stadt - Unzufriedenheit mit der Mobilität Köln“ ist. - Das sind die FDP-Fraktion, Volt, die AfD, die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind KLIMA FREUNDE & GUT.



Für das Thema der LINKEN stimmt DIE LINKE. Wer enthält sich? - Das sind wieder KLIMA FREUNDE & GUT.

Dann ist das Thema der heutigen aktuellen Stunde der Vorschlag der FDP-Fraktion als Tagesordnungspunkt 1.1.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anfragen unter TOP 4.1 und 4.2 sowie TOP 17.6 bis 17.10 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.8 bis 24.11.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.8, 10.16 und 11.1.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass wir den Tagesordnungspunkt 10.11 - das ist die Umsetzung des Projektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ - in den Hauptausschuss zur Entscheidung verweisen, weil wir hier noch Abstimmungsbedarf sehen, das aber nicht weiter bis zum nächsten Rat verzögern wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Dann komme ich zu dem Dringlichkeitsantrag. - Ach so; die AfD hat sich noch gemeldet. Entschuldigung; das habe ich nicht gesehen.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die AfD-Fraktion würde gerne den Antrag unter TOP 3.1.3 zurückziehen. Das Thema ist dann doch anders gelöst worden. Wir freuen uns darauf, was die Verwaltung uns dazu präsentiert. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist aufgenommen.

Jetzt komme ich zu dem Dringlichkeitsantrag. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP haben heute zum Thema „Fällung der Platane 1 im Garten des Bahnhofes Belvedere“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das wäre TOP 3.1.6.

Gestatten Sie mir bitte, zur Dringlichkeit etwas zu sagen. Ich verstehe nämlich sehr gut, dass es

Ihnen eilig ist. Aus Sicht der Verwaltung besteht aber keine Dringlichkeit; denn der Rat kann heute über die Fällung nicht entscheiden. Dazu erläutere ich Ihnen noch einmal kurz das Verfahren.

Am 27. November vorigen Jahres habe ich die Fällgenehmigung für die Platane erteilt. Für diese Fällung ist nach dem Landesnaturschutzgesetz ein Befreiungsverfahren durchzuführen. Dabei muss der Beirat der Unteren Naturschutzbehörde angehört werden. Diese Anhörungsfrist läuft derzeit noch. Daher ist heute keine Entscheidung möglich. Stimmt dann der Beirat der Unteren Naturschutzbehörde der Fällung zu, kann sofort gefällt werden. Sollte der Beirat einer Fällung widersprechen - was ja durchaus möglich ist -, werde ich unverzüglich die notwendige Gremienentscheidung einholen, damit die Fällung trotzdem erfolgen kann.

Ich gebe noch einen Hinweis zur Vegetationsperiode, weil das ja die Eiligkeit auch ausmachen kann. Ist eine Befreiung erteilt, kann bei öffentlichem Interesse auch innerhalb der Schutzfrist gefällt werden, also auch nach dem 1. März.

Mir ist es natürlich wichtig, dass wir das gesetzlich vorgegebene Verfahren auch sauber einhalten.

Das wollte ich Ihnen im Vorfeld noch einmal zu der Dringlichkeit mitteilen. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich spreche jetzt für die Antragsteller. Vielen Dank für Ihre Erläuterungen. Das hilft uns weiter. Sie haben selbst gesagt, es ist eilig, aber nicht dringlich. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir das in den Umweltausschuss schieben. Ich glaube, dann können wir sehen, wie es weiterläuft.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch das nehme ich jetzt auf: keine Entscheidung über die Dringlichkeit mehr, sondern dieser Geschäftsordnungsantrag, über den wir sofort abstimmen.

(Ulrich Breite [FDP]: Im Umweltausschuss!)

Ich lasse einmal sofort darüber abstimmen; dann ist das erledigt. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann ist dieser Punkt durch Verschieben in den Umweltausschuss gelöst.

Nun möchte ich nach Wortmeldungen zur Tagesordnung fragen, und zwar zu ihrer Reihenfolge. - Es gibt keine Wortmeldungen zur Tagesordnung



mehr, auch nicht zur Reihenfolge. - Doch, von der AfD. Bitte sehr.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nicht zur Reihenfolge, sondern zu einer Verwaltungsvorlage, zu TOP 10.17. Das wissen auch die zuständigen Dezernenten. Wir halten das Zustandekommen dieser Vorlage für formell nicht rechtmäßig. Das wollen wir nur zu bedenken geben, bevor das Ganze dann aufgerufen wird, und werden später noch etwas dazu sagen, sollte es nicht von der Verwaltung heruntergenommen werden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: TOP 10.17 bleibt aber auf der Tagesordnung?

(Philipp Busch [AfD]: Das entscheiden Sie ja!)

- Es kommt doch darauf an. Wenn Sie jetzt beantragen, dass ich es von der Tagesordnung nehmen soll, dann lasse ich darüber abstimmen.

Philipp Busch (AfD): Ja, gerne; dann tatsächlich, ja. Ich befürchte nur, dass es wie das Hornberger Schießen ausgeht. Aber dann lassen Sie trotzdem gerne darüber abstimmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob TOP 10.17 von der Tagesordnung genommen wird. Wer möchte die Vorlage von der Tagesordnung nehmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann bleibt die Vorlage drauf, und wir können gleich noch einmal darüber sprechen.

Jetzt lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Zwei haben wir noch. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir kommen zu:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Mobil in der Stadt - Unzufriedenheit mit der Mobilität in Köln“

Konsequenzen aus dem ADAC Monitor 2024 „Mobil in der Stadt“ AN/0182/2024

Ich bitte zur aktuellen Stunde zunächst den Antragsteller, Herrn Sterck, nach vorne.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wie ich sehe, sind auch der Verkehrsdezernent, die KVB-Chefin, der Vorsitzende des Verkehrsausschusses und die verkehrspolitische Sprecherin der CDU da - also alle die, die für die Verkehrspolitik in dieser Stadt verantwortlich sind. Einige von ihnen tragen diese Verantwortung schon sehr lange; die Grünen sind seit 25 Jahren mit einem Jahr Unterbrechung hier Teil der Ratsmehrheit. Alle Personen im Verkehrsdezernat und bei der KVB sind handverlesen, sodass man den Schwarzen Peter eigentlich nicht mehr weiterschieben kann.

Da muss so eine Studie wie die des ADAC „Mobil in der Stadt 2024“ schon als Ohrfeige gewertet werden. Köln belegt den vorletzten Platz der 15 größten deutschen Städte in der Gesamtwertung, beim Pkw-Verkehr sogar den allerletzten.

Jetzt könnte man solche Ergebnisse selbstkritisch werten und sich fragen: Was kann man eigentlich besser machen? Oder man versucht, wie die Kölner Stadtverwaltung das getan hat, die Studie als nicht repräsentativ zu diskreditieren.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, bekommen Sie in Ihrem Elfenbeinturm eigentlich nicht mit, was in Köln los ist, was hier auf Kölner Straßen diskutiert wird? Lesen Sie keine Zeitungen? Reden Sie nicht mit Ihren Nachbarn oder mit Freunden? Wenn im Rosenmontagszug, wie heute vorgestellt, die Verkehrsversuche auf der Deutzer Freiheit, auf der Venloer Straße und auf der Trankgasse als Affentheater bezeichnet werden, müssen doch die Alarmglocken anheulen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wenn wie bei der Prinzenproklamation die Oberbürgermeisterin von der Bühne angesprochen wird und auf die Gäste aus Amerika, Japan oder Kerpen hingewiesen wird und gesagt wird, diese kämen nicht mit dem Fahrrad nach Köln, dann sollte man bei diesem Thema nicht zur Tagesordnung übergehen.

Einige schmerzhafteste Fakten aus der Studie: 89 Prozent der Kölnerinnen und Kölner nutzen



das Auto. Das sind erschreckende 15 Prozent mehr als bei der gleichen Studie von 2017 - und das nach Corona und bei mehr Homeoffice. Man kann es sich kaum erklären.

Über alle Verkehrsarten hinweg ist man mit der Mobilitätssituation in Köln unzufrieden. In den letzten sieben Jahren hat sich diese Unzufriedenheit noch einmal um 12 Indexpunkte verschlechtert. Besonders unzufrieden sind die Autofahrerinnen und Autofahrer mit dem Parkraumangebot, mit den Parkgebühren, mit Ampelschaltungen und mit dem Baustellenmanagement. Beim ÖPNV betrifft die Hauptkritik die Zuverlässigkeit, die Information bei Störungen und das Preis-Leistungs-Verhältnis. Selbst beim Radverkehr gibt es keine deutliche Verbesserung der abgefragten Aspekte.

Meine Damen und Herren, die Stadtverwaltung und die Ratsmehrheit machen in der Verkehrspolitik den dritten Schritt vor dem ersten: Parkraum wird weiter verteuert und vernichtet, ohne dass Quartiersgaragen auch nur geplant wären. Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV stehen im Regen, ohne dass bei den KVB eine Besserung in irgendeiner Form in Aussicht wäre. Autofahrerinnen und Autofahrer werden schikaniert, ohne dass das Schienennetz ausgebaut würde. Schlimmer noch: Der Verkehrsdezernent ignoriert bei seiner Fortschreibung des Schienennetausbauplans im letzten Verkehrsausschuss den einstimmigen Beschluss, der im August in diesem Gremium gefasst worden ist.

Früher war Köln das Verkehrskreuz des Westens. Heute ist Köln das Verkehrschaos im Westen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen, die die Kölnerinnen und Kölner selbst, aber auch die Kölner Wirtschaft mit viel Zeit, mit viel Geld und mit viel Umweltbelastungen bezahlen müssen. Machen Sie, liebe Verantwortliche für die Verkehrspolitik in Köln, endlich Ihre Hausaufgaben und führen Sie die Kölner Mobilität aus dem Tal der Tränen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleg*innen! Liebe FDP-Fraktion! Vielen Dank für diese aktuelle Stunde auch noch mal hier im Rat - wobei ich ja schon als Vorsitzender des Verkehrsausschusses angesprochen wurde und mir nicht verkneifen kann, zu sagen, dass wir in diesem Ausschuss auch schon die angesprochenen Punkte rauf und runter diskutieren. Aber vielleicht haben es da noch nicht alle mitbekommen. Daher ist es ganz gut, dass wir es auch hier auf dieser Bühne noch einmal tun und nicht nur in unseren Freundeskreisen, wo vielleicht gar nicht immer alle Auto fahren, sodass sie dann doch nicht so unzufrieden sind. Vielleicht haben Sie andere Freundeskreise, in denen solche Dinge diskutiert werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Straßenbahnnutzer sind auch unzufrieden!)

Denn selbstverständlich ist es nicht irgendeine Elfenbeindiskussion, die wir hier führen, sondern es ist in unser aller Interesse, die Mobilität der Kölner*innen tagtäglich zu sichern - bei allen Herausforderungen, vor denen wir hier stehen.

Ich möchte mich auch nicht in irgendwelchen Detailuntiefen von Umfragen verlieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir könnten jetzt wahrscheinlich zig Gegenumfragen anführen: die Studie „Mobil in Deutschland“; wir können uns die Modal-Split-Befragungen angucken. Ich glaube, das führt uns in der Sache am Ende nur nicht weiter.

Einen kleinen Unterschied muss man dann doch konstatieren. Diejenigen, die nach Köln einpendeln und aus Köln auspendeln, sind nämlich tatsächlich unzufriedener als diejenigen, die hier tagtäglich in Köln unterwegs sind. Daher müssen wir auch den Fokus darauf richten, dass wir zuerst einmal die Mobilität der Kölnerinnen und Kölner betrachten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kölnerinnen und Kölner setzen doch immer mehr auf den Umweltverbund, also auf Bus und Bahn, auf Fahrradfahren und Zufußgehen. Das sind auch die aktuellen Zahlen, die uns zum Modal Split vorliegen.

Wie in jedem Transformationsprozess - und die Verkehrswende ist, glaube ich, der größte Transformationsprozess, vor dem wir hier stehen - gibt es auch hierbei Wachstumsschmerzen. Die muss



man aushalten. Die muss man allerdings auch gut begleiten und immer wieder das Ziel vor Augen führen und dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Trotz oder auch gerade wegen der Unzufriedenheit kann es doch keine andere Lösung geben, als konsequent den Ausbau der Radwege voranzubringen, konsequent den ÖPNV auszubauen, konsequent die Bedingungen für den Fußverkehr zu verbessern - und sich dann aber bitte nicht im Kleinklein zu verlieren und jeden Radweg immer wieder aufs Neue zu diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Volt)

Schauen wir uns einmal das Verkehrschaos letzte Woche an, das ja scheinbar aus dem Nichts kam. Dort war vor allem der Autoverkehr betroffen, unter anderem durch Fehlverhalten von ganz vielen Autofahrern, die noch in die Kreuzung hineinwollten. Die „Critical Mass“ hat hierzu ein ganz wunderbares Video veröffentlicht, in dem zu sehen ist, dass es mit dem Rad störungsfrei am Stau vorbeiging.

Jetzt gibt uns der ADAC auch gleich Empfehlungen mit - der ADAC, der Automobil-Club -, was in dieser Stadt für die Mobilität gewährleistet werden muss. Und siehe da: Es steht überhaupt nichts Unbekanntes darin.

Der ADAC sagt erstens: eine integrierte Mobilitätsplanung.

Auf grüne Initiative hin haben wir uns hier in dieser Stadt auf den Weg gemacht, den SUMP, den nachhaltigen Mobilitätsplan, zu entwickeln und haben in der letzten Ratssitzung das Leitbild hierzu verabschiedet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also weitermachen in der Richtung!

Der ADAC sagt zweitens: Mobilität und Städtebau zusammendenken.

Bei den großen Stadtentwicklungsprojekten in dieser Stadt setzen wir gemäß den Kölner Perspektiven 2030 und der veränderten Stellplatzsatzung auf den Umweltverbund. Also dranbleiben und weitermachen!

Der ADAC sagt drittens: ein faires Miteinander im Straßenverkehr.

Auch die Stadt setzt auf Kampagnen, um für ein faires und gleichberechtigtes Miteinander zu werben. Also die Kampagne nachschärfen und hier auch nicht lockerlassen!

Der ADAC sagt viertens: Wir brauchen eine gute Radverkehrsinfrastruktur.

Auch wenn es nicht immer allen schnell genug geht: Es gibt keine Vorlagen mehr im Verkehrsausschuss, in denen der Radverkehr nicht konsequent mitgedacht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Volt)

Wir sehen es da draußen auch auf den Straßen: Der Infrastrukturumbau hin zum Radweg ist auf einem guten Weg. Der Weg stimmt also. Weitermachen!

Der ADAC sagt fünftens: Wir brauchen einen attraktiven ÖPNV.

Ja, auch die Demonstrationen hier vor dem Rathaus haben gezeigt, dass beim ÖPNV der Schuh drückt. Wir müssen hier besser werden - das ist vollkommen klar - und auch die KVB zukunftsweisend aufstellen. Das ist vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation leichter gesagt als getan. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir auch hier die richtigen Prioritäten setzen werden, um noch mehr Menschen vom ÖPNV zu überzeugen und ein attraktives Angebot vorzuhalten. Also Prioritäten setzen und schneller in der Umsetzung werden!

Der ADAC fordert sechstens die Verknüpfung der Verkehrsmittel.

Siehe da: Wir bauen Mobilstationen weiter auf - nicht nur in Köln, sondern auch im Umland. Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten zeigen uns, wie es geht. Wir machen es hier nach. Die Kooperation mit „go.Rheinland“ ist etwas, was wir weiter ausbauen müssen. Durch einen einfachen Wechsel zwischen Leihrad, Bahn und Leihauto wird das Bedürfnis am besten gestillt. Also Kooperation weiter ausbauen und den eingeschlagenen Weg fortsetzen!

Der ADAC sagt siebtens: die Verkehre über die Stadtgrenzen hinaus berücksichtigen.

Ich glaube, wir zeigen zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn, dass wir die Mobilität auch grenzüberschreitend weiterdenken.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)



Der ADAC sagt achtens: Bündelungsfunktion von Hauptverkehrsstraßen.

Auch hier haben wir das MIV-Grundnetz auf den Weg gebracht, um Veedel zu entlasten - entstanden im Dialog mit der Politik und allen relevanten Stakeholder*innen. Diesen Kompass nicht verlieren und diesen Weg weitergehen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Volt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verkneife mir die anderen beiden Punkte.

Sie sehen also: Es ist nicht alles gut mit der Mobilität in dieser Stadt. So viel Ehrlichkeit gehört dazu. Aber wir sollten nicht den Mut verlieren, sondern diese Umfrage als Auftrag an uns alle sehen, konsequent die Verkehrswende weiter voranzutreiben. Denn das sorgt für Klarheit. Wie eine Rolle rückwärts ausgehen kann, sehen wir in Berlin. Die Ziele und Lösungen liegen auf dem Tisch. Lassen Sie uns gemeinsam an einem Strang ziehen und Köln auf dem Pfad in die Mobilität der Zukunft halten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Ratskolleginnen und -kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Die Mobilität in Köln ist in der Tat eine Baustelle. Es wäre albern, der FDP bei dieser Feststellung zu widersprechen. Sie braucht dazu auch lediglich den Finger auf das Beispiel vom vergangenen Donnerstag zu legen. Allerdings war das auch eine Extremsituation: die A 1-Brücke im Norden gesperrt, im Süden die A 4 dicht und zudem noch der sich anbahnende - na ja, ein kleiner Wortwitz - Streik der KVB und die Demo in Deutz. Zufrieden sein können wir mit dieser Situation in der Tat nicht.

Aber lassen Sie mich einen Vergleich bemühen. Sie alle haben sicherlich schon einmal ein Update auf Ihrem Computer, Tablet oder Smartphone gemacht. Ein solches Update braucht auch die Mobilität in unserer Stadt. Wir haben das längst gestartet. Aber der Fortschrittsbalken auf dem Mobilitätsbildschirm läuft auch nach unserem Empfinden deutlich zu langsam.

Das hat diverse Gründe, die auch die FDP kennt und die auch eine plakative aktuelle Stunde hier im Rat nicht wegzudiskutieren vermag: lange Planungserfordernisse in allen Bereichen, insbesondere aber für neuen ÖPNV; die schwierige Hardware einer historisch gewachsenen Stadt, die auch beim besten Willen nicht einfach ein Upgrade bekommen kann; die finanziellen und personellen Ressourcen, die nun einmal nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen.

Wie gesagt, läuft das Update. Aber wie das bei einem neuen System so ist, passiert dann Folgendes: Programme sind nicht kompatibel mit dem neuen Betriebssystem; Schnittstellen haken; neue Benutzeroberflächen sind gewöhnungsbedürftig. Das bedeutet übersetzt: Verkehrsversuche sind alles andere als optimal gelaufen; Stakeholder wie Handwerker, Pflegedienste, Gewerbetreibende oder Anwohner wurden nicht richtig oder überhaupt nicht mitgenommen; jeder einzelne Verband sieht immer nur seinen kleinen Teil der Mobilität.

Dieses Vorgehen bringt uns keinen Schritt zu einer Akzeptanz der Neuordnung des Verkehrsraums weiter. Jüngste Beispiele sind die Venloer Straße, die Deutzer Freiheit und die Trankgasse.

Für uns steht fest, dass es richtig ist, die Mobilität neu aufzusetzen. Wir wollen alles daransetzen, den Verkehrsraum so aufzuteilen, dass er einer modernen Mobilität gerecht wird - einer Mobilität, die alle Verkehrsarten erlaubt und Angebote schafft. Keine Erziehung, keine Verbote!

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als die Deutsche Bahn jüngst einen Administrator für das 30 Jahre alte Windows 3.11 gesucht hat, musste ich an die FDP denken und schmunzeln. Denn auch hier hat man den Eindruck, dass es den Liberalen immer und immer wieder nur darum geht, die autogerechte Stadt wieder hochzuladen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Aber die ist längst deinstalliert. Das ist auch gut so. Denn wir brauchen ein modernes Betriebssystem für unsere Straßen, für die Fahrradwege, für die Schienen und für die Buslinien. Wir brauchen intelligente Lösungen für Handwerker, Mittelstand, Pflegedienste, für den ruhenden Verkehr und damit auch für die Barrierefreiheit in unserer Stadt. Nur damit können wir die Mobilität in Köln wieder flottmachen. Die ist - das war mein Eingangssatz - derzeit eine Baustelle.



Ein solches Update gibt es leider nicht zum Nulltarif. Umbauphasen sorgen für Behinderungen, Ärgernisse und Probleme. Dem muss die Stadtverwaltung mit einer guten Moderation und einem guten Management begegnen, um beim Umbau auch wirklich alle Beteiligten mitzunehmen. Da ist noch sehr, sehr viel Potenzial nach oben.

(Claudia Brock-Storms [SPD]: Ja, genau!)

Ich würde mich natürlich freuen, wenn dieser Umbau mit mehr Tempo vollzogen werden könnte. Und dabei meine ich keineswegs nur das Bepinseln von Radwegen. Es gehört schon ein bisschen mehr dazu. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen setzen wir alles daran, unseren Teil dazu beizutragen. Wir machen das in der Überzeugung, dass sich die Anstrengungen am Ende lohnen werden.

Ich bin nicht so blauäugig, zu denken, dass es morgen oder übermorgen so weit sein wird. Zehn Jahre wie beim Bau der Rheinbrücke bei Leverkusen muss es allerdings auch nicht dauern. Aber die Brücke hat doch eines überdeutlich gezeigt: Wenn das Update trotz aller Wartezeiten und Hindernisse erst einmal installiert ist, dann läuft das System auch wieder deutlich besser.

Machen Sie mit und arbeiten Sie daran - für eine moderne Mobilitätswende und für alle Kölnerinnen und Kölner sowie die Pendler und Besucher, die in unsere Stadt kommen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren hier im Saal! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer oben auf der Tribüne und draußen an den Bildschirmen! Köln ist mal wieder ganz hinten. Das ist ernüchternd und ärgerlich zugleich. Denn kein Verkehrsteilnehmer in dieser Stadt ist mit seiner Situation zufrieden. Der Autofahrer ist es so gar nicht - Platz 15 von 15 in dem Städteranking. Der ÖPNV-Nutzer ist es nicht - Platz 14 von 15. Der Fußgänger ist es nicht - Platz 14 von 15. Selbst der Radfahrer, für den augenscheinlich ja so viel getan wird, ist es nicht - Platz 14 von 15.

(Beifall bei der SPD)

Spätestens dieser Befund, liebes Ratsbündnis, muss doch nach knapp zehn Jahren immerhin zumindest CDU und Grüne - Volt ist ja vor drei Jahren erst dazugekommen - und die Verwaltung, die Sie tragen und die Sie auch personell stellen, misstrauisch machen, ob der Weg, den man hier gerade eingeschlagen hat, eigentlich der richtige ist, und einen veranlassen, das eigene Handeln auf den Prüfstand zu stellen.

Frau De Bellis, nach zehn Jahren ist es auch irgendwie aufgebraucht, immer nur auf die Vorgängerzeiten zu verweisen. Ich komme aber gleich noch darauf zurück, dass wir auch durchaus alle gemeinsam in der Vergangenheit Fehler gemacht haben.

Was ist der Befund, den wir vorfinden?

Erstens. Für den Individualverkehr, also die Pkws und Lkws, gibt es keine stringente und logische Führung im Sinne eines echten und funktionierenden Grundnetzes. Und es sei angemerkt, dass das, was in der Diskussion ist, auch noch nicht das ist, was zu diesem logischen und stringenten System beiträgt.

Zudem zeigen die Befragungsergebnisse, dass unser Baustellenmanagement weiterhin mangelhaft ist. Weit über die Hälfte der Befragten ist damit unzufrieden. Unsere Verkehrsverwaltung muss sich dringend und kurzfristig so aufstellen, dass sie den Anforderungen einer Metropole wie Köln gerecht wird. Dazu gehört neben funktionierenden Verkehrsnetzen vor allem auch regelmäßige und strukturierte Kommunikation mit allen wesentlichen Akteuren, insbesondere auch aus der Wirtschaft, damit die Schwarmintelligenz unserer Stadt viel besser genutzt wird. Bei Millionen von Verkehrsbewegungen täglich kann die Verwaltung schlicht nicht alles wissen oder alles sehen. Herr Egerer, nutzen Sie das Detailwissen der Kölnerinnen und Kölner und geben Sie diesen die Möglichkeit, sich einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Der Nahverkehr, insbesondere der schienengebundene, wurde leider nie stringent geplant und in klar gegliederte Netze aufgeteilt. Das ist ein Ergebnis unserer gemeinsamen Geschichte; dem mussten wir uns stellen. Hier fährt immer noch die Straßenbahn, die man in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts einfach an einigen Stellen unter die Erde verlegt hat. Manche meinen, das sei eine U-Bahn - ist es aber nicht.



Zudem wurde über viele Jahre beim ÖPNV gespart. Auch da kann man durchaus auf lange Perioden verweisen. In den letzten Jahren war das aber noch einmal in besonderer Weise der Fall. Denn auch die Beschlüsse, die wir gemeinsam gefasst haben, wurden in dieser Zeit nicht umgesetzt. Deswegen brauchen wir jetzt ein klares Bekenntnis und eine deutliche Priorisierung zum Ausbau des schienengebundenen ÖPNV. Das kostet Geld. Das ist uns sehr bewusst. Allerdings sind wir auch überzeugt: Die Verkehrswende wird nur mit einem funktionierenden ÖPNV und vor allen Dingen mit dem Ausbau des schienengebundenen ÖPNV gelingen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Kein anderes Verkehrsmittel als vor allen Dingen der ÖPNV kann diesen enormen Beitrag leisten. Das schaffen wir aber nur, wenn wir auch endlich die Außenbezirke unserer Stadt vernünftig anbinden und schnelle Verbindungen mit ausreichenden Kapazitäten quer durch die Stadt schaffen. Die Streckenverlängerung nach Mülheim-Süd, Stammheim-Flittard, Zündorf-Süd, die Stadtbahn Süd - allesamt bereits vor Jahren in diesem Rat beschlossen, aber bis heute nicht ansatzweise in der Umsetzungsphase, geschweige denn in der Nutzung.

(Beifall bei der SPD)

Solange wir in dieser Geschwindigkeit weitermachen, werden die Kfz-Zulassungszahlen weiter ansteigen - was ja Fakt ist - und nicht sinken, allen Modal Splits zum Trotz.

Dafür brauchen wir, Herr Egerer, jetzt Personal und viel Geld. Das müssen wir gemeinsam stemmen; sonst wird es nicht gelingen.

Selbstverständlich brauchen wir vor allen Dingen auch für einen funktionierenden ÖPNV Menschen, also Mitarbeitende, die unter möglichst guten und attraktiven Rahmenbedingungen ihren herausfordernden Job für uns alle machen können. Die vielen aktuell fehlenden und kranken Mitarbeiter bei unseren Kölner Verkehrs-Betrieben zeigen doch mehr als deutlich, was passiert, wenn die Rahmenbedingungen nicht optimal sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies müssen die Tarifparteien bei ihren aktuellen Verhandlungen sehr klar im Blick haben. Deutliche Arbeitszeiterhöhungen und Lockerungen des Kündigungsschutzes, wie aktuell von den Arbeitgebern gefordert, sind nach unserer Überzeugung

jedenfalls nicht die Instrumente, um Menschen für diese Aufgabe zu begeistern. Hier muss es noch deutliche Korrekturen und andere Ergebnisse geben, damit dieses System wieder voll funktionsfähig wird.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Radfahrenden sind nicht zufrieden. Ich hatte es erwähnt: Radwege werden nicht Achse für Achse, sondern immer nur in 100-Meter-Schritten ausgebaut. Die bestehenden Radwege in der Innenstadt, in Ehrenfeld, in Nippes sind attraktiv. Es muss aber draußen in den Vororten, in den Außenbezirken attraktiv sein.

Herr Egerer, liebes Bündnis aus Grünen, CDU und Volt, setzen Sie hier bitte die richtigen Akzente, damit auch Fahrradfahren überall in der Stadt attraktiv bleibt.

Die Fußgänger*innen - ich weiß, dass meine Redezeit zu Ende ist; ich komme zum Schluss - brauchen ebenfalls ihren klar abgegrenzten Raum. Auch da hat diese Stadt noch sehr viel Nachholbedarf.

Alles in allem muss die Verkehrspolitik in dieser Stadt eine ganz andere und nachdrückliche Aufmerksamkeit erfahren und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet sein. Nur so können wir perspektivisch unserer Rolle als Metropole im Westen mit Hunderttausenden von Pendlern und ebenso vielen Touristen gerecht werden und unseren Bürgerinnen und Bürgern eine lebenswerte Heimat bieten sowie vor allem den Anforderungen des Klimawandels gerecht werden.

Dann muss Köln auch nicht mehr das Schlusslicht im Städteranking sein. Denn so gerne - das können Sie mir glauben - ich die Farbe Rot sehe, möchte ich die rote Laterne für Köln in keinem Bereich mehr sehen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Verkehr ist ein Dauerthema in Köln. Der ADAC-Monitor zeigt, in welchen Bereichen die Unzufriedenheit der Bürger*innen besonders groß ist. Neu ist



das für uns alle nicht. Schließlich bewegen wir uns als Verkehrsteilnehmer durch die Stadt.

Dass jetzt die Unzufriedenheit der Pkw-Fahrer*innen besonders hervorgehoben wird, ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Schaut man sich die Auswertungen genauer an, sieht man: Die größten Ärgernisse sind die Höhe der Parkgebühren, das Parkraumangebot in der Innenstadt, das Verhalten von E-Scooter-Fahrern und Baustellen.

Bei allem Verständnis dafür ist für uns klar, dass der Pkw nicht den Verkehr der Zukunft abwickeln kann und auch nicht abwickeln wird. Wer sich über hohe Parkgebühren und fehlende Parkmöglichkeiten in der Innenstadt ärgert, hat die Verkehrswende nicht verstanden und wird sie auch nicht verstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Verwaltung arbeitet an alternativen Mobilitätslösungen. Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht das nicht von heute auf morgen. Die Umsetzung ist langwierig und wird sehr, sehr, sehr oft von kontroversen Debatten begleitet, insbesondere in der Presse; Stichwort: Verkehrsversuche. Dass die Unzufriedenheit dann groß ist, ist nicht verwunderlich. Wer gibt denn gerne Privilegien ab? Wahrscheinlich niemand.

Der ADAC-Bericht sollte nicht unsere eigene Vorstellung bestärken, sondern die Analyse dahinter ist wichtig.

Ein Mobilitätsexperte des ADAC führt das wie folgt aus:

Die zunehmende Flächenkonkurrenz sowie höhere Erwartungen an Verkehrssicherheit, Umwelt- und Gesundheitsschutz stellen die Städte vor großen Herausforderungen.

So auch Köln.

Der Verkehr ist stark gewachsen, der Platz auf der Straße aber derselbe geblieben. Die kommunalen Verkehrssysteme laufen am Limit.

Wir merken das tagtäglich.

Das spiegelt sich in Staus, längeren Pendelzeiten oder vollen Bussen und Bahnen wider.

Aber was sagt der Mobilitätsexperte auch?

Und der ÖPNV leidet unter dem derzeitigen Fachkräftemangel. Dabei bräuchte es dringend mehr Zuverlässigkeit und Kapazitäten.

Recht hat er!

(Beifall bei der LINKEN)

Ausschlaggebend ist daher für uns, wie gut wir den ÖPNV ausbauen und stärken. Der ÖPNV muss zur Hauptbasis des Verkehrs werden, und alle notwendigen Mittel müssen dafür eingesetzt werden. Dies fördert die Nachhaltigkeit und auch den Klimaschutz. Nur ein gut ausgebauter, kostengünstiger ÖPNV, der dazu auch noch zuverlässig ist, kann insbesondere Pkw-Fahrer*innen zum Umstieg bewegen.

Aktuell sind wir weit davon entfernt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollte uns doch unzufrieden machen - und nicht die Frage, ob es in der Innenstadt genug Parkmöglichkeiten gibt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Unter dem Motto „Wir fahren zusammen“ fordern ver.di und Fridays for Future in einer gemeinsamen Petition, dass Bund und Land ihr Versprechen einer Verdopplung des öffentlichen Personennahverkehrs bis 2030 verwirklichen. Hierfür müssten 16 Milliarden Euro pro Jahr für den ÖPNV bereitgestellt werden.

Es geht vor allem darum, die Forderungen der ÖPNV-Beschäftigten in den jetzt anstehenden Tarifverhandlungen im Nahverkehr umzusetzen. Bei der Tarifrunde Nahverkehr geht es um Essenzielles: eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es geht um Entlastungselemente, die da wären: Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Erhöhung des Urlaubsanspruchs, zusätzliche Entlastungstage für Schicht- und Nacharbeit sowie Begrenzung geteilter Dienste und unbezahlter Zeiten im Fahrdienst.

Ohne bessere Arbeitsbedingungen ist der Ausbau des Nahverkehrs angesichts des Personalmanagements überhaupt nicht machbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Deutschlandticket hat zwar mehr Nachfrage gebracht, aber nicht mehr ÖPNV. Es genügt auch nicht, mehr Busse und Straßenbahnen anzuschaffen. Es ist kein Geheimnis: Es braucht Menschen, die den ÖPNV ermöglichen und das auch



gerne tun. Vor allem brauchen wir sie im Fahrdienst, in den Werkstätten und in der Verwaltung.

Menschen machen ihre Arbeit gerne - jeder von Ihnen wird das wissen -, wenn die Arbeitsbedingungen zumutbar und attraktiv sind. Das wird zusätzlich Geld kosten. Bund und Länder müssen die Kommunen dafür dauerhaft unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Arbeitgeber haben den Forderungen eine deutliche Absage erteilt. Ihre einfache Rechnung in Anbetracht angespannter Kommunalhaushalte ist: Höhere Defizite der Unternehmen bedeuten weniger ÖPNV. - Das mag richtig sein. Aber was ist die Lösung? Ihre Lösung ist: Steigerung der Produktivität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch keine Lösung, sondern absurd. Die Erhöhung der Produktivität ohne echte Verbesserung der Arbeitsbedingungen geht an der Realität vorbei.

Festzustellen ist: Es fehlt eine Finanzierung des ÖPNV, die nachhaltig ist. Wir können und dürfen uns nicht auf den Status quo ausrichten. So wird uns die Verkehrswende nicht gelingen, die wir aber dringend brauchen.

Wir können absehen, dass nur mit viel Druck und Solidarität Verbesserungen zu erreichen sind. Die Forderungen sind klar: Ohne Fahrer*innen gibt es keinen Busbetrieb, und ohne gute Arbeitsbedingungen wird es keine Verkehrswende geben. Deswegen volle Solidarität für die Forderungen von ver.di und Fridays for Future! - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Das ist doch die andere aktuelle Stunde! - Weitere Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Froh das Wort.

Manuel Uwe Froh (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Zuschauer*innen! Der größte Automobillobbyverband in Deutschland macht eine Umfrage zur Zufriedenheit mit Mobilität, und das Ergebnis ist, dass Autofahrende am unzufriedensten sind. Das ist ja mal eine Überraschung! Noch größer ist die Überraschung, dass die Autofahrer am unzufriedensten mit hohen Parkgebühren sind. Jetzt ist

die Überraschung aber perfekt! Menschen müssen für etwas Ungeliebtes zahlen und sind damit nicht zufrieden.

Ansonsten liefert die Studie eigentlich wenig neue Erkenntnisse - das ist alles bekannt -, dafür aber Handlungsanweisungen. Diese sind auch nicht neu. Aber sie sind sehr erfreulich, weil sie vom ADAC kommen.

Dass die Auto-FDP umgehend eine aktuelle Stunde einberuft und auch nichts Neues erzählt - Herr Hammer hat es eben gesagt -, ist dann auch keine Überraschung.

Auf den sozialen Medien wird dennoch triumphierend mitgeteilt: Eine ADAC-Studie belegt, dass die Verkehrswende in Köln gegen die Wand gefahren ist. - Wohl wissend, dass niemand von den Followern die Studie ernsthaft liest, freut man sich über ein paar Klicks und Kommentare der üblichen Verdächtigen.

Es handelt sich hier übrigens nicht um eine Studie, sondern um eine Meinungsumfrage, bei der Menschen ihre persönliche, subjektive Meinung mitteilen konnten.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das würde man wissen, wenn man hin und wieder mal eine Studie lesen würde.

(Heiterkeit bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Aber zurück zur Umfrage: Was ist denn eigentlich an der Unzufriedenheit dran? Ich stimme natürlich zu: Die Studie sagt, die Zufriedenheit sei zurückgegangen; keine Frage.

(Zuruf von der FDP: Eine Studie!)

- Gut aufgepasst; sehr gut aufgepasst. - Die Zufriedenheit ist zurückgegangen. Aber der Verkehrsexperte des ADAC gibt ja auch eine Antwort. Die Rückkehr zur Normalität nach den Corona-Einschränkungen wird daher als Verschlechterung empfunden. Sie alle erinnern sich: leere Straßen, leere Busse, leere Bahnen, überall Platz. Ich zumindest erinnere mich sehr gerne daran.

Und was sagen Herr Suthold, also der Experte, und eigentlich alle Verkehrsforscher, wie es um die Verkehrswende steht und ob sie benötigt wird? In Forschung und Wissenschaft ist man sich einig, dass die Transformation dringend notwendig ist und eher noch beschleunigt werden muss, um unsere Klimaziele zu erreichen. Außerhalb



dieser Expertenrunden werden die Diskussionen dennoch hart und kontrovers geführt. Herr Suthold, der Experte, sagt:

Das verstärkt erst einmal die Unzufriedenheit vieler Verkehrsteilnehmer mit der Mobilität in ihrer Stadt. Gerade der Rad- und Fußverkehr sind zu lange vernachlässigt worden.

(Beifall bei Volt)

Wahre Worte vom ADAC!

Würde man es nicht besser wissen, würde man manchen Parteien glatt Wissenschaftsfeindlichkeit unterstellen. Würden sie jetzt den zwingend notwendigen Wandel unterstützen und nicht nur meckern und blockieren, wären die Menschen vielleicht auch zufriedener.

Und ganz ehrlich: Diese Posts, die ich eben angesprochen habe, sind kein Teil der Lösung; sie sind ein Teil des Problems.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich lade Sie aber sehr gerne ein - nicht nur ich, sondern bestimmt auch das gesamte Bündnis; ich erlaube mir das -, Teil der Lösung zu werden.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dafür müssten Sie und der Verkehrsminister lediglich auf die Experten hören.

Aber ich komme noch mal kurz - Herr Hammer hat das eben super gemacht - auf die Empfehlungen des ADAC zurück. Und was macht man eigentlich in Köln? Ich wiederhole es noch einmal, weil es einfach so schön klingt.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: So schön ist!)

- Genau, weil es so schön klingt.

Hauptärgernis: E-Scooter. Der Markt hat es bisher nicht geregelt. Aber der Rat hat Regeln auf den Weg gebracht. Die festen Abstellplätze werden kommen und, wenn sie denn da sind, die Zufriedenheit im gesamten Bereich massiv steigern.

(Beifall bei Volt)

Verknüpfung der Verkehrsmittel: Hier ist sicherlich Luft nach oben. Aber wir erarbeiten ja Mobilitätsstationen.

ÖPNV - DIE LINKE hat es auch gesagt -: Es mangelt an Geld, es mangelt an Führung, und es mangelt auch an Arbeitskräften. Eine Unternehmensberatung ist hier sicherlich nicht die Lösung, ebenso wenig ein kurzer und extrem teurer Tunnel.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Na ja! - Zuruf von der FDP: Tunnel wie in Kopenhagen!)

Wir sollten uns aber darum kümmern, dass unsere Busse endlich vernünftig fahren, dass unsere Bahnen vernünftig fahren und dass wir unsere Arbeitskräfte vernünftig bezahlen; denn nur zufriedene Arbeitskräfte bringen diese Stadt auch weiter. Wie man da auf die Idee kommen kann, Boni zu streichen und Arbeitszeiten zu verlängern, ist mir schleierhaft.

Noch ein Punkt dazu: Digitalisierung konsequenter nutzen. Viele Städte nutzen KI, um ihre Busrouten zu optimieren. Was autonomes Fahren betrifft, hängen wir natürlich deutschlandweit hinten dran. Aber da sollten wir auch langsam mal loslaufen.

Was aber wirklich schon gut umgesetzt wurde, ist gute Infrastruktur. Wir sind schon losgefahren. Es braucht aber noch mehr. Es braucht insbesondere Protected Bike Lanes. Ich komme der FDP sehr gerne entgegen. Man sollte Radfahrende und den Autoverkehr trennen. Damit können wir doch beide gut leben. Lassen Sie uns gemeinsam für mehr Protected Bike Lanes einsetzen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Bündelung von Hauptverkehrsstraßen wird über das MIV-Grundnetz erledigt. Parken als Schlüsselfaktor der städtischen Mobilität! Den ruhenden Verkehr regeln wir mit dem Masterplan Parken, den fließenden Verkehr hoffentlich irgendwann mit einer Stau-Bepreisung.

Mobilität und Städtebau, um kürzere Wege zu ermöglichen, regeln wir durch das Pilotprojekt eines Superblocks.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist abgelaufen.



Manuel Uwe Froh (Volt): Ich brauche nur noch zwei Sätze. Vielen Dank. - Sie sehen, liebe Kollegen der FDP: Sogar der ADAC kommt mittlerweile auf den Trichter, dass es andere Lösungen als „Auto first“ braucht und wir in Köln auf dem richtigen Weg sind - langsam und steinig; aber die Richtung stimmt. Machen Sie also mit. Verzichten Sie auf solche Eigentore wie die aktuelle Stunde, und lassen Sie uns die Transformation gemeinsam angehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Livestream! Liebe Freunde der CDU, besonders der CDU Köln-Nord! Sehr geehrter Herr Gökpinar! Herr Sterck, ich bin wirklich überrascht, aber eigentlich doch nicht; denn die aktuelle Stunde passt ja genau in das Bild, das man auch von Ihren Vertretern im Verkehrsausschuss hat: Es ist eben nichts Halbes und nichts Ganzes.

Sie haben die Trankgasse angesprochen. In der Trankgasse haben Sie doch sehr oft ein sehr eindeutiges Bild abgegeben, nämlich, dass Sie nicht daran interessiert sind, den Autoverkehr wieder dort zuzulassen - als einziges Beispiel, das ich nennen will.

Sie lassen aber auch sonst jedes Interesse an den anderen Verkehrsteilnehmern im Straßenverkehr vermissen. Denn - ich habe es gerade schon gesagt - schaut man sich Ihre Ausschussarbeit dahin gehend an, merkt man, dass Sie sich gerade nicht für Autofahrer einsetzen, sondern sich vielmehr der Lobbyvereinigung anschließen.

Die Studie des ADAC kann Sie aber auch eigentlich alle nicht überraschen. Denn, liebe Kollegen und liebe Zuschauer, jedem, der sich über diese Studie wundert, empfehle ich doch dringend einen kritischen Besuch des Verkehrsausschusses der Stadt Köln. Herr Joisten, auch deswegen kann ich Ihnen Ihre Empörung nicht ganz abkaufen; denn Ihr Vertreter reiht sich auch nur in diesen Reigen ein.

Kommen wir zum Inhalt. Was sagt diese Studie eigentlich? In Dresden sind die Menschen zum

Beispiel am zufriedensten. Köln wird bei der Unzufriedenheit nur von Duisburg überholt.

Meine Damen und Herren, was erwarten Sie denn? Die großen Punkte sind doch von den Grünen und ihrem rechten Flügel, der CDU, hier im Rathaus gemacht: fehlende Parkplätze, teures Parken in der Innenstadt und Radfahrer, die rücksichtslos und, was die Autofahrer auch merken, teilweise mit einer moralischen Überlegenheit am Straßenverkehr teilnehmen - mit Rückendeckung vieler der Kollegen hier.

Wer sich nicht nur die internationale Solidarität, sondern auch den Kampf gegen das Auto auf die Fahne geschrieben hat, sollte sich über diese Studie und über die Fakten nicht empören.

Aber nicht nur die Autofahrer merken es. Auch der ÖPNV-Nutzer bekommt in dieser Studie ein gutes Forum. Denn die Bahnen sind unpünktlich, dreckig und fallen gern aus. Unterhält man sich mit den Kölnerinnen und Kölnern an den Bahnhaltestellen - Herr Hammer, das empfehle ich Ihnen auch einmal, wenn ich Ihr Gespräch kurz unterbrechen darf; reden Sie mit den Leuten -, so hört man, der kontinuierliche Verspätungsbetrieb - so der Kölner Volksmund - solle seine Anzeigetafeln lieber mit einer groben Schätzung versehen; das würde nicht für so viel Frust sorgen.

Wir sind der Meinung, dass man aber auch einmal in die KVB-Chefetage schauen sollte. Der KVB-Vorstand drückt sich nämlich im Ausschuss um die Antwort, ob denn alle Vorstandsmitglieder 70 000 Euro Prämie erhalten haben. Jetzt steht natürlich die Frage im Raum, was denn die Grundlage für diese Prämie hätte sein sollen. Wir warten auf die sicher aufschlussreiche Antwort im Verkehrsausschuss.

Meine Damen und Herren, es wundert mich an dieser Stelle, dass die Verkehrsteilnehmer, die die mit Abstand größte Lobby in diesem Stadtrat haben, nämlich die Radfahrer, genauso unzufrieden sind. Gründe dafür sind neben der Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV unter anderem andere Verkehrsteilnehmer, also Autos, Fußgänger, E-Scooter-Nutzer und - und das ist ganz wichtig; denn wenn man die Studie gelesen hat, wie zum Beispiel Herr Froh, hat man mitbekommen, dass der letzte Punkt, den ich jetzt aufführe, in der Berichterstattung keine Erwähnung gefunden hat - die rücksichtslosen Radfahrer. Radfahrer in Köln sprechen also über Radfahrer in Köln und sehen sie in dieser Studie als großes Problem.



Meine Damen und Herren, wir wissen es - ich sitze auch im Verkehrsausschuss -: In vielen Dingen mit dem ÖPNV und mit dem motorisierten Individualverkehr versuchen wir doch irgendwo - das möchte ich Ihnen allen gerne auch zugestehen - die Quadratur des Kreises. Es ist schwierig, alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen zu behandeln. Herr Hammer, da bin ich ausnahmsweise auch mal ganz bei Ihnen, aber ohne den moralisch erhobenen Zeigefinger.

Wir sind der Meinung - das habe ich letztes Jahr schon oft genug beantragt; Herr Sterck, das haben Sie wirklich vermissen lassen -: Verkehrsversuche müssen beendet werden. Wir brauchen ausgebauten Fahrrad- und Fußwege.

Wir müssen uns einmal - ich weiß; das fällt einigen von Ihnen wirklich schwer - ganz unaufgeregt über das Ergebnis dieser Studie unterhalten. Daher beantragen wir - ich glaube, es ist noch nichts dazu beantragt worden, wie wir mit der Aktuellen Stunde umgehen -, das in die Verwaltung zu geben und es entsprechend kritisch im Verkehrsausschuss beim nächsten Mal zu besprechen, nachdem es bei Herr Egerer war. Herr Egerer, ich denke, Sie und wir, wir schaffen das. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Frau Syndicus.

(Karina Margareta Syndicus [KLIMA FREUNDE & GUT] begibt sich mit mehreren Papierrollen an das Redepult - Christine Seiger [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Bundestag ist das nicht erlaubt!)

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende hier im Saal und auch an den Endgeräten! Ja, der ADAC hat eine Umfrage unter 600 Leuten gemacht. Ganz ehrlich: Wenn ich mir irgendwo eine Pizza bestelle und es da 30 Bewertungen mit fünf Sternen oder 30 Bewertungen mit null Sternen gibt, dann glaube ich nicht so ganz, dass das repräsentativ ist.

(Vereinzelt Beifall)

Aber gut; wir kennen ja den ADAC. Der ADAC lässt ja auch gerne mal Pkw mit 50 km/h auf Lastenräder donnern und titelt dann: So gefährlich ist das Lastenradfahren. - Das fand ich damals wirklich sehr, sehr schön.

Ja, hier in Köln sind vor allen Dingen die Pkw fahrenden Menschen sehr, sehr unzufrieden. Immer wieder wird auch betont: Wir müssen auch an die denken, die auf das Auto angewiesen sind.

Letzten Donnerstag kam es wirklich zu schlimmen Zuständen in der Stadt Köln. Das haben Sie eben schon gesagt. Das ist total korrekt. Bis zu mir nach Hause, nach Bilderstöckchen, war Stau. Mit dem Fahrrad konnte ich ganz gut daran vorbeifahren.

Ich glaube, ehrlich gesagt, nicht, dass all die, die da in den Autos saßen, wirklich auf das Auto angewiesen sind. Diejenigen sind auch immer am lautesten, wenn wir einen Verkehrsversuch machen, und sagen: Aber jetzt geht ja gar nichts mehr. Wir müssen doch hier weiter mit dem Auto fahren können. - Ja, das sind in der Tat die Lautesten, weil der Autoverkehr nun einmal die größte Lobby hat. Die Menschen, die zu Fuß gehen, und der Radverkehr haben keine so große Lobby. Und dass wir seit Jahren und Jahrzehnten hier die autogerechte Stadt forciert haben, ist auch jedem klar, wenn wir uns umgucken.

Jetzt kommen wir zu dem, was ich Ihnen Schönes mitgebracht habe. Denn wir müssen uns überhaupt keine Sorgen machen, dass das Auto nicht immer noch genug Platz hätte und nicht am meisten mitgeplant wäre.

Schauen wir uns einmal das Beispiel der Escher Straße an.

(Die Rednerin hält ein Foto hoch)

Das ist die Escher Straße. Wir haben hier einen benutzungspflichtigen Rad- und Fußweg. Ja, es ist da sehr eng. Das können Sie hier nicht richtig erkennen; deswegen habe ich für Sie einmal reingezoomt.

(Die Rednerin hält ein Foto hoch)

Jetzt sind wir nämlich näher dran. Jetzt sehen wir: Oh nein, da steht ja ein Fahrrad und blockiert den Radweg! - Nein, nicht ganz; denn hauptsächlich steht da eine Straßenlaterne mitten auf dem benutzungspflichtigen Radweg. Da, wo das Fahrrad angekettet ist, könnte wunderbar eine Fahrradabstellanlage errichtet werden, würde ich einmal sagen. Aber wir haben hier immer noch den geteilten



Weg, Fuß- und Radweg auf einer Fläche, und das Ganze benutzungspflichtig.

Menschen, die zu Fuß gehen - das Problem haben wir hier im ÖPNV -, werden nicht einbezogen. Auch hier wurde wieder vorwiegend das Auto mitgedacht. Hier haben wir die Haltestelle Slabystraße.

(Die Rednerin hält ein Foto hoch)

Die Slabystraße befindet sich direkt neben den Riehler Heimstätten. Da leben vielleicht Menschen, die auf einen Aufzug oder eine Rolltreppe angewiesen sind. Aber nein, wir haben da einen riesigen Tunnel, also einen großen Angstraum, und eine sehr, sehr lange Treppenanlage.

Sicherlich sind in dieser Umfrage keine Kinder berücksichtigt worden. Dann wäre nämlich aufgefallen, dass an solchen Stellen wie hier - Geldernstraße/Parkgürtel - immer noch der Autoverkehr im Fokus ist.

(Die Rednerin hält ein Foto hoch)

Ich habe es für Sie einmal im Hellen fotografiert, weil Sie im Dunkeln nicht genug erkennen würden. Die Straße ist zwar von einer Straßenlaterne wunderbar ausgeleuchtet. Kinder gehen aber leider morgens hier entlang, auf dem Radweg oder auf dem Gehweg, wo es komplett dunkel ist.

(Die Rednerin hält ein Kreisdiagramm hoch)

Dann gibt es aus dem Büro des Fußverkehrsbeauftragten noch die Flächenverteilung der Verkehrswege. Wir sehen hier, dass das Auto sogar ein bisschen zurückgedrängt wird, aber noch den meisten Platz einnimmt. Wir werden sogar noch mehr Platz brauchen; denn die Autos werden immer, immer größer. Die Parkplätze reichen nicht mehr aus, alles ist zugeparkt usw. usf. Das Problem ist also mehr oder minder hausgemacht.

Wenn ich dann wie bei der Karnevalssitzung höre: „Es kommen Leute aus Japan, aus den USA und aus Kerpen, und die kommen hier nicht mit dem Fahrrad hin“, muss ich sagen: Wer aus Japan oder aus Amerika mit dem Fahrrad hierhin kommt, dem gebe ich ein ganzes Fass Kölsch aus.

(Beifall bei Volt)

Meine Güte!

Und dann wird sich darüber beschwert, wir würden hier zu viele Verkehrsversuche und alles Mögliche machen. Diese Verkehrsversuche sind

ein Kompromiss, weil auch hier die Pkw-Fahrenden wieder diejenigen sind, die am lautesten schreien und sagen: Nein, wir sind aber alle auf das Auto angewiesen. Wir wollen das, was ihr plant, hier nicht haben. Macht doch lieber erst einmal einen Versuch. Macht es nicht direkt. Holt das Auto nicht direkt aus der Innenstadt heraus.

Dann haben wir so etwas wie eine super Beschlussvorlage zur autofreien Kitschburger Straße, und dann kommen zwei Leute an, die ihre Oma im Krankenhaus besuchen wollen und die Kitschburger Straße als Abkürzung nutzen möchten.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Das stimmt so nicht! Das musst du ordentlich wiedergeben, mit Rettungswegen usw.!)

- Ja, die Rettungswege. Genau das ist ja auch immer das Argument: Wenn man hier in der Innenstadt kein Auto mehr fahren kann, was macht denn dann die Müllabfuhr, was macht denn dann die Feuerwehr, was machen denn dann die Pflegekräfte usw.? - Die sind auf das Auto angewiesen und dürfen selbstverständlich weiterhin hier fahren. Aber die Verkehrswende, die muss schneller vorangehen. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen im Saal! Sehr geehrte Besucher*innen auf der Tribüne und am Livestream! Sehr geehrte FDP, vielen Dank für diese schöne Vorlage der aktuellen Stunde. Über Mobilität in Köln zu sprechen geht immer. Das meine ich jetzt gar nicht ironisch. Es ist wirklich ein Anliegen der Leute; das ist vollkommen klar. Das merken wir auch in jedem Wahlkampf. Daher ist es doch ganz gut, sich hier noch einmal zu positionieren.

Am letzten Donnerstagabend bin ich nach dem Stadtentwicklungsausschuss nach Hause geredelt, von hier nach Ehrenfeld. Ich war, muss ich ehrlich sagen, richtig perplex. Ich bin über die Nord-Süd-Fahrt gekommen - in beide Richtungen Stau. Da habe ich noch an einen Unfall oder Ähnliches gedacht. Dann bin ich über die Ringe geredelt - auch kompletter Stau. Auf der Venloer Straße auch alles voller Stau. Ich war ein bisschen irritiert. Denn die Klimakleber haben ihre



Strategie geändert. Sie können es nicht gewesen sein. Es muss also das Auto selbst gewesen sein, das sich im Weg steht.

Aber es war auch klar, dass das natürlich Ärger gibt. Kurz danach gibt es jetzt die aktuelle Stunde der FDP, basierend auf der Umfrage des ADAC.

Ich finde diese Umfrage auch kritisch, was die Vergleichbarkeit betrifft; das ist ganz klar. Ein Indikator, der mich an der Vergleichbarkeit zweifeln lässt, ist zum Beispiel das Ein- und Auspendeln in den Städten. Dresden scheint ein Paradies zu sein. Aber dort kommen auch im Verhältnis viel weniger Leute in die Stadt hinein als bei uns. Köln ist bekanntermaßen eng. Es ist klar, dass es hier mehr Probleme gibt.

Es ist unschön, auf einem der letzten Plätze zu stehen; fragen Sie die FC-Fans hier im Saal. Aber das ist gleichzeitig ein Ansporn, es besser zu machen.

Zur Zufriedenheit wurde auch schon einiges erwähnt. Ich finde das eher als Hobbysoziologe interessant. Fragen Sie zur Zufriedenheit zum Opernhaus, oder fragen Sie zur Zufriedenheit mit der Deutschen Bahn, oder fragen Sie Eltern zu ihrer Zufriedenheit mit dem Schulsystem. Da werden Sie überall keine guten Antworten kriegen. Deswegen ist das für mich kein besonderer Indikator.

Interessant an der Umfrage ist übrigens, dass alle gefragt wurden, nur die E-Scooter-Fahrer nicht. Sie durften nichts dazu sagen. Auf sie durfte man nur schimpfen. Das ist auch ein bisschen ungerade.

Verkehrswende ist kein Selbstzweck. Das haben sich nicht Radfahrer ausgedacht, um Autofahrer zu quälen, sondern es geht darum, dass wir unsere Stadt lebenswerter machen. Es ist übrigens auch so, dass jeder Autofahrer und jede Autofahrerin, die wir überzeugen können, auf das Rad umzusteigen oder den ÖPNV zu nutzen, auch etwas mehr Platz auf den Straßen machen. Die Autofahrer*innen haben also auch selbst etwas davon, wenn ein Teil von ihnen auf andere Verkehrsmittel ausweicht.

Die Verkehrswende schafft aber in erster Linie mehr Sicherheit im Straßenverkehr in unserer Stadt. Verkehrsberuhigte Straßen oder Fahrradstraßen und Ähnliches bedeuten lebenswerte Veedel. Ich bin mir sicher: Überall dort, wo wir eine verkehrsberuhigte Zone oder eine Tempo-30-Zone haben, möchte kein Anwohner zu dem alten

Zustand zurück, als noch Tempo 50 in den Seitenstraßen vorgeschrieben war. Da ist die Zufriedenheit sicherlich sehr groß, wenn wir es konsequent weitermachen.

Die Verkehrswende trägt aber auch einen Teil dazu bei, die Luftqualität in unserer Stadt zu verbessern, und ist letztlich - und mit am wichtigsten - auch ein Beitrag zum Klimaschutz.

Indikatoren für eine erfolgreiche Verkehrswende sind nicht Umfragen, sondern ist für mich in erster Linie der Modal Split. Da wird natürlich gerne auch darauf verwiesen, dass die Zulassungszahlen in Köln steigen; das sei sozusagen eine Abstimmung mit den Autos. Fakt ist aber auch, dass diese Autos offensichtlich nicht mehr so viel benutzt werden wie früher. Der Modal Split verschiebt sich eindeutig zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln in Köln. Für mich ist das ein Zeichen dafür, dass die Verkehrswende erfolgreich auf dem Weg ist.

Es wurde auch erwähnt, wie wichtig der ÖPNV ist. Ganz klar - Herr Fenske hatte das hier bei seinem Abschied im Rat auch ganz deutlich gesagt -: Es gibt keine Verkehrswende, ohne den ÖPNV fest im Blick zu haben.

Da muss ich aber auch einmal diejenigen ansprechen, die, was die Ost-West Achse angeht, noch unentschieden sind. Eine Achsenverstärkung oder eine Ertüchtigung dieser Achse in 30 Jahren bringt uns relativ wenig. Wir brauchen diese Verstärkung möglichst schnell. Daher heißt es für mich auch hier: Oben bleiben!

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Natürlich brauchen wir auch - die Pendler hatten wir schon erwähnt - einen Ausbau von Park-and-ride-Plätzen, damit die Pendler mit dem ÖPNV nach Köln hineinkommen und nicht unbedingt mit ihrem Auto.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Verkehrsversuchen, die immer wieder gerne erwähnt werden: Als Ehrenfelder möchte ich hier etwas zur Venloer Straße sagen. Jammern ist der Gruß der Kaufleute, möchte ich sagen -

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Widerspruch von der FDP)

also nicht aller Kaufleute, aber mancher Kaufleute. Das ist auch in Deutz so. Die Kaufleute auf der Ehrenstraße sind sicherlich ganz zufrieden. Ich als Ehrenfelder kenne auch einige Kaufleute -



Herr Breite, wir können gerne einmal einen Bummel machen -, die zum Teil auch sehr zufrieden sind. Seitdem wir den Verkehrsversuch und die Einbahnstraße haben, ist das speziell für den Lieferverkehr eine deutliche Entlastung, weil die Lieferfahrzeuge jetzt auf der Straße halten können, um kurz auszuladen, und nicht mehr nicht besetzte Parkplätze für den Lieferverkehr suchen müssen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es ist ganz hervorragend. Die Radfahrer sind zufrieden; die Fußgänger sind zum großen Teil zufrieden. Man kommt nach der ersten Phase des Verkehrsversuchs wieder besser über die Venloer Straße. Es ist eine deutliche Verbesserung. Ich glaube, wenn Sie eine Umfrage unter den einzelnen Handelsleuten -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist abgelaufen.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): - und unter allen Ehrenfelder*innen machen, werden Sie feststellen, dass der Ehrenfelder und die Ehrenfelderin in der Mehrheit sicherlich - -

(Ulrich Breite [FDP]: Die Vogelsanger fanden das toll!)

- Die Leute in der Piusstraße fanden es am Anfang auch nicht lustig. Aber das wird sich einspielen.

(Ulrich Breite [FDP]: Sie haben gesagt, das spielt sich ein!)

Letzter Satz - den muss ich hier erwähnen; den hat mir ein Verkehrsreferent zugeraut -: Wenn wir in der Verkehrswende einen Gang höherschalten - und das tun wir, und dafür bin ich dankbar -, dann ruckelt es manchmal.

Ich bitte um Verzeihung. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht einmal, um zur Versachlichung zurückzukommen, betonen, dass natürlich keine und keiner von uns mit der derzeitigen Verkehrssituation zufrieden sein kann. Köln hat sich aber

vor mehreren Jahren Gott sei Dank entschieden, die Verkehrswende konsequent anzugehen. Sie ist demokratisch beschlossen, und zwar mehrfach hier im Rat. Und sie ist gewollt. Das geht nicht von heute auf morgen. In allen Städten, in denen die Verkehrswende vorangetrieben wird, gibt es Zielkonflikte. Diese Zielkonflikte führen eben zu kontroversen Diskussionen und, wie man gerade gesehen hat, zu großen Emotionen. Aber lassen Sie mich bitte noch einmal betonen: In jeder Umbauoperation gibt es die Situation, dass die Stimmung schlechter wird, bevor sie wieder besser werden kann.

Herr Egerer kann zur Versachlichung beitragen. Deswegen gebe ich ihm jetzt das Wort, bevor ich Sie dann bitte, zu beschließen. Es gibt ja schon einen Antrag von Herrn Büschges, wie wir weiter mit der Sache umgehen. - Herr Egerer, bitte.

Beigeordneter Ascan Egerer: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauende! Ich möchte die Gelegenheit gerne nutzen, um ein paar Dinge noch mal einzuordnen. Ich bemühe mich, nicht zu viel von dem zu wiederholen, was Sie schon gesagt haben - und da war sehr vieles schon dabei.

In unserer eigenen letzten Haushaltsbefragung zur Mobilität der Kölnerinnen und Kölner haben wir rund 20-mal mehr Rückmeldungen auswerten können und entlang der realen Bevölkerungsteilung gewichtet als jetzt bei dem Meinungsbild des ADAC, auf das Bezug genommen wurde. Das Ergebnis ist eindeutig: Der Fuß- und Radverkehr erfreut sich großer Beliebtheit, und der Anteil der entsprechend zurückgelegten Wege hat deutlich zugenommen. Das ist der Modal Split, der auch schon erwähnt wurde. Er zeigt einen klar positiven Trend für den Umstieg auf klimaschonende Verkehrsmittel.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese wachsenden Radverkehrszahlen machen auch die Bedeutung dieses auch einer technischen Entwicklung unterliegenden Verkehrsmittels für die Mobilität der Menschen in der Stadt deutlich.

Eine weitere Zahl: Unsere Dauerzählstellen, die wir seit 2017 über das Stadtgebiet verteilt haben, haben einen Zuwachs an Radfahrenden von 2017 bis 2023 um 26 Prozent festgestellt. Auch hier gibt es also einen ganz klaren Trend.



Das führt natürlich zu weiterem Handlungsbedarf, den es früher in der Form nicht gab. Das möchte ich ganz klar betonen. Mehr zu Fuß Gehende, mehr Radfahrende und mehr Umweltverbund führen zu neuen Themen.

Wir haben ganz viel Handlungsbedarf, beispielsweise für die zu Fuß Gehenden, die zu oft an immer noch viel zu vielen Stellen in der Stadt unnötigen Gefährdungen ausgesetzt sind, oder für die Radfahrenden, für die an vielen Stellen die vorhandenen Wege einfach an die Kapazitätsgrenzen stoßen und/oder eben auch nicht die erforderliche Qualität aufweisen - auch das wurde schon angesprochen -, aber natürlich auch für das Thema „Lieferverkehr, Logistikkonzepte, Handwerk“ und selbstverständlich für den ÖPNV-Ausbau.

Deswegen befassen wir uns sehr intensiv und auch mit großer Geschwindigkeit mit unserem nachhaltigen Mobilitätsplan „Besser durch Köln“. Auch das tun wir auf Grundlage eines Ratsbeschlusses. Gestartet sind wir im Herbst 2022. Dieser Plan ist der große, rahmengebende Plan, der die nachhaltige Mobilität in unserer Stadt beschreibt und helfen soll, die Mobilitätsbedürfnisse von Menschen und Unternehmen in der Stadt, aber auch im Umland zu berücksichtigen - mit dem Ziel einer besseren Lebensqualität für alle.

Dies zu erfüllen ist keine Kleinigkeit; denn hier geht es wirklich um verkehrsmittelübergreifende Strategien und im weiteren Schritt auch um Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, dass die bereits zitierte Mobilitätswende tatsächlich weiter vorangeht. Es wurde gesagt, dass das Beschlusslage ist. Daran arbeiten wir mit ganz großer Intensität.

Mir und uns in der Verwaltung ist sehr wohl und sehr stark bewusst, dass wir noch große Verbesserungspotenziale haben; ganz klar. Das ist auch in gewisser Weise logisch.

Umso wichtiger ist es uns auch, die Entwicklung des nachhaltigen Mobilitätsplans jetzt entsprechend voranzubringen, insbesondere auch unter vielfältigen Beteiligungsformaten mit den Menschen hier in Köln. Das ist sehr aufwendig. Wir machen das in einem nie da gewesenen Umfang. Das kostet selbstverständlich dann auch die entsprechende Zeit. Diese Zeit müssen wir uns aber nehmen. Daran führt kein Weg vorbei. Sie bestätigen ja auch immer wieder, dass wir das so tun sollen.

Wir sind natürlich schon in einer Phase angekommen, in der Veränderungen auch tatsächlich „draußen“ wahrnehmbar stattfinden und von den Menschen wahrgenommen werden. Dass es dabei auch Unzufriedenheit gibt, ist logisch und liegt auf der Hand. Aber auch hier wird es aus meiner Sicht gelingen, mit dem nachhaltigen Mobilitätsplan den Menschen zu erklären, was wir da machen, warum wir das machen und wo wir letztendlich hinhinmüssen.

Ich bedanke mich an der Stelle auch ausdrücklich für die Unterstützung und die Beschlüsse, die die Beschleunigung des ÖPNV-Ausbaus einfordern. Das zeigt auch: Sie wollen das. Sie wollen das auch wirklich.

Natürlich - auch das ist angekommen - haben wir hier ein Thema und müssen uns um die Finanzierung kümmern. Das kostet alles viel Geld. Mein Blick geht da auch ausdrücklich aus diesem Haus heraus in Richtung Land und Bund. Damit müssen wir uns unbedingt beschäftigen; denn das ist eine ganz umfangreiche Aufgabe, die wir uns vorgenommen haben.

Die aktuelle Lage letzten Donnerstag wurde angesprochen. Das kann ich, glaube ich, relativ schnell übergehen. Aber es ist wohl klar geworden, dass eine Verkehrsinfrastruktur, eine Straßeninfrastruktur einer Stadt nicht für solche Ausnahmesituationen gestaltet werden kann. Das wäre überhaupt nicht verhältnismäßig. Gott sei Dank kommt es ja auch nicht so oft vor, dass die Leverkusener Brücke fehlt und 100 000 Fahrzeuge pro Tag andere Wege finden müssen. Zusätzlich gab es dann Einzelereignisse wie diverse Unfälle und eine Demo. Das ist alles zusammengekommen. Darauf müssen wir, glaube ich, hier nicht weiter vertiefend eingehen.

Herr Dr. Suthold wurde bereits zitiert. Mit ihm habe ich einen guten Austausch. Er ist auch - das vielleicht zum Abschluss - in unserem Mobilitätsbeirat vertreten und bringt sich dort ein. Insofern haben wir auch einen guten Draht. Er hat bestätigt - das Zitat wurde gerade schon vorgetragen -, dass die Unzufriedenheit erst einmal steigt, wenn diese Veränderungen stattfinden und bestimmte Dinge erst einmal umgesetzt werden müssen. Der Fuß- und Radverkehr wurde zu lange vernachlässigt. Das merken wir jetzt, weil jetzt viel mehr Menschen auf diese Punkte stoßen.

Wir sind da also dran. Wir werden weiter an dieser Entwicklung arbeiten - mit Hochdruck, mit hoher Geschwindigkeit, mit großer Intensität - für die Menschen, für die Stadt. Ich zähle weiter auf ihre



Unterstützung und darf mich dafür auch bedanken. Ich finde es sehr gut, dass wir hier darüber diskutieren. Das Thema „Verkehr und Mobilität“ ist es immer wert, dass wir darüber sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Abschluss der aktuellen Stunde. Ich schlage vor, nach § 5 Abs. 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Gibt es Gegenstimmen?

(Matthias Büschges [AfD] meldet sich zu Wort)

- Genau das haben Sie gerade auch beantragt? Ja, ich schlage es vor. Bei Ihnen wusste man es nicht genau. Sie haben nämlich auch gesagt, es solle im Ausschuss behandelt werden. Das weiß ich genau. Ich habe es mitgeschrieben.

Wer wünscht, dem nicht zuzustimmen, dass die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird?

(Ulrich Breite [FDP]: Was möchten Sie jetzt?)

- Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird.

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist auch unser Wunsch als Antragsteller!)

Ist jemand dagegen? Gibt es Gegenstimmen gegen diese Verfahrensweise? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das jetzt so geschehen. - Vielen Dank. Ich wünsche weiterhin eine gute Zusammenarbeit, um unsere Stadt lebenswert zu gestalten.

Nun rufe ich auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung des Werks „Born Athlete American: Laurie Hernandez II“ (2020) der Künstlerin Jeanette Mundt an das Museum Ludwig 4084/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann bitte ich um Handzeichen. Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion DIE FRAKTION, die AfD-Fraktion und die Fraktion Volt. Enthaltungen? Eigentlich kann es keine mehr geben. - Keine Enthaltungen. Dann ist die Schenkung angenommen.

Herzlichen Dank an den Schenker.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke und der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Kinderfreundliche Stadt - auch in der Kommunalpolitik“ AN/0152/2024

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Ersetzungsantrag zu TOP 3.1.1 - Kinderfreundliche Stadt - auch in der Kommunalpolitik“ AN/0206/2024

Ich gebe Frau Scho-Antwerpes das Wort.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürger und Bürgerinnen am Livestream! Danke schön an Frau Syndicus, dass sie diesen Antrag vorbereitet hat. Kein Streit, wer von Ihnen beiden das war. Wir als SPD freuen uns jedenfalls darüber und gehen da gerne mit.

(Beifall bei der SPD und bei KLIMA FREUNDE & GUT)

Uns ist sehr wohl bewusst, welches ein Betreuungsproblem wir in unserer Stadt haben. Das wissen Sie auch alle. Da brauche ich Sie nicht zu überzeugen. Die Eltern draußen erfahren das jeden Tag.



Aber was ist mit denen, die einen Weg wie wir gehen wollen? Ich kann mich noch erinnern - ich gehöre ja zu der älteren Kategorie -, wie schwierig es damals war, in die Politik einzusteigen, wenn man nämlich keine Kinderbetreuung hatte, weil die Zahlen noch nicht so weit fortgeschritten waren, wie das heute der Fall ist, und die Großeltern nicht in der Nähe waren. Da hat man verzichten müssen, Frau Sommer. Da hat man gesagt: Na ja, vielleicht später mal.

Aber was wäre das doch für eine Chance, wenn wir junge Eltern, junge Menschen haben, die in die Politik gehen wollen! Danach sehnen wir uns doch oft.

(Beifall bei der SPD)

Dafür müssen wir als Kommune aber auch attraktiv sein. Wir brauchen pädagogische Fachkräfte, um den Kindern, die eine Betreuung nötig haben, hier im Rathaus und auch in den Bezirksrathäusern diese Betreuung bieten zu können. Ich sehe darin eine unglaubliche Chance. - Ich sehe hier teilweise Grinsen. Ich finde das nicht zum Grinsen, sondern halte das für ein extrem wichtiges Thema für unsere Zukunft.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Lassen Sie uns diese Chance ergreifen. Denn die Eltern, von denen ich hier spreche, haben ja zum Teil auch schon in ihrem Alltag Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit. Wenn sie dann noch in die Politik gehen wollen, haben sie noch mehr Schwierigkeiten, weil wir es gar nicht erst vorsehen, weil wir es noch überhaupt nicht anbieten. Und das wollen wir ändern. Deshalb bitte ich Sie, bei diesem Antrag mitzugehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kommunale Demokratie braucht Bedingungen, die es allen ermöglichen, sich an ihr zu beteiligen. Wer ein Kind großzieht, leistet für die Gesellschaft schon allein dadurch eine unverzichtbare Arbeit. Ohne Kinder keine Zukunft!

Aber Menschen, die dies tun, haben dadurch heute in unserer Gesellschaft immer noch berufliche und auch gesellschaftliche Nachteile. Es gibt durchaus Länder, zum Beispiel Norwegen und Schweden, in denen es schon ein gutes Stück besser gelingt, diese, sagen wir mal, Arbeit, die Menschen dort leisten, zu belohnen.

Deshalb ist es heute ganz wichtig, dass wir hier im Kölner Rat einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass das anders wird. Meine Vorrednerin hat das gerade ganz deutlich ausgeführt. Dem kann ich mich anschließen.

Die Initiative zu diesem Antrag kommt von der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Vielen Dank dafür! Ihr könnt das jetzt sicherlich noch ausführlicher begründen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte zuschauende Menschen! Ja, das ist der Antrag zur kinderfreundlichen Kommune auch in der Kommunalpolitik. Ich möchte erst einmal hervorheben: Hier in Köln ist es eigentlich schon toll geregelt; denn wir können natürlich einen Babysitter oder eine Babysitterin nehmen und bekommen auch diese Kosten erstattet. Bisher war es auch immer so: Wenn man ein Kind mit in die Sitzungen genommen hat, dann wurde es freundlich begrüßt, und eigentlich hat nichts weiter dagegengesprochen.

Es ist aber nun einmal so: Mit Geld ist nicht alles getan, und mit der Erlaubnis, dass das Kind in die Sitzung mitkommen kann, ist auch nicht alles getan. Denn einen Babysitter oder eine Babysitterin zu bekommen, ist auch nicht immer einfach. Manchmal werden sie auch krank und sagen ab usw. usf. Dann sitzen wir hier und haben ein großes Problem.

Oder aber wir haben ein ganz kleines Kind, das vielleicht noch gestillt wird. Dann ist es nicht drin, dass man fünf Stunden an einer Sitzung teilnimmt und dann erst wieder nach Hause kommt. Da wäre es toll, wenn es in den Nebenräumen eine Betreuungsmöglichkeit gäbe, um schnell reagieren zu können, wenn etwas ist.



Außerdem ist die Care-Arbeit immer noch nicht ganz fair verteilt. Das heißt: Wenn wir dafür sorgen wollen, dass sich mehr Menschen für die Kommunalpolitik interessieren, und wenn wir alle anstreben, dass die Menschen, die hier im Rat sitzen, eine breite Öffentlichkeit vertreten, müssen wir doch schauen, wie wir diese Menschen dafür begeistern können, in die Kommunalpolitik zu gehen, und ihnen Möglichkeiten an die Hand geben, die es ihnen leichter machen, die Entscheidung, sich politisch zu engagieren, zu treffen.

Das hier ist ein kleines Instrument, um es leichter zu machen. Natürlich gibt es auch einen noch immer etwas höheren Anteil der männlichen Vertreter hier im Rat; aber auch die haben Kinder. Nur ist es bei der Care-Arbeit häufig so, dass immer noch zu einem hohen Prozentsatz die Frau in Teilzeit arbeitet. Dann gibt es eben nicht ein so großes Problem. Da ist die Frau zu Hause und passt auf das Kind auf, und der Mann kann das Ehrenamt ohne Kind ausführen, weil er nicht in dieser Betreuungssituation ist. Wenn wir aber dafür kämpfen, dass mehr Männer in Elternzeit gehen und dass wir die Care-Arbeit gerechter aufteilen, dann ist auch dies ein Instrument, um das Ganze noch einmal zu unterstützen.

Dass unser Antrag hier nur einen kleinen Teil dazu beiträgt, dass wir mehr Menschen für die Kommunalpolitik begeistern können, ist uns ganz klar. Denn Kommunalpolitik ist tatsächlich ein Privileg. Es bringt mir nämlich nichts, dass zwar festgelegt ist, dass Lohnausgleich gezahlt wird, wenn ich von meinem Arbeitgeber, der mich für eine solche Sitzung freistellen muss, freigestellt werde. Natürlich kann dann Lohnausgleich gezahlt werden; das ist korrekt. Wenn ich aber in einem Unternehmen wie einer kleinen Bäckerei arbeite, nützt mir das Recht, freigestellt zu werden, relativ wenig. Denn was sollen die machen? Sollen die die Bäckerei mal eben zumachen? Das heißt: Auch hier haben wir wieder ein Privileg, weil nur Menschen dieses kommunalpolitische Amt annehmen können, die es einrichten können.

Das hier ist ein kleines Instrument, mit dem wir unsere Beteiligung leisten wollen, um mehr Menschen für die Kommunalpolitik zu begeistern. Wir wissen, dass das nicht schnell geht. Als Politik wollen wir auch keine Verwaltungsarbeit machen und genau sagen, wie das Ganze funktionieren soll. Deswegen sieht der Antrag vor, ein Konzept zu erstellen, das dann dem Rat wieder vorgelegt wird. Das ist eine Langstreckenaufgabe. Aber wir freuen uns sehr, dass wir diesen Antrag mit euch gemeinsam tragen konnten und auch den Änderungsantrag jetzt hier mit einer breiten Mehrheit

tragen können. Ich bitte Sie um Ihre Jastimme. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nach meiner Liste spricht jetzt Frau De Bellis-Olinger.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Ich wollte eigentlich nicht sprechen! Nur für den Notfall!)

- Nein. Gut. - Frau Schalla.

Chantal Schalla (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Liebe Kolleg*innen! Liebe Gäste! Das durchschnittliche Ratsmitglied in Deutschland ist zwischen 41 und 60 Jahre alt und immer noch eher männlich als weiblich. Uns fehlen nicht nur die ganz jungen Leute, sondern auffällig ist auch, dass Menschen mit Kindern nicht den Weg in das kommunale Mandat finden. Das ist auch nicht weiter verwunderlich bei einem Ehrenamt, das mit steigenden Anforderungen an uns - nehmen wir mal knapp 20 Stunden in der Woche - zusätzlich on top kommt, neben Erwerbstätigkeit und der schon erwähnten Care-Arbeit.

Das ist aber kein Umstand, den wir hier akzeptieren sollten. Daher danke ich der Initiatorin des Antrags und freue mich auch, dass wir hier zu einem gemeinsamen Vorschlag gekommen sind. Ich denke, als erste Rede kann man sich eigentlich nichts Schöneres vorstellen. Zum Streiten komme ich hier wahrscheinlich noch früh genug.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Antrag zeigt aber auch, dass Repräsentation der verschiedenen Gruppen wichtig ist. Unterschiedliche Perspektiven werfen andere Themen auf und geben dann meist auch passendere Lösungen für diese Themen. Ich selbst habe keine Kinder, kann aber natürlich nachvollziehen, dass eine Betreuung hier vor Ort weitaus hilfreicher ist als der privat organisierte Babysitter daheim. So etwas würde ich mir, sollte es einmal dazu kommen, für meine zukünftigen Kinder auch wünschen.

Ich weiß nicht, ob die Einrichtung einer Betreuung hier im Hause das Allheilmittel ist - wenn wir das haben, haben wir in Zukunft ganz viele Eltern hier mit im Saal sitzen. Nichtsdestotrotz sollten wir das doch ausprobieren und dieser Gruppe die Unterstützung bieten, die sie für dieses Mandat auch

braucht. Denn eines muss auch klar sein: Wir brauchen diese Bevölkerungsgruppe hier im Saal noch stärker. Ich bin nämlich davon überzeugt, dass sich der Fokus dann ganz anders auf weitere Themen legen würde. Familienpolitische Themen, wie zuverlässige und qualitativ hochwertige Betreuung auch außerhalb dieses Hauses, wären dann häufiger und intensiver hier zu besprechen.

Ganz nebenbei - das sei zum Schluss gesagt - glaube ich auch, dass wir, wenn mehr Eltern hier im Saal wären, auch nicht regelmäßig bis tief in die Nacht hier sitzen würden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kenne nämlich keine effizientere Gruppe als junge Eltern. Es ist erstaunlich, was sie in kurzer Zeit alles nebenher geregelt bekommen.

In diesem Sinne bin ich gespannt, was unser Haus mit diesem Antrag macht. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! Ich möchte mich zuerst bei dir, Karina, für den Aufschlag bedanken und bin froh, dass wir hier zusammen mit dem Bündnis eine super breit getragene Zustimmung für diesen Antrag finden.

Aus der Verwaltung heraus gibt es solch eine Idee schon lange - schon seit über einem Jahr. Denn anders als in anderen Kommunen in NRW besteht in unserer Stadt ein Interesse daran, dass wir die Stimmen von Eltern in der politischen Vertretung hier in Köln haben. Es ist wichtig, dass Politik gemeinsam mit der Verwaltung weiter daran arbeitet und es nicht beim Status quo belässt. Politik sollte repräsentativ für die Bevölkerung sein. Dass diese nicht nur für die gerechte Beteiligung von Eltern ist, sondern auch gegen die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Beeinträchtigung, Herkunft und Alter, darf nicht vergessen werden, würde aber heute hier natürlich zu weit führen.

Der Beschluss des Landtags, der kommunale Demokratie und kommunales Ehrenamt als Fundament unserer freiheitlichen Demokratie stärken und fördern soll, beschreibt schon einige Missstände.

Die Regelungen sind unfair. Im realen Leben trifft es - das haben wir eben schon gehört - vor allem wieder einmal Frauen, die immer noch primär die Care-Arbeit und die Haushaltsführung übernehmen. Es hemmt die Frauen, ihre politische Partizipation wahrzunehmen, da diese Rahmenbedingungen benachteiligend sind. Doch es ist wichtig, dass Entscheidungen von Eltern getroffen werden; denn diese sind auch Entscheidungen für Eltern.

(Beifall bei Volt)

- Danke. - Wir hier in Köln müssen bei Maßnahmen nicht auf NRW warten, sondern arbeiten jetzt an Verbesserungen, ganz speziell bei der Kinderbetreuung, die für uns Eltern so wichtig ist.

Termine für Mandatsträger*innen sind in der Regel abends und nicht in den Kinderbetreuungszeiten von Kita oder Schule. Sie finden also genau zu der Tageszeit statt, die in der Regel für die Familie reserviert ist. Ich kann verstehen, dass es für die 70 Prozent der Mandatstragenden in NRW, die berufstätig sind, einfacher ist, wenn die Sitzungen in den Abendstunden stattfinden. Doch für Familien mit Kindern ist es dadurch viel weniger organisierbar.

Die Kosten der Kinderbetreuung können auch heute schon erstattet werden. Das haben wir auch schon gehört. Doch es ist natürlich so, dass jeder für seine Kids eine separate Betreuung organisieren muss und außerdem nicht die An- und Abfahrt refinanziert wird. Ergo: Ich zahle drauf.

Eine Kinderbetreuung hier vor Ort würde etliche Hürden beseitigen. Ich weiß; einige denken jetzt sicherlich wieder: Oh ja, Rabenmutter; sie gibt ihre Kinder in fremde Hände. - Das kenne ich ja schon. Nein, liebe Verurteiler, Konzepte wie bei IKEA mit dem Småland sind nicht nur bei Großen beliebt, sondern besonders bei Kleinen, weil dieses Angebot in der unmittelbaren Nähe ist und ein Elternteil bei Bedarf vorbeikommen kann.

(Beifall bei Volt)

Die Betreuungsangebote für Kinder der Mandatsträger*innen und auch der Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung als Wahlmöglichkeit und Erweiterung der Maßnahmen zu kinderfreundlicher Kommune, familienfreundlichem Arbeitgeber und familienfreundlicher Kommunalpolitik sind mehr als sinnvoll.

An dieser Stelle möchte ich die IHK als Best Practice vorstellen. In meiner ganzen Ratszeit - sie ist nicht so lange wie bei den meisten von euch - war



ich bei wirklich vielen Sitzungen, Terminen und Veranstaltungen. Und ja, ich nehme meine Kinder oft mit. Aber nur eine einzige Veranstaltung hatte ein Angebot für Kinder: Auf dem Frauen-Business-Tag der IHK gibt es eine Kinderbetreuung. - Meine Tochter fragt noch heute immer mal wieder, wann wir dort denn mal wieder hingehen. Für meine Tochter war es ein großartiger Abend. Sie wollte nicht nach Hause, im Gegensatz zu mir.

Wir von der Volt-Fraktion haben als junge Fraktion bald glücklicherweise fünf Kinder. Das ist auch der Hauptgrund, warum wir ein Bällebad in der Geschäftsführung stehen haben.

(Heiterkeit)

Wir sind sehr nah an den Herausforderungen junger Familien dran.

Um eine politische Teilhabe für Eltern sicherzustellen, haben wir noch viel Arbeit gemeinschaftlich vor uns: Kinderbetreuung, digitale Sitzungen und nicht zuletzt Professionalisierung des Ehrenamts.

Wir haben hier nicht weniger als Köln, die schönste und viertgrößte Stadt Deutschlands, zu verantworten. Das macht man nicht eben mal so in zwei Stündchen am Abend. Das wird der Aufgabe nämlich nicht gerecht.

(Beifall bei Volt)

Danke, dass wir hier im Rat gemeinschaftlich mit der Verwaltung zusammen nicht auf NRW warten, sondern immer wieder daran arbeiten, die Rahmenbedingungen gerechter zu machen!

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Scho-Antwerpes, es stimmt: Mit mir gibt es zum Beispiel eine Person hier im Stadtrat mit zwei kleinen Kindern und zwei Mandaten.

Frau Glashagen, ich kann sogar auch Haushalt. Wenn Sie meine Frau fragen, wird sie Ihnen bestätigen, dass sie das nicht alleine machen muss.

(Beifall bei der AfD)

Aber das Paradebeispiel, um das es hier geht, ist ja Kinderbetreuung. Meine Frau zum Beispiel besucht jeden Dienstag eine Fortbildung. Und so wie heute ist es ein ganz besonderer Drahtseilakt, zu sagen: Wie machen wir es am besten mit den Kindern? Wie holen wir sie ab? Und wie regeln wir das mit der Organisation? - An der Stelle geht auch einmal ein Dank an meine Frau, die mir wunderbar den Rücken freihält.

(Beifall bei der AfD)

Es ist nicht selbstverständlich, dass man immer auf seine Familie und auf seine Freunde und Bekannten zurückgreifen kann.

Trotzdem sage ich: Jeder von Ihnen, der hier für diesen Stadtrat kandidiert hat, wollte erstens hoffentlich selber Kinder, wenn er denn Kinder hat oder noch plant, war sich aber auch der Verantwortung bewusst, die mit der Kandidatur und dem Mandat hier einhergeht.

Deswegen lässt Ihr Vorschlag noch einige Fragen offen. Wie stellen Sie sich denn zum Beispiel die so wichtige Eingewöhnung für Kinder vor? Wenn die Sitzungen doch so unregelmäßig sind, ist es ziemlich schwer, dadurch einen Bezug zu einer Bezugsperson aufzubauen, die nicht die Eltern sind. Und da geht es nicht unbedingt darum, ob es Mutter oder Vater ist. Das spielt dann keine Rolle. Kinder brauchen ja einen starken Bezug zu einer Person, und das ist gerade bei einer fremden Person sehr schwierig.

Oder was ist, wenn die Ausschusssitzung mal länger als vier Stunden dauert? Das ist ja bei uns auch keine Seltenheit. - Das sind Dinge, die wir dringend berücksichtigen müssen.

Die weitere Frage ist: Was machen Sie denn mit Kindern, die noch gestillt werden? Wollen Sie dann immer bedarfsorientiert rausgehen? Werden Sie dann wieder reingeholt? Oder wie soll das funktionieren?

Und haben Sie schon einmal versucht, ein zwei- oder dreijähriges Kind über mehrere Stunden einer fremden Person einfach so in Betreuung zu geben? Man braucht eine lange Zeit, damit das Kind Vertrauen fasst - da kann die Fachkraft noch so gut sein.

Deswegen kann das hier auch leicht nach hinten losgehen.

Sie schreiben ganz richtig in dem Ursprungsantrag, dass es auch Menschen gibt, die in kleinen Betrieben arbeiten und denen die Teilnahme an



Fraktions-, Rats- und Ausschussarbeit auch unbenommen sein sollte. Da gebe ich Ihnen recht. Das sehen wir genauso.

Sie schreiben auch, dass die Kosten für Babysitter oder eine Betreuung übernommen werden. Das ist der Punkt, wo wir eher bei Ihnen sind. Es gibt ja für diese Fälle ein Formblatt. Es gibt einen ganz unkomplizierten Weg, sich genau darum zu kümmern. Denn der normale Arbeiter, also Ihr Kollege in dem kleinen Betrieb, in dem Sie arbeiten, muss sich dann eine andere Alternative aussuchen, wenn er denn irgendetwas in seiner Freizeit oder in seinem anderen Ehrenamt machen möchte, wenn die Betreuung seines Kindes wegfällt.

Deswegen sind wir auch in der Verantwortung für diesen Stadtrat und in der Arbeit in unseren politischen Gremien besonders gefragt, auch als Vorbild für die einfache Bevölkerung zu dienen - mit allen positiven, aber auch mit allen negativen Aspekten, die dieses Ehrenamt mit sich bringt.

Es geht halt manchmal einfach nicht anders. Da brauchen die Kinder einfach doch Mama und Papa und keine fremde Betreuungsperson, weil es noch eine vermeintlich wichtige Sitzung gibt. Nichts ist wichtiger als das Wohl unserer Kinder. Keine Sitzung, meine Damen und Herren, kann so wichtig sein, dass man die Sitzung über das Wohl der Kinder stellt.

Trotzdem sagen wir: Am Ende muss das jeder von uns selber entscheiden. Wir warten gespannt auf das Konzept, das Sie uns dann vorstellen. Wir stimmen dem Antrag zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Michael Hock (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Reker. - Wir hatten eigentlich nicht vor, hierzu zu sprechen. Aber ganz kurz: Wir werden es ablehnen, und zwar aus folgendem Grund: Wir halten diesen Antrag für eine unzulässige Privilegierung der Politiker hier in Köln. Wir haben eine desaströse Situation in der Versorgung der Kinder der Kölner und Kölnerinnen. Und hier werden aus unserer Sicht ja schon dadurch, dass aus städtischen Mitteln Kinderbetreuung für Mandatstragende bezahlt wird, die Kommunalpolitiker bessergestellt als die Kölner Bevölkerung.

Meine Fraktion hat mit 100 Prozent Elternanteil, glaube ich, den höchsten Elternanteil aller Fraktionen. Auch für uns wäre es hilfreich, eine Betreuung zu haben. Wir organisieren sie selber, auch wenn das nicht immer so gut geht. Aber solange die Situation hier in Köln für die Kölner und Kölnerinnen so desaströs ist, ist es ein bisschen schwierig, wenn wir Politik und Politikerinnen uns da einfach besserstellen und dann dieses Problem nicht haben.

Wenn das hier in Köln besser geregelt ist, dann können wir gerne in diesem Rat noch einmal darüber sprechen. Aber solange es so ist, wie es momentan ist, können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Denn wenn man es konsequent weiterdenkt, muss man fragen: Warum dann nicht auch Dienstwagen, um die Demokratie zu unterstützen, oder eine bessere Bezahlung usw.?

(Zurufe: Das macht keinen Sinn! - Thema verfehlt!)

- Natürlich macht das Sinn. - Wir werden dem Ganzen nicht zustimmen. Ich wollte mich dann doch erklären. Ich bin erstaunt, dass es eine Mehrheit findet. Damit hätte ich nicht gerechnet. Aber so viel fürs Protokoll. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, wünschen Sie das Wort? - Nein. Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag, der ja ein Ersetzungsantrag ist, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Wiedereinführung der Bezirksbegeordneten“ AN/0149/2024

Ich gebe Herrn Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bin 1989 in die Bezirksvertretung Kalk eingezogen.



(Lukas Lorenz [SPD]: Da war ich noch nicht mal geboren!)

Dort war der Stadtkämmerer, Herr Gleitze, der Bezirksbeigeordnete. Er war im Grunde als die personifizierte Stadtspitze dort vertreten. Er hat an allen Sitzungen der Bezirksvertretung teilgenommen, hat auch viele Termine für die Stadt im Bezirk wahrgenommen, konnte die Bezirksvertretung bei ihren Beschlüssen beraten und hat auch mal ein Thema mitgenommen; denn er war im Grunde die direkte Anbindung an den Stadtvorstand.

Im Jahre 2000 hat es eine Reform gegeben. Da haben wir die Bezirksämter anders aufgehängt - im Organigramm im Stadtvorstand. Ich glaube, es war richtig, dass wir die Ordnungsdienste zentralisiert und vereinheitlicht haben. Das hat den Ordnungsdienst entsprechend gestärkt. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Aber es gab bei dieser Zentralisierung einen Kollateralschaden. Die Bezirksbeigeordneten sind nämlich weggefallen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Dieser Verlust ist einer der größten politischen Fehler, die ich in diesem Rat begangen habe. Ich weiß nicht, ob wir es damals nicht ausreichend gewürdigt haben oder ob wir es nicht gesehen haben. Plötzlich waren sie weg. Und was dann einmal weg ist - das wissen wir alle -, ist immer schwer wieder zurückzubringen.

Seither fehlt diese direkte Anbindung der Bezirksvertretungen durch die Stadtspitze hier ans Rathaus. Die Beratungen und Beschlüsse sind dadurch sicherlich nicht besser geworden. Alle Parteien haben Probleme, Nachwuchs für die Bezirksvertretung zu bekommen. Wir haben ja alle das Interesse - es gibt eine entsprechende Arbeitsgruppe -, die Bezirke zu stärken. Das wäre nun einmal eine Maßnahme, dies wirklich zu tun.

Deswegen ist diese Initiative, die Bezirksbeigeordneten wieder einzuführen, in allen Stadtbezirken, in allen Bezirksvertretungen debattiert worden. Die Mehrheit unserer neun Stadtbezirke war dafür. Fünf Stadtbezirke haben für dieses Instrument gestimmt. Ich habe das ja in der Begründung zu unserem Antrag erwähnt. Dort können Sie das nachlesen. Alle Fraktionen waren hier oder da mal entsprechend beteiligt.

Wenn Sie - möglicherweise waren Sie ja selber früher einmal in der Bezirksvertretung - mit Ihren Bezirksvertretern sprechen, werden Sie feststellen: Dort beklagt man sich über zu geringe Prä-

senz der Stadtverwaltung in der Bezirksvertretung. Da gibt es manchmal Probleme, selbst aus dem Fachamt Fachleute zu bekommen, die bei einem Bebauungsplan oder bei einer Verkehrsmaßnahme entsprechend beraten. Auch irgendjemand, der mit „Prokura“ - in Anführungszeichen - dabei wäre und sagen würde: „Ich nehme die Vorlage noch einmal mit; sie wird noch einmal bei uns in der Verwaltung beraten“, fehlt. Und das ist ein Instrument, das den Bezirksvertretungen entsprechend helfen würde.

Frau Oberbürgermeisterin und liebe Damen und Herren vom Stadtvorstand, es ist bemerkt worden, dass sich das im vergangenen Jahr verändert hat und dass Sie mehr präsent waren.

Wir haben bei uns in der Fraktion auch einmal rückgekoppelt, wie das da angekommen ist. Aber da wird im Grunde gesagt: Das ist ein bisschen Management per Helikopter. Da kommt der oder die Beigeordnete, und dann wird zwei Stunden über dieses Thema gesprochen. Für die normalen Themen bleibt dann wenig Zeit.

Deswegen geht es eben nicht um einen Besuch zu einzelnen Themen, um Präsenz zu zeigen und mal zwei Stunden dabei zu sein. Es geht nicht um diese Kür. Vielmehr geht es um eine Pflichtaufgabe, die wir darin sehen, dass der Stadtvorstand in den Stadtbezirken vertreten ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist unsere Initiative. Diese hat Rückenwind aus fünf Stadtbezirken erfahren. Sie haben gesehen, dass es auch in den anderen Stadtbezirken diskutiert worden ist. Manchmal war die Entscheidung knapp. Aber wir sollten ernst nehmen, dass die Mehrheit unserer Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter dieses Instrument wünscht, nämlich eine regelmäßige Vertretung des Stadtvorstandes in den Sitzungen, um die Arbeit der Bezirke effizienter, besser und durchschlagskräftiger zu machen. Daher hoffe ich auf eine Mehrheit in diesem Rat. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe FDP, in der Tat ist es in den Bezirken rauf und runter beraten worden.



Dankenswerterweise habt ihr eurem Antrag auch die jeweiligen Beschlüsse beigelegt. Vielleicht werdet ihr festgestellt haben, dass auch wir Grüne mal dafür waren und mal dagegen waren. Genauso kontrovers haben wir auch diesen Antrag bei uns in der Fraktion diskutiert.

Es ist richtig, dass eine fachliche Anbindung der BVen an die Ratsarbeit sicherlich noch einmal verstärkt werden sollte. Wenn wir uns aber anschauen, welche Themen die Themen sind, die in den Bezirksvertretungen rauf und runter diskutiert werden und dort auch entsprechend mit Änderungsanträgen belegt sind, stellen wir fest: Es sind ganz oft die Themen aus den Bereichen Mobilität und Verkehr; es sind die Themen aus dem Bereich Stadtentwicklung.

Da ist ja auch schon eine Verbesserung umgesetzt worden. Teilweise ist die Verwaltung nämlich anwesend, um die Fachfragen zu beantworten und dann auch in den Bezirksvertretungen Beschlüsse herbeizuführen, mit denen wir als Ratsgremien entsprechend weiter umgehen können. Dafür geht erst einmal ein herzlicher Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, die dort auch in den Bezirken Rede und Antwort stehen.

Die Frage ist: Ist denn die Anbindung einer Bezirksvertretung an Rat und Stadtvorstand besser, wenn dort regelmäßig ein Beigeordneter sitzt, der vielleicht zu den Themen, die dort behandelt werden, gar keine Prokura hat, wie du das gerade ausgeführt hast, weil es einfach nicht der Fachbereich der Beigeordneten oder des Beigeordneten ist?

Daher ist unser Ansinnen, eher zu sagen: Sorgt dafür, dass die fachliche Vertretung vor Ort gewährleistet ist. - Auch da gibt es ja schon diverse Modelle, die auch diskutiert und teilweise umgesetzt wurden, mit Videozuschaltung zu einzelnen Tagesordnungspunkten etc. Vielleicht kann man auch Themenkomplexe in einzelnen Sitzungen bündeln, um sich dort den Sachverstand hinzuzuholen.

Aber dass bei jeder Bezirksvertretungssitzung ein fester Beigeordneter als Ansprechpartner für Themen, die querbeet durch alle Bereiche der Verwaltung gehen, anwesend ist, halten wir nicht für zielführend. Wir möchten daher die Verwaltung gerne dabei unterstützen, den eingeschlagenen Weg der fachlichen Anbindung konsequent fortzusetzen, aber dieses Instrument in der Form nicht umzusetzen. Daher werden wir euren Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

(Bernd Petelkau [CDU]: Nein!)

- Nein. - Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Bezirke sind, wenn ich das einmal ganz pathetisch formulieren darf, die Keimzelle der kommunalen Repräsentation. Das darf man weiß Gott nicht geringschätzen. Ich will aber auch gar keinem hier im Raum unterstellen, dass er die Bedeutung der Bezirke geringschätzt.

Trotzdem müssen wir konstatieren, dass es ganz offensichtlich erhebliche Probleme gibt, wenn es darum geht, die bezirkliche Meinungsbildung an die Ratsebene - die Ratsebene ist unsere Aufgabe -, aber vor allem auch an die Verwaltungsspitze anzukoppeln. Das merkt eigentlich jeder, der sich damit beschäftigt und mit seinen Bezirksvertretern vor Ort redet. Da ist die Unzufriedenheit groß.

Nicht zuletzt gab es vergangene Woche im *Kölner Stadt-Anzeiger* einen großen Artikel, in dem darüber berichtet wurde, dass in der BV Nippes Politiker auf Auskünfte bestehen und Frust über mangelnde Resonanz aus der Verwaltung herrscht. Auch unser Fraktionsvorsitzender, Ulrich Müller, hat gesagt: So kann man nicht mit uns umspringen. - Das war übrigens nicht nur ein SPD-Thema. Die grüne Bezirksbürgermeisterin hat genauso in diese Kerbe gehauen.

Das ist weiß Gott nicht nur in der BV Nippes so. Ich behaupte: Solche Unzufriedenheit werden Sie in fast jeder Bezirksvertretung zu spüren bekommen, wenn Sie mit den Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort reden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Jetzt könnte man denken: Ist das Problem neu? - Wir werden dem Antrag zustimmen. Das sage ich direkt. Erlaubt mir trotzdem diese Ausführungen. - Nein, das Problem ist nicht neu. Insofern hat die Antenne FDP auch die besten Hits der 00er-Jahre wieder ausgegraben. Das habe ich festgestellt, als ich recherchiert habe. Ihr habt das Ganze nämlich 2006 schon einmal beantragt. Man findet auch noch eure Pressemitteilung



(Dr. Gerrit Krupp [SPD] hält ein DIN-A4-Blatt hoch)

zur Wiedereinführung von Bezirksbeigeordneten aus dem Jahr 2006. Es ist damals nicht beschlossen worden, auch von uns nicht beschlossen worden.

(Ulrich Breite [FDP]: Das weiß doch keiner mehr hier!)

- Das weiß zwar keiner mehr. Im Übrigen gilt aber: Oldies but Goldies. - Das ist damals also nicht beschlossen worden.

Damit habt ihr aber etwas ausgelöst. Ich habe nämlich weiter recherchiert und festgestellt, dass es im AVR 2008 eine Mitteilung mit dem schönen Titel „Information und Kommunikation zwischen Oberbürgermeister bzw. Dezernaten und den neun Bezirksvertretungen“ gab. Darin hat man sich auf vier Seiten dahin gehend ausgelassen, dass es der Bezirksbeigeordneten nicht bedürfe, man aber selbstverständlich erhebliche Anstrengungen unternehmen werde, um die Kommunikation zu verbessern, die offensichtlich schon im Jahre 2008 als defizitär betrachtet wurde. Es war sogar ein Sanktionssystem angedacht, wenn die Verwaltung nicht regelmäßig erscheint. Da gab es sehr viele Vorschläge.

(Zurufe: Bußgeld! - 2016! - Weitere Zurufe)

Diese zahlreichen guten Ideen haben es aber wohl bis heute nicht vermocht, die Situation so zu ändern, dass die Bezirksvertretungen sich gut angebunden fühlen. Ich glaube sogar, wenn ich das sagen darf, dass in den letzten Jahren die Unzufriedenheit eher größer geworden ist.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Deshalb ist vielleicht jetzt tatsächlich der Zeitpunkt, neue alte Lösungen auch noch einmal anzuschauen. Und da können Bezirksbeigeordnete auch aus Sicht der SPD-Ratsfraktion durchaus ein Weg sein, um die Situation zu verbessern.

Liebe Beigeordnete, wenn Sie die Begründung des FDP-Antrags gelesen haben, werden Sie gesehen haben, dass Sie da geradezu charmiert werden. Darin steht nämlich, man müsse sich nur einmal vorstellen, die Ratsausschüsse müssten ohne Anwesenheit der Beigeordneten tagen. Bei diesem Gedanken ist es mir natürlich auch eiskalt den Rücken heruntergelaufen.

(Ulrich Breite [FDP]: Finanzausschuss!)

- Ja, im Finanzausschuss und auch im AVR; keine Sorge. - Aber es wäre in der Tat misslich. Und so ist es in den Bezirksvertretungen sehr häufig. Das wird der Bedeutung dieser Ebene nicht gerecht, finde ich.

(Beifall bei der FDP)

Ja, es gibt in der Hauptsatzung die Möglichkeit, die Oberbürgermeisterin oder in Vertretung ihre Beigeordneten in die Bezirksvertretung zu zitieren. Aber was wäre das dauerhaft für ein Vorgehen? Es geht doch um ein gutes, kooperatives Miteinander und nicht darum, Leute auf Teufel komm raus dorthin zu zwingen.

Deswegen glauben wir - um zu schließen - tatsächlich, dass die Wiedereinführung der Bezirksbeigeordneten eine gute Lösung sein kann, weil dann nämlich jemand da ist - und das würde ich von den Beigeordneten jeweils erwarten -, der den Hut aufhat und sagt: Ich bin hier für Kalk zuständig; ich bin hier für Chorweiler zuständig; ich bin hier für Nippes zuständig. Ich bin jedes Mal da. Ich weiß, wo hier der Schuh drückt, und ich werde diese Interessen im Stadtvorstand vertreten.

(Beifall bei der FDP)

Das ist eine Lösung, die wir uns gut vorstellen können. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte vorab sagen, dass wir uns natürlich auch mit unseren Bezirksvertreter*innen darüber ausgetauscht haben. Tatsächlich ist es so, dass auch DIE LINKE in einigen Bezirksvertretungen zugestimmt hat. Wir haben das aber rückgekoppelt und haben dazu eine einheitliche Meinung.

Was Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen von der FDP, hier für alle Bezirke beantragen, hat schon etwas mit Misstrauen gegen alle Bürgeramtsleiter*innen zu tun. Danach hört es sich wirklich an, wenn man das hier beantragt und auch für die Bezirke komplett beantragt. Wir haben nämlich in den Bezirken kompetente Ansprechpartner*innen, die sich auch vor Ort auskennen. Das soll



auch so bleiben. Wir möchten da keine Veränderungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit Verlaub: Was könnten denn, bitte schön, der Kulturdezernent bei der Suche nach einem Drogenkonsumraum in Köln-Mülheim oder die Kämmerin gegen den Schulmangel in Chorweiler ausrichten? Es geht nicht darum, dass sie die Fachkompetenz nicht hätten; sie können sich überall einarbeiten. Aber ich denke auch, dass die Fachdezernenten genug zu tun haben.

Wie Lino Hammer gesagt hat, ist es nun wirklich nicht zielführend, dass sie bei jeder Bezirksvertretungssitzung dabeisitzen und querbeet alle Themen bespielen müssen. Denn unsere Dezernenten sind Fachdezernenten und sollen bei Bedarf in den jeweiligen Bezirksvertretungen Präsenz zeigen. Das wurde in der Kommission zur Stärkung der Bezirke angesprochen.

Sie selbst schreiben ja, dass sich das Ganze verbessert hat. Natürlich muss es noch optimiert werden und besser werden. Aber daran arbeiten wir ja.

Wir können auch nicht verstehen, dass Sie jetzt festschreiben wollen, dass es immer mindestens neun Dezernate geben muss, weil wir neun Bezirke haben. Oder wie wollen Sie das aufteilen, falls man auf die Idee käme, zukünftig wieder Aufgabengebiete in einem Dezernat zu bündeln? Sie sind doch immer an erster Stelle, wenn es um Verwaltungsabbau geht.

Was Sie besser beantragt hätten, wäre das, was uns unsere Bezirksvertretungen oder zumindest ein Teil dieser vermittelt haben. Man sollte nämlich den Bezirken und den Bezirksämtern ihre frühere Kompetenz zurückgeben und beispielsweise Bezirksordnungsdienste einführen, die vor Ort wissen, wo der Schuh drückt, und nicht durch die halbe Stadt mäandern müssen.

Das wäre eine Rückführung zu alter Stärke. Dass die Bezirke massiv gestärkt werden müssen, dürfte uns doch allen klar sein. Daran arbeiten wir. Aber dieser Antrag ist nun wirklich nicht zielführend. Deswegen werden wir ihm nicht zustimmen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich kurz. Wir werden dem Antrag zustimmen. Auch wir sind der Überzeugung: Köln wird in seinen Vedeln und in seinen Stadtbezirken gelebt. Deswegen muss dort eine entsprechende Anbindung stattfinden. - Dazu ist vonseiten der FDP und der SPD ja schon viel gesagt worden.

Wir glauben auch, dass das zu einer gewissen Steigerung der Qualität in den Bürgerämtern führen wird. Meine beiden Kollegen aus dem Kölner Norden könnten dazu bestimmt einiges erzählen. Eine gewisse Präsenz der Beigeordneten wäre da sicherlich sehr hilfreich.

Im Laufe dieser Wahlperiode haben wir ja einiges an neuen Beigeordnetenstellen geschaffen. Daher sollte auch die Personalkapazität vorhanden sein. Und wenn das nicht der Fall ist, müssen wir gucken, dass wir dort vielleicht irgendwelche Aufgaben abschieben. Denn eines steht für uns fest: Es darf nicht zu noch mehr Dezernentenstellen kommen. Gerade in diesen schweren Zeiten können wir es dem Bürger schwer verkaufen, hier zusätzliches Personal etc. einzustellen. Aus unserer Sicht muss das also mit dem bestehenden Personal geschultert werden.

Insofern finden wir eine engere Anbindung der Stadtbezirke an die Verwaltung bzw. an die Stadtspitze sehr gut. Das ist richtig, weil wir wissen, wie es in Köln ist: Chorweiler hat nicht unbedingt viel mit der Innenstadt zu tun, und selbst innerhalb der Stadtbezirke kann es durchaus heterogen sein. Schauen Sie sich einmal Widdersdorf an und vergleichen es beispielsweise mit Sülz. Das eine hat de facto ein innerstädtisches Flair, und das andere ist eher ländlich geprägt. Daher ist es sicherlich sehr richtig, wenn wir da alle vernünftig mitnehmen. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wie Sie wissen, ist mir die Stärkung der Bezirke ein wichtiges Anliegen. Darum habe ich die Kommission zur Stärkung der Bezirke gegründet und



weitergeführt, und darum besuche ich in jedem Quartal eine Bezirksvertretungssitzung.

Ich bin natürlich auch regelmäßig im Austausch mit den Bezirksbürgermeistern und Bezirksbürgermeisterinnen. Mit ihnen habe ich mich mehrfach darüber ausgetauscht, auch in der gemeinsamen Sitzung mit dem Verwaltungsvorstand. Dabei wurden die Vor- und Nachteile des Modells der Bezirksbeigeordneten sehr unterschiedlich eingeschätzt. Ich gebe da Herrn Sterck recht: Fünf von neun fanden das eine gute Idee.

Wir haben uns im vergangenen Jahr darauf geeinigt, dass alle Beigeordneten dreimal im Jahr an einer Bezirksvertretungssitzung teilnehmen

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist ja weniger als die Oberbürgermeisterin!)

- das ist weniger als die Oberbürgermeisterin, ja -, gerne in Verbindung mit einem Thema aus ihrem Bereich, das dort auf der Tagesordnung steht. Dieser Vorschlag wurde von den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern sehr positiv aufgenommen. Damit können wir auch den gewünschten direkten Draht - und zwar nicht nur zu einem, sondern zu allen Beigeordneten - unterstützen und die Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Bezirksvertretungen verbessern.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Ich kenne auch das Modell der Bezirksbeigeordneten. In kleinen Städten funktioniert das gut; die Erfahrung habe ich selber gemacht. Ob das in Köln funktioniert, weiß ich auch nicht.

Ich glaube, dass wir damit zumindest auf einem guten Weg sind. - Das wollte ich Ihnen nur noch einmal aus meiner Sicht mitteilen, bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das, was Sie da machen, Frau Oberbürgermeisterin, ist viel besser!)

Nun frage ich, wer dem Antrag der FDP-Fraktion zuzustimmen wünscht. - Das sind die FDP-Fraktion, die AfD, Herr Zimmermann und die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich KLIMA FREUNDE & GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend „Verfahren für zukünftige Beigeordnetenwahlen“

AN/2116/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt

AN/0183/2024

Als Erste hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten diesen Antrag schon letztes Jahr gestellt. Dann wurde er geschoben. Zum damaligen Zeitpunkt stand noch in Rede, dass zumindest zwei Verträge von Beigeordneten auslaufen. Da ist ja jetzt auch ein bisschen Bewegung hineingekommen. Es ist also an der Zeit, dieses liegen gebliebene Thema der Beigeordnetenwahlen richtig anzugehen.

Das Ganze hat eine Vorgeschichte, auf die ich hier nicht eingehen möchte. Sie wissen es zur Genüge. Wir haben lange darüber gestritten und darum gerungen. Jetzt sollten wir einmal versuchen, gemeinsam einen Weg zu finden, wie wir in Zukunft hier im Kölner Rat die Beigeordneten wählen.

Es gibt noch einen zweiten Grund für diesen Antrag. Die aktuelle Ratsperiode neigt sich langsam dem Ende zu. Die Vorschlagskommissionen zur Kandidatensuche für die Oberbürgermeisterwahl 2025 sind bereits eingerichtet und arbeiten schon. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wäre es für diesen Kölner Rat nicht angemessen, das alte Streitthema der Beigeordnetenwahl noch in dieser Wahlperiode zu beenden und ein geordnetes Verfahren zu beschließen?

Auch einen dritten Grund für diesen Antrag gibt es. Im September 2023 ist uns ein Leitfaden zur Wahl von Beigeordneten nach § 71 GO NRW zugesandt worden. Dieser Leitfaden entspricht unserem Rechtsempfinden. Deshalb glaube ich, dass dieser Leitfaden nicht nur ein Muss, sondern auch eine große Hilfe für ein geordnetes Verfahren für den Rat der Stadt Köln ist.

Einen Grundgedanken eines Verfahrens für die Wahl von Beigeordneten finden Sie in Punkt 10 dieses Leitfadens der Bezirksregierung. Das ist Punkt 4 unseres Antrags:

Die zur Wahl von Beigeordneten berufenen Ratsmitglieder haben das organchaftliche Recht, sich über den Kreis der Bewerber*innen im Vorfeld der Wahl zu informieren. Eine Geheimhaltung von



Bewerber*innen gegenüber dem Rat ist auch dann ausgeschlossen, wenn beispielsweise zur Vorbereitung der Auswahl ein privates Personalberatungsunternehmen hinzugezogen ... wurde.

Nun komme ich zu einem Punkt, der uns besonders wichtig ist und den wir auch in der Diskussion immer wieder gefordert haben. Wir schlagen eine Auswahlkommission vor, die den Mehrheitsverhältnissen im Rat entspricht. Am liebsten wäre es uns natürlich, wenn wir sagen würden, dass es nur die demokratischen Ratsfraktionen sind.

Ein solches Verfahren ist in Punkt 6 des Leitfadens dargestellt:

Diese Auswahlkommission tagt nichtöffentlich. Sie unterbreitet zusammen mit der Oberbürgermeisterin dem Rat gegebenenfalls mehrheitlich spätestens vor der Ratsentscheidung einen oder mehrere Vorschläge. Die Kommission hat keine Entscheidungsbefugnis; Herrin des Verfahrens ist der Rat der Stadt Köln.

Bitte verstehen Sie diesen Antrag auch als Anregung und als Anspruch an uns selber als Rat, dass wir ein transparentes und ein rechtssicheres Verfahren wollen.

Die Bezirksregierung hat unserer Fraktion und unserem Anwalt in zwei Verfahren gegen die Wahl eines Beigeordneten recht gegeben. Daraus haben wir nicht die Konsequenz gezogen, uns entspannt zurückzulehnen. Nein, daraus ist eine Verantwortung entstanden, uns für ein geordnetes Verfahren einzusetzen.

Ich möchte gerne an dieser Stelle kurz auf den Änderungsantrag eingehen. Wenn Sie, liebes Bündnis, SPD und FDP, einmal in sich hineinhören, werden Sie sicher feststellen, dass es nicht die feine Art und Weise ist, mit einem Antrag von uns so umzugehen. Ihr Punkt ist ja bei uns in Punkt 2 aufgeführt. Wenn man einfach einen neuen Antrag stellt und darüber die eigene Fraktion schreibt, ist das kein Änderungsantrag im eigentlichen Sinne. Ich frage mich: Ist es das überhaupt, wenn man einfach den Punkt 2 von uns abpinnt und nur die eigene Fraktion auf den Antrag schreibt?

Wir hätten uns gewünscht, dass wir im Vorfeld gemeinsam im Rat einen Weg finden, wie wir ein rechtssicheres Verfahren installieren können. Nichtsdestotrotz haben Sie jetzt diesen Änderungsantrag gestellt. Ich meine, Sie haben immer

noch die Möglichkeit, Ihren Änderungsantrag hier zurückzuziehen und über unseren Antrag punktweise abzustimmen. Dann können Sie ja gerne unserem Punkt 2 zustimmen. Aber es auf diese Art und Weise zu machen, geht gar nicht, finde ich. Es geht nicht, mit demokratischen Fraktionen so umzugehen. Sie sollten sich vielleicht noch einmal überlegen, ob es nicht der richtige Weg wäre, Ihren Antrag heute zurückzuziehen und dann punktweise über unseren Antrag abzustimmen.

Noch besser wäre es, wenn Sie unserem gesamten Antrag zustimmen würden. Denn wir wissen, wovon wir reden. Wir haben das durchexerziert. Was wir in diesem Antrag geschrieben haben und was wir fordern, ist richtig. Es würde dem Rat der Stadt Köln sehr gut zu Gesicht stehen, dieses Verfahren genau so zu machen, wie wir es in unserem Antrag dargestellt haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den digitalen Endgeräten und hier auf der Tribüne! Wir kommen aus der Situation heraus, dass wir in der Vergangenheit in vielen Bereichen keine rechtliche Klarheit hatten, wie ein solches Verfahren rechtskonform abzuwickeln ist.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Man muss einfach einmal feststellen, dass das Verfahren, das hier über Jahrzehnte in Köln angewendet wurde, nicht so rechtssicher war, dass es Bestand hatte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Deshalb haben wir auch eine entsprechende Empfehlung der Bezirksregierung bekommen. Man darf aber eines nicht vergessen: Das ist die Empfehlung dieser Bezirksregierung.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die für uns zuständig ist!)

Wir haben andere Bezirksregierungen in Nordrhein-Westfalen. Deshalb möchte ich auch noch einmal dafür plädieren, dass hier eigentlich der Landesgesetzgeber gefordert ist. Denn wir brauchen einheitliche Auslegungen für ganz Nordrhein-Westfalen.



(Beifall bei Teilen der CDU)

Es kann nicht sein, dass in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens etwas anderes gilt als in Köln.

(Christian Joisten [SPD]: Du hast doch bestimmt gute Beziehungen zur Landesregierung, oder?)

Aber wir haben jetzt diese Rahmenbedingungen, die vorgegeben sind.

Sie haben das ja auch partiell analysiert und sich einzelne Teile herausgepickt.

Das ist genau der Unterschied. Wir als demokratische Fraktionen, die sich diesem Antrag angeschlossen haben, wollen den gesamten Leitfaden so, wie er jetzt vorliegt, anwenden, damit wir hier rechtssichere Verfahren haben - wie es auch bei der letzten Wahl der Fall war. Sonst hätten wir beim letzten Mal hier gar keine Wahl durchführen können. Das möchte ich an der Stelle noch einmal betonen.

Jetzt kommen wir zu den einzelnen Teilen des Antrags.

Dass Sie auf eine bestimmte Kommission vorfestgelegt sind, ist Ihr gutes Recht. Das müssen aber andere nicht teilen, weil der Leitfaden das gar nicht hergibt. Es sind mehrere Verfahren möglich. Der Rat kann bei jeder einzelnen Entscheidung - - Das ist in der Vergangenheit hier auch schon passiert. Ich erinnere daran, dass die Vorgängerin von Herrn Charles das Ergebnis einer parteiübergreifenden Findungskommission war, die den Rat mehr oder weniger abgebildet hat. Jeder mag für sich beurteilen, ob das eine andere Qualität hat als das jetzt gewählte Verfahren, bei dem der Rat aus seiner Mitte heraus die Verwaltung beauftragt hat, die Dinge vorzubereiten. Genau diese Flexibilität sollten wir uns auch für künftige Verfahren erhalten.

Für uns ist Folgendes wichtig: Wir haben jetzt einen Leitfaden der Bezirksregierung. Wenn wir uns in diesen Leitplanken bewegen, bekommen wir vernünftige Ergebnisse. Wir sollten das jeweils im Einzelfall entscheiden und uns diese Flexibilität nicht nehmen lassen.

Deshalb kann ich hier für die antragstellenden Fraktionen des Änderungs- bzw. Ersetzungsantrags nur an alle appellieren: Lassen Sie uns heute in dieser Grundlagenentscheidung noch einmal bekräftigen, dass wir uns im Rahmen des Leitfadens bewegen. Wenn wir das machen, haben wir zukünftig noch alle Flexibilität, auch im

Einzelfall gegebenenfalls anders zu entscheiden. Ich bitte um Zustimmung zu dem Ersetzungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Herr Petelkau hat die wesentlichen Dinge zusammengefasst. Ich adressiere auch noch einmal den Landesgesetzgeber. Sehr gut fand ich, dass Herr Petelkau das bereits getan hat. Da soll es ja eine gewisse Nähe geben.

Ansonsten, liebe Fraktion DIE LINKE, lieber Jörg Detjen, liebe Frau Tokyürek, sind wir auch der Meinung: individuell angepasst auf die jeweilige Situation.

Im Moment gibt es keinen Handlungsbedarf. Wir werden zwar eine Dezernentenwiederwahl haben. Aber dafür brauchen wir wohl - so habe ich das verstanden - keine Findungskommission. Alle weiteren Vorgänge werden dann beraten und in ein Verfahren - analog zu dem, was die Bezirksregierung uns aufgeschrieben hat - geleitet und gelenkt.

Insofern haben wir heute aus unserer Sicht keinen Handlungsbedarf, eine Vorlage zu beschließen. Unser Änderungsantrag bildet genau das ab. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir hier bei einem ganz transparenten, klaren Verfahren bleiben, und zwar immer einzelfallbezogen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer draußen an den Endgeräten! Wir alle erinnern uns noch an das Katastrophenjahr 2021, als dieser Rat zur Kenntnis nehmen musste, dass zwei Dezernentenwahlen krachend gescheitert waren - zum einen krachend gescheitert, weil die fachlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren, und dann noch ein zweites Mal, weil die formellen Vorgaben des Verfahrens nicht eingehalten wurden.



Das heißt, dass wir in der Tat bei uns in Köln ein gewisses Problem mit der Wahl der Dezernenten oder Dezernentinnen haben. Insofern begrüßt die FDP-Fraktion ausdrücklich, dass die Fraktion der LINKEN dieses Thema jetzt wieder in die Hand genommen hat. Wir haben große Sympathie für ihren Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch vollkommen richtig, dass wir mit dem Eindruck der Hinterzimmerklüngelei aufräumen wollen. Ich glaube, jeder von uns - alle 90 plus die Oberbürgermeisterin - legt großen Wert darauf, dass dieser Eindruck, der in der Vergangenheit bei der einen oder anderen Wahl entstanden ist - ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt -, behoben wird. Dieser Eindruck ist schädlich. Wir alle sollten uns bemühen, klare und transparente Verfahren zu schaffen, die diesem Eindruck entgegenzutreten.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, haben wir als FDP große Sympathie für diesen Antrag.

Wir sind auch sicherlich alle der Meinung, dass die Schieberei von Zuständigkeiten, also das Zuschneiden eines Dezernats passend auf das Vorschlagsrecht einer Fraktion, in Zukunft abgeschafft gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN
sowie bei Teilen der SPD)

Das ist es doch, was draußen keiner mehr versteht. Und das ist es doch, was Hinterzimmerklüngeleien Tür und Tor öffnet.

Das Problem ist nur, liebe Freundinnen und Freunde von den LINKEN: Genau diesen Punkt erreicht Ihr Antrag nicht.

Deswegen haben wir uns nach reiflicher Überlegung entschlossen, Ihren Ursprungsantrag nicht zu unterstützen, weil diese Punkte, über die wir eben gesprochen haben - Hinterzimmerklüngeleien plus Zuschchnitt des Dezernats auf geeignete Kandidatinnen und Kandidaten mit dem richtigen Parteibuch -, durch Ihren Antrag leider nicht erreicht werden.

Ganz im Gegenteil: Wenn wir stets eine Findungskommission vorschalten, bedeutet das unnötigen Aufwand und unnötige Bürokratie, insbesondere wenn sich bei bestimmten Wahlen von Dezernentinnen und Dezernenten von vornherein eine

breite Mehrheit abbildet, wie etwa bei einer Wiederwahl.

Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde von den LINKEN, konnten wir an dieser Stelle bei Ihrem Antrag nicht mitgehen. Der Antrag ist aus Sicht der FDP-Fraktion da leider zu inflexibel, weswegen wir davon Abstand nehmen.

Im Übrigen, liebe Frau Kollegin Tokyürek, haben Sie vollkommen recht: Einen Änderungsantrag mit einem einzigen Satz, der beinhaltet, dass der Leitfaden angewendet wird, zu stellen, grenzt schon an eine gewisse Arroganz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Die antragstellenden Fraktionen hätten sich wirklich die Mühe geben müssen, den Antrag besser zu begründen. Ansonsten wirkt das alles ein bisschen dahergeredet, lieber Kollege Petelkau, dass wir ja diesen Leitfaden hätten und dass der Landesgesetzgeber gefordert sei. Das ist alles richtig und zutreffend. Aber das wird der Bedeutung des Ausgangspunkts und der Bedeutung dieses Antrags für die Transparenz und für die Glaubwürdigkeit unseres Rates und vor allem der Verwaltung nicht gerecht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, abschließend noch zwei, drei Anmerkungen in Ihre Richtung: Einige der in Ihrem Antrag enthaltenen Punkte - bis auf den Punkt zu dem Leitfaden bezüglich § 71 GO - sehen wir eigentlich schon im Leitfaden abgebildet. Die Themen der Klarheit und Transparenz bei der Hinzuziehung von externen Beratungsunternehmen sind, wenn ich es richtig gelesen habe, auch im Leitfaden abgebildet. Und dass die Rechte der Ratsmitglieder und der Fraktionen auch in Zukunft gewahrt werden, will ich doch mal schwer hoffen, Frau Oberbürgermeisterin. Das müssen wir hier nicht beschließen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte stimmen Sie daher dem Änderungsantrag zu. Der Ursprungsantrag war richtig; aber der Änderungsantrag ist besser, zielgenauer und passender. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Cremer, bitte.



Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren hier im Saal und am Livestream! Wir werden dem Änderungsantrag zustimmen.

Herr Petelkau hat ja gesagt, dass eigentlich der Landesgesetzgeber gefordert ist. Die CDU stellt doch den zuständigen Minister. Dann wirken Sie einmal darauf hin, dass er hier möglichst zügig tätig wird. Sie regieren seit 2017. Das hätte man auch schon in der vorangegangenen Legislaturperiode alles machen können.

Es ist schon ein starkes Stück, Frau Tokyürek, dass Sie hier von demokratischen Fraktionen sprechen, muss ich sagen, wenn ich die Historie Ihrer eigenen Partei sehe. Das sei hier nur einmal kurz am Rande erwähnt.

(Zurufe)

- Es ist ja so. Das ist die alte SED.

(Lukas Lorenz [SPD]: Quatsch!)

- Doch, das ist sie. Sie ist rechtsidentisch.

(Lukas Lorenz [SPD]: Komm, mach hier keine Geschichtsklitterung!)

- Es ist die alte SED. Das sollten auch Sozialdemokraten wissen.

Wir haben ja hier erlebt, wie Ihr De-facto-Fraktionsvorsitzender, sage ich einmal, das schnelle und konsequente Handeln der Kölner Stadtverwaltung in einer ganz speziellen Frage diese Woche hochgelobt hat. Die Diskussion darüber, dass wir weniger Klüngelei haben, ist richtig. Ich habe nur den Eindruck, dass Sie in der Vergangenheit nicht intensiv genug eingebunden worden sind und Ihre, ich sage einmal, Gesinnung und das entsprechende Regime da nicht haben fest verankern können.

Wie gesagt, werden wir dem Änderungsantrag zustimmen.

Bei Ihrem Ursprungsantrag habe ich auch eine Sache nicht so ganz verstanden. Sie schreiben darin:

... denen zuvor abgesagt wird.

Dann sagen Sie, das Personalberatungsunternehmen und die Kommission könnten das nicht tun. Wie soll denen dann zuvor abgesagt werden, wenn keiner von den beiden das kann? Das ist auch eine Sache, die in Ihrem Antrag nicht ganz schlüssig ist.

Wie gesagt, haben wir hier mit der vorliegenden Unterlage der Bezirksregierung ein vernünftiges und flexibles Dokument, mit dem wir arbeiten können.

Dass der Eindruck von weniger Klüngelei in Köln entsteht, werden wir nicht unbedingt nur mit der Aufstellung von Regeln schaffen, sondern das muss auch Teil der politischen Kultur werden, glaube ich. Deswegen kann ich für die Zukunft da nur hoffen. - Das war es auch schon. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann würde ich gerne kurz Stellung dazu nehmen, Herr Görzel, dass Sie deutlich gesagt haben, zweimal sei das Wahlverfahren krachend gescheitert. Sie erwecken damit den Eindruck, dass es von der Verwaltung nicht richtig durchgeführt worden ist.

(Volker Görzel [FDP] schüttelt den Kopf)

- Das wollen Sie nicht. Dann ist es ja in Ordnung.

Die Bezirksregierung Köln hat nämlich während des Rennens die Pferde gewechselt und ein Verfahren, das weit über Nordrhein-Westfalen hinaus überall üblich ist und auch hier in Köln jahrzehntelang üblich war, nicht mehr mitgemacht. Das ist die Bezirksregierung Köln. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. - Danke.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung, und zwar zunächst den Änderungsantrag. Gibt es Gegenstimmen?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Punkt 2 der LINKEN!)

- Ich lasse erst über den Änderungsantrag abstimmen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Schade!)

- Es mag ja sein, dass Sie das schade finden, Herr Detjen. Ich finde auch manches schade.

Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag? - Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt



3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend „Fußball EM 2024 der UEFA in Deutschland gerechter gestalten!“ AN/0150/2024

Es spricht Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Liebe Zuschauende! Die Handball-Europameisterschaft vor wenigen Wochen war ein Höhepunkt für den Sport in Europa. Die Stadt Köln hat einen wichtigen Beitrag zum Gelingen geleistet. Danke an die Verwaltung, an das Sportamt, an die Kolleginnen und Kollegen der LANXESS Aunsrena und an den Deutschen Handballbund! Handball wird immer attraktiver, athletischer und familiärer.

Nun steht die Fußball-Europameisterschaft vor der Tür, die von der Stimmung her eher an Gladiatorenkämpfe erinnert. Und wieder ist Köln ein Austragungsort. Vier Wochen im Juni und Juli gibt es Spiele für das Volk - mit fünf Spielen in unserer Stadt.

Das Sportamt hat das gut vorbereitet und macht den Kölnerinnen und Kölnern, aber auch den Fans zahlreiche Angebote, die wir im Sportausschuss intensiv diskutiert haben und gemeinsam mit anderen Gremien des Rates und der Verwaltung beschlossen haben. Die Verwaltung leistet meines Erachtens in der Frage gute Arbeit.

Aber, meine Damen und Herren, die städtischen Kosten sind drastisch gestiegen: um 5,8 Millionen Euro auf 11,86 Millionen Euro. Verglichen mit anderen Austragungsorten ist das noch moderat. Dortmund liegt bei über 30 Millionen Euro, Berlin jetzt bei 83 Millionen Euro. Das ist zum Teil schwer vergleichbar, weil die einzelnen Austragungsorte auch ihre Spielstätten zum Teil saniert haben.

Köln musste die Sicherheitsaufwendungen um 3,8 Millionen Euro erhöhen. Das sind 258 Prozent mehr. Es war richtig, dass die Verwaltung das Sicherheitskonzept noch einmal qualitativ nachgebessert hat. Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und die guten Ergebnisse des 11.11. haben diese Investitionen bestätigt.

Die Kosten in den Austragungsorten sind deutlich gestiegen, in Berlin innerhalb eines Jahres von 22 Millionen Euro auf 83 Millionen Euro. Natürlich, meine Damen und Herren, nehmen die Kommunen durch Stadionmieten, Übernachtungen, Restaurantbesuche, Einkäufe etc. auch Geld ein. Die Einnahmen steigen aber nicht automatisch mit

den steigenden Kosten der Austragungsorte. So hat die UEFA die vor Jahren ausgehandelten Stadionmieten nicht freiwillig erhöht.

Als wir dann gelesen haben, dass die UEFA mit 1,2 bis 1,5 Milliarden Euro Gewinn rechnet, haben wir diesen Antrag gestellt. Es kann doch nicht sein, dass die Kommunen zahlen müssen und die Bundesregierung der UEFA sogar noch eine Steuerbefreiung garantiert.

(Beifall bei der LINKEN und bei KLIMA
FREUNDE & GUT)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, war die Regierung Merkel/Scholz und nicht die Ampelregierung - damit wir uns nicht falsch verstehen.

Auf die aktuelle Anfrage in Düsseldorf, ob die Landesregierung von CDU und Grünen ihren mageren Beitrag von 250 000 Euro aufstocken wolle, kam ein harsches Nein.

Wenn die Bundesregierung die UEFA von der Steuer befreit und die Austragungsorte im Regen stehen lässt, dürfen wir uns das meines Erachtens nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen politischen Druck aufbauen und ausüben, damit die aktuellen Kostensteigerungen für die Austragungsorte von Bund und Land, aber auch von der UEFA noch einmal überdacht werden und über einen Ausgleich gesprochen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sollten wir parteiübergreifend tun - ich freue mich, dass die SPD diesen Antrag unterstützen will -, damit wir gemeinsam um jeden Euro kämpfen, den wir für unseren aktuellen Haushalt hier bei der Stadt Köln unbedingt gebrauchen können.

Deshalb sagen wir: Der Städtetag soll sich in diesen Prozess einbringen und mit Bund und Land verhandeln.

Ich würde den Bund auffordern, von der UEFA eine Kostenbeteiligung zu verlangen. Die UEFA macht deutlich mehr Gewinn als bei früheren Europameisterschaften.

Meine Damen und Herren, noch etwas Schönes zum Schluss: 225 Kinder und Jugendliche bekommen bei jedem Spiel im Kölner Stadion von der UEFA Freikarten. Ein Kölner Jugendhilfeträger



gibt sich große Mühe, dass das fair und sozial gerecht verteilt und organisiert wird. Dafür vielen Dank!

Stimmen Sie bitte unserem Antrag zu. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Klemm das Wort.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich sehe, dass einige gerade die Zuschauertribüne verlassen, und wünsche einen guten Nachhauseweg. Vielleicht sollte ich das Ergebnis deswegen vorwegnehmen, bevor die Zuschauer*innen hier im Saal endgültig gegangen sind - draußen schalten sich ja immer noch welche zu -: Wir werden den Antrag der LINKEN ablehnen, weil er unpräzise und aktuell auch nicht sinnvoll ist.

Nun kann man sagen, gegen einen vorgelegten Antrag, in dem ein zusätzlicher finanzieller Ausgleich für die Stadt Köln gefordert wird, könne man doch eigentlich nichts haben. Aber wir lernen auch an dieser Stelle wieder: Nicht alles, was gut gemeint ist, ist auch gut gemacht.

Der hier beantragte Beschluss lautet, den Deutschen Städtetag zu bitten, sich für alle Austragungsorte bundesweit dafür einzusetzen, dass die Städte einen zusätzlichen Ausgleich erhalten.

Wenn so etwas Sinn machen sollte, müsste es eine abgestimmte Haltung aller Städte geben. Diese ist mir nicht bekannt. Das wird auch seinen Grund haben. Es gibt sie nämlich nicht.

Über die Bewerbung hätten wir streiten können. Man kennt die Bedingungen. Damals wart ihr auch sehr dafür, sich dafür zu bewerben. An den Bedingungen kann man im Nachhinein wenig ändern.

Der Sinn des Ganzen wäre deutlicher und der Antrag wäre präziser, wenn aus dem Beschlusstext hervorgehen würde, an wen sich der Städtetag eigentlich richten soll. Im Beschlusstext steht dazu überhaupt nichts. Jörg Detjens antikapitalistische Rede gegen die UEFA war gut und schön. Aber in eurer Begründung steht, es sei eine Illusion, diese Verträge noch einmal aufzuschnüren. Das hakt ihr also ab.

Ihr habt auch erwähnt, das Land werde seine Förderung nicht erhöhen. Das hakt ihr also auch ab.

Insofern geht es eigentlich, wenn man eurer Begründung folgt, nur darum, an den Bund heranzugehen. Dann muss so etwas in einem Antrag auch präzise im Beschlusstext stehen. Und das hier ist unpräzise.

Der Antrag ist aber aktuell auch nicht sinnvoll. Viereinhalb Monate vor einer Veranstaltung, wenn alle Verträge abgeschlossen sind und alle Vereinbarungen getroffen wurden, Nachschlag zu fordern, wird keinen Erfolg haben. Wie DIE LINKE - das habe ich gerade schon zitiert - geschrieben hat, kommt man an die UEFA nicht dran, und Bund und Land haben ihre Haushalte gerade festgelegt.

Ich habe Uli Breite versprochen, das Wort „Schuldenbremse-Fetischisten“ nicht zu nennen. Es wird auch aus dem Protokoll gestrichen. Aber das macht deutlich, dass im Moment eine Initiative auf Bundesebene kaum Erfolg haben wird.

Viereinhalb Monate vorher bringt man also einen unpräzisen Antrag, der nicht mit anderen Kommunen abgestimmt ist, ein. Wenn man die Geschwindigkeit des Städtetags kennt, weiß man auch, wie lange es dauern wird, da eine einheitliche Position zu formulieren.

(Heiterkeit und Beifall von Ulrich Breite
[FDP])

Das ist also auch vor dem Hintergrund sinnfrei.

Jetzt erwähne ich aber noch etwas Positives. Was sich rentieren würde, wäre, perspektivisch darüber nachzudenken, ob unsere Repräsentantinnen und Repräsentanten in den Gremien des Städtetags und auch die Verwaltung mit dem Städtetag einmal perspektivisch über eine Initiative für künftige sportliche Großereignisse reden, was die Bedingungen, die Bundes- und Landesbeteiligung, aber auch die Beteiligung der ausrichtenden Verbände angeht, also in die Zukunft gesprochen. Das hätte Sinn; denn die steigenden Kosten für Sicherheit, die zu Recht benannten 3,8 Millionen Euro, werden bleiben. Man sollte an dieser Stelle also in die Zukunft denken.

Die Kommunen sollten da tatsächlich nicht allein gelassen werden, obwohl die Kommunen - das ist auch ein Grund, warum sie jetzt nicht sehr aktiv sind - landauf, landab auch sehr oft behauptet haben, dass sehr hohe lokale Einnahmen hinzukämen. Das muss man auch sehen, wenn man einen solchen Antrag formuliert.



Zusammengefasst: Man sollte perspektivisch darüber nachdenken, wie man so eine Initiative hinkommt - auch vor dem Hintergrund möglicher künftiger sportlicher Großereignisse, wie den olympischen Spielen. Diese sehe ich allerdings in dieser Stadt und auch in diesem Land nicht 2036, sondern später, aber durchaus positiv. Allerdings muss man daran denken, dass Hamburgs Bewerbung nicht zuletzt deswegen im Volksentscheid gescheitert ist, weil der Bund keine konkreten Finanzaussagen gemacht hat.

Diesen Weg sollten wir gehen, aber nicht im Nachhinein viereinhalb Monate vor der Veranstaltung Nachschlag fordern. Insofern lehnen wir den Antrag ab. Wir freuen uns auf bunte, vielfältige und spannende Spiele in Köln und in Deutschland, und zwar alle gemeinsam. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Philippi das Wort.

(Eric Haeming [CDU] meldet sich zu
Wort)

- Sie waren nicht gemeldet. Wenn man sich vorher nicht meldet, ist meine Rednerliste nicht aktuell. Bitte sehr.

Eric Haeming (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich wollte jetzt trotzdem noch etwas für die CDU-Fraktion sagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, gerne.

Eric Haeming (CDU): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! „Zu Gast bei Freunden“ - so soll es auch bei der Fußball-Europameisterschaft 2024 hier in Köln wieder ein verbindendes, sportliches und vor allem friedvolles Fußballfest geben. Das ist auch der Grund, warum wir damals gemeinsam mit der Stadt unter anderem ein umfassendes Infrastruktur- und Sicherheitspaket aufgelegt haben. Dies verursacht natürlich enorme Kosten. Die Kosten hat Jörg Detjen ja schon ausführlich vorgetragen.

Jetzt habe ich mir noch eine große Argumentation vorbereitet. Lieber Ralf Klemm, ich will nicht alles wiederholen. Aber in dem Antrag - du hast es

schon richtig gesagt - viereinhalb Monate vor Beginn der Europameisterschaft 2024 - und dann auch noch für alle Austragungsorte der Europameisterschaft 2024 - die Stadt aufzufordern, den Städtetag noch zu bitten, weitere finanzielle Möglichkeiten zu akquirieren, sehe ich und sehen wir eher hoffnungslos.

Die CDU-Fraktion wird den Antrag auch ablehnen. Aber in einem sind wir uns sicherlich alle einig: Wir werden uns so oder so allen Gästen als weltoffene, tolerante, bunte und vielfältige Sportstadt präsentieren.

Dem Lob, das Jörg Detjen an die Verwaltung, an das Sportamt, für die Vorbereitung gegeben hat, möchte ich mich gerne anschließen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte Sie nur darüber informieren - das scheint Ihnen ja nicht bewusst zu sein -, dass die Verwaltung sich natürlich schriftlich an die Landesregierung Nordrhein-Westfalen gewandt hat und um finanzielle Unterstützung gebeten hat. Es hat nämlich ein von den vier NRW-Städten, die Host-Städte sind, gemeinsam verfasstes Schreiben, jeweils von den Oberbürgermeisterinnen unterzeichnet, mit der Bitte um weitere finanzielle Unterstützung gegeben. Dieses Schreiben ist am 27. September 2023 verfasst worden, also schon sehr früh. Es ist leider negativ beschieden worden. Das erwähne ich nur, um Sie vollständig zu informieren, damit Sie wissen, dass natürlich die Host Cities auf die Landesregierung zugegangen sind.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Danke für die
Info!)

Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier auf der Tribüne und an den Endgeräten zu Hause! Sicherlich ist es keine alltägliche, sondern eine bemerkenswerte Sache, wenn der Rat einer Stadt, die Mitorganisatorin eines so großen sportlichen Events ist, einen solchen Antrag als Petition an den Städtetag diskutiert. Ich meine aber, es schlägt nichts - ich werfe auch einmal einen Blick zur Kämmerin herüber -, wenn wir nichts unversucht lassen, die



doch enormen Kostensteigerungen, die wir hatten, auszugleichen.

Es sind für Köln - das ist gesagt worden; die Zahlen muss ich jetzt nicht alle wiederholen - insgesamt knapp 6 Millionen Euro Mehrbedarf.

Ich möchte das allerdings streng von dem eigentlichen Sportevent der EM trennen. Jörg Detjen hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Handball-EM jetzt gerade ein paar Tage her ist, und wir haben in der aktuellen Stunde einiges gehört, was in Köln nicht läuft. Wir haben es im Sportausschuss schon gewürdigt; aber man kann es auch hier im Rat noch einmal sagen: Herzlichen Dank an Herrn Voigtsberger und sein Team und auch an Stefan Löcher! Was da gezeigt worden ist, war grandios.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Das war Spitzensport - hervorragend organisiert und geprägt von Gastfreundlichkeit. Es gab ein tolles Feedback. Auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben das ja anlässlich der Gala am vorletzten Samstag in Ihrem Redebeitrag sehr deutlich herausgestellt.

Ich möchte für unsere Fraktion ganz deutlich machen, dass wir - unabhängig von der Frage der Unterstützung dieses Antrags - in der EM eine ganz große Chance sehen, auch für unsere Stadt weitere Einnahmen zu generieren. Das ist hier am Rande angesprochen worden. Vielleicht ist einigen auch bekannt, dass Stefan Löcher vom arena-Management nach der Basketball-EM 2022 der Männer einmal in einem Pilotverfahren hat ausrechnen lassen, welchen monetären Mehrwert eine solche sportliche Großveranstaltung bringt. Wir sind jetzt gut vier Monate davor. In Köln werden wir fünf Spiele haben, vier Vorrundenspiele und ein Achtelfinalspiel. Dabei können wir noch davon ausgehen, dass - je nachdem, welche Teams weiterkommen, die schon hier in Köln gespielt haben - diese Fans nicht unbedingt mit ihrer Mannschaft zu weiteren Spielorten reisen, sondern vielleicht in Köln bleiben und der Kölner Wirtschaft möglicherweise für vier Wochen eine ordentliche Menge an Geld zuführen. Das darf man nicht vergessen.

Den Imagegewinn, den wir jetzt über die tolle Handball-EM erzielt haben, können wir sicherlich auch über die Fußball-EM hinbekommen.

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt nennen. Wenn wir solche Großereignisse haben - international, aber auch in Deutschland -, ist es immer so, dass sich gerade auch viele junge Menschen vom Sport angesprochen fühlen und auf den

Sport zugehen. Da sehen wir eine große Chance, auch im nichtmonetären Bereich für den Kölner Sport einiges zu tun.

Deshalb wollen wir von der SPD-Fraktion beides. Wir sagen Ja zu der Petition, also zu dem Versuch, hier noch einmal Geld zu generieren, um diesen Ausgleich herbeizuführen. Wir sagen aber auch klipp und klar Ja zur Europameisterschaft, zur EURO 2024, und zur Schärfung des Profils der Sportstadt Köln. Wir stimmen diesem Antrag zu. Das hat Jörg Detjen ja eben auch schon gesagt. Wir hoffen auf spannende und schöne Spiele im Juni und Juli. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Die SPD hat hier die Quadratur des Kreises versucht, eine Werbemaßnahme für die Fußball-Europameisterschaft zu machen und trotzdem diesem Antrag zuzustimmen. Das klappt, glaube ich, aber nicht so gut.

Verehrte Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren hier und an den Bildschirmen! Zorn ist ein schlechter Ratgeber. Und so ist der Antrag auch hingerotzt.

(Zurufe: Oh!)

Man hat gesehen, dass sich Kosten erhöht haben. Damit kann man punkten, gerade bei der UEFA. Da gibt es ja immer Emotionen und Diskussionen darüber. Dann schreibt man das einmal auf und sagt, wie reich die UEFA ist und was sie an Geld gewinnt, meint aber eigentlich die Landesregierung und die Bundesregierung, die hier angesprochen werden.

Was wollen wir denn jetzt eigentlich? Das geht aus dem Antrag nicht hervor, meine Damen und Herren.

Darum sage ich: Hier geht es nur darum, irgendwelche Emotionen zu schüren. Aber gleichzeitig wird Herr Detjen bestimmt bei den Fußballspielen mit dabei sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Denn da trifft sich ja das Volk - das Wahlvolk.

(Beifall bei der FDP)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat eine Zwischenfrage. Wird sie zugelassen?

Ulrich Breite (FDP): Von Herrn Detjen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Ulrich Breite (FDP): Ich habe gehört, dass Herr Detjen früher Fußballspieler war. Das höre ich gerne. - Herr Detjen, bitte schön.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Breite, trifft es zu, dass im Deutschen Bundestag 2018 die FDP eine Anfrage gestellt hat, ob die UEFA von der damaligen Regierung steuerbefreit worden ist, worüber sich die FDP im Bundestag sehr empört hat? Trifft das zu?

Ulrich Breite (FDP): Vollkommen richtig. Das war 2018. Leider hat eine andere Regierung, eine andere Mehrheit - so ist es in der Demokratie - anders entschieden. Sie haben die Regierung ja auch genannt. Aber der Drops ist doch schon längst gelutscht. Wir können das jetzt nicht mehr ändern. Darum kommt Ihr Antrag einfach zu spät. Herr Detjen, das wissen Sie auch. Sie grinsen ja auch ein bisschen dabei. Okay, lassen wir Ihnen das.

Aber mir ist wichtig: Wir haben alle gefiebert, ob wir Host City werden, und wir haben uns sehr darüber gefreut. Darum sollte man, wenn man das wieder einmal werden will, auch für zukünftige Generationen überlegen, welches Bild man aussendet. Meines Erachtens muss man, wenn es darum geht, zu Land oder Bund zu gehen, ein bisschen anders verfahren als mit so einem Antrag, der auf etwas ganz anderes setzt, nämlich nicht darauf, Geld zu generieren, sondern auf Emotionen gegen irgendetwas. Dieses Spiel sollten wir nicht spielen. Darum bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt):

Mit großer Freude hat die Verwaltung die positive Nachricht entgegengenommen, dass auch die Domstadt zu den zehn potenziellen Austragungsorten zählt.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ein Zitat aus der Mitteilung 3068/2017.

Mit großer Trauer lese ich jetzt diesen Antrag.

(Heiterkeit)

Wir haben uns als Stadt beworben und uns offensichtlich damals sehr gefreut - wenn ich das den Reden richtig entnehme, tun das die meisten auch heute noch -, dass wir Teil dieser Europameisterschaft sind.

Jetzt haben wir unsere Kosten nicht ganz im Griff. Das liegt teilweise an optimistischer Planung und teilweise an veränderten Rahmenbedingungen. Wir haben das im Hauptausschuss hinlänglich diskutiert.

Das ist immer ein Risiko, bei jeder Entscheidung. Das wissen Sie alle. Dieses Risiko müssen wir jetzt tragen und nicht bei Bund und Land betteln gehen. Wir haben im Hauptausschuss diskutiert, und es wurde auch hier schon gesagt, dass ein solches Event am Ende auch finanziell von Vorteil sein wird: für uns, für unsere Stadt Köln.

Berlin kann gerne den Bund bitten, Herr Detjen, die Renovierung des Stadions zu bezahlen. Hören Sie sich doch selbst zu!

Wie unsere Entscheidung ausfällt, können Sie sich denken. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Liebe Zuschauer*innen! Ob dieser Antrag der LINKEN nun Aussicht auf Erfolg hat oder nicht, mag ich hier gar nicht beurteilen. Aber wir stimmen der SPD zu: Einen Versuch ist es wert. Denn man kann nicht oft genug darauf



hinweisen, dass die UEFA hier die Gewinne einstreicht, während wir als Kommunen dafür bezahlen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Zu allem, was gerade gesagt worden ist, muss ich sagen, dass ich mich seit der letzten Hauptausschusssitzung gar nicht mehr über diese Standortentscheidung freuen kann. Gerade wurde gesagt, dass wir jetzt die Kosten tragen müssen. Aber seit der letzten Hauptausschusssitzung ist ja klar, wer genau die Kosten tragen wird: 2,8 Millionen Euro nehmen wir aus dem Fonds, der eigentlich für Schulen und Jugend vorgesehen ist.

Das ist eine Entscheidung, die ich als Mutter, als Lehrerin, als Bildungsaktivistin und als Politikerin überhaupt nicht nachvollziehen kann und die auch extrem schwer nach außen zu verkaufen ist.

Somit ist auch das Argument, die Stadt habe ja hohe lokale Einnahmen, aus meiner Sicht ein bisschen hinfällig; denn es war niemand in der Lage, mir in irgendeiner Weise zu erklären, ob denn bei den Schulen oder bei der Jugend von diesen Einnahmen, die die Stadt generiert, irgendetwas dann wieder ankommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Hauptausschuss hat man mir als Neuling auf unterschiedliche Weise zu verstehen gegeben, dass ich offensichtlich noch nicht genug Ahnung davon habe und dass ich das nicht verstehe.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Das kenne ich!)

Dazu kann ich nur sagen: Das mag sein. Aber ich kann Ihnen versichern, dass das außerhalb dieses Ratssaales auch niemand versteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen unterstützen wir hier den Antrag der LINKEN.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt rufe ich auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Sachstand Deutzer Stadthaus“ AN/0092/2024

Antwort der Verwaltung vom 06.02.2024 0494/2024

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Meine Nachfrage bezieht sich auf Punkt 3. Ich freue mich über die Antwort. Anscheinend habe ich dann geträumt. In meinem Traum hat Herr Greitemann gesagt: Den Antrag der FDP muss man bei diesem Thema nicht annehmen, weil ein großes Unternehmen da ist. - Aber das muss ich dann geträumt haben. Darum bedanke ich mich für diese Beantwortung der Anfrage. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: War die Frage, ob Sie das geträumt haben? Oder was war die Frage?

Ulrich Breite (FDP): Ja, wenn Sie das so wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es muss ja eine Frage sein. Ich habe ja nach einer Nachfrage gefragt.

Ulrich Breite (FDP): Ich habe das anders in Erinnerung, was Herr Greitemann gesagt hat, ja. Anscheinend habe ich das geträumt.

(Zuruf: Fragezeichen! - Weitere Zurufe)

- Ja, ihr anscheinend auch; denn ihr wart alle dabei.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich zur nächsten Anfrage. Das ist Tagesordnungspunkt



4.2 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „To Be or Not To Be - A Question of S U M P“ AN/0192/2024

Diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Wir kommen zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Ich rufe auf:

6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014 4066/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es kurz zu machen; denn ich glaube, hier haben wir heute eine große Übereinstimmung - zwar nicht mit allen, aber doch mit den wesentlichen Kräften in diesem Rat -, die Einnahmesituation dieser Stadt zu verbessern.

Es war 2010, als unser Kölner Kämmerer Norbert Walter-Borjans als einer der Ersten in der Republik diesen Schritt gegangen ist, die sogenannte Bettensteuer, wie sie damals genannt wurde, zu erheben, also die Kulturförderabgabe einzuführen.

Das hat für viel Aufschrei gesorgt. Es hat aber auch für Erträge gesorgt. Wir haben schon jetzt aus den rein privaten Übernachtungen 7 Millionen Euro pro Jahr, die wir hier als Politik für unsere wichtigen Aufgaben gerade im kulturellen Bereich, im sozialen Bereich, im Grünbereich in den letzten Jahren zusätzlich einsetzen konnten.

Die Kämmerin war so freundlich, uns nach dem Urteil des Verfassungsgerichts, das nun noch einmal deutlich bestätigt hat, dass diese sogenannte Bettensteuer auch für die betrieblich veranlassten Übernachtungen erhoben werden kann, auszurechnen, dass es weitere 7 Millionen Euro sind, die wir dadurch einnehmen können, sodass diese Abgabe, die Touristen und Geschäftsreisende hier in der Stadt lassen, in der Summe 14 Millionen Euro für unseren Haushalt in unsere Kassen spielen würde.

Ich glaube, wir wären in diesen Zeiten mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir diese Chance, die hier vor uns liegt, nicht ergreifen würden - zumal ich als jemand, der auch lange in der Wirtschaft unterwegs war, viel gereist ist und zahlreiche Dienstreisen hatte, sagen kann: Das Letzte, was meine Arbeitgeber bzw. meine Auftraggeber interessiert hat, war, wo ich übernachtete und ob da Bettensteuer oder was auch immer erhoben wurde oder nicht. Das sind Kosten, die in der Wirtschaft am Ende des Tages untergehen.

Wir können aber in hohem Maße davon profitieren. Daher kann ich hier nur noch einmal an alle Kolleginnen und Kollegen des Rates appellieren: Lassen Sie uns diesen sinnvollen Schritt heute gehen und die Einnahmesituation verbessern, damit wir wichtige Projekte umsetzen können. Wir haben heute über Verkehrsprojekte gesprochen. Da sind 7 Millionen Euro geradezu Peanuts. Aber sie sind trotzdem wichtig, um eine solide Grundlage für Verkehrswende, Energiewende und alles, was wir vor uns haben, darzustellen.

In diesem Sinne werden wir selbstverständlich dieser Vorlage zustimmen und würden uns sehr freuen, wenn sie hier sehr breit getragen würde. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ganz herzlichen Dank. - Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war, lieber Kollege Joisten, an dem denkwürdigen Tag im Jahr 2010 dabei, als hier der ehemalige Kämmerer das Thema eingeführt hat. Es freut mich sehr, dass Sie den Begriff „Bettensteuer“ verwenden; denn bislang wurde eher der Euphemismus „Kulturförderabgabe“ verwendet. Insofern bedankt sich die FDP-Fraktion bei der Verwaltung dafür, dass jetzt das Kind endlich beim Namen genannt wird und es als das bezeichnet wird, was es ist: eine Übernachtungssteuer. Und da man ja in der Regel ohne betrügerische Absichten auch im Bett übernachtet, ist es eine Bettensteuer. - So weit das für meine Fraktion Positive.

Aus grundsätzlichen Erwägungen möchte ich für die FDP-Fraktion hier zu Protokoll geben, dass wir auch der neuen Variante der Übernachtungssteuer in der Form nicht zustimmen und die Vorlage gleich ablehnen werden. - Vielen Dank.



(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Gestern haben wir im Finanzausschuss schon über die finanzielle Situation und vor allem auch den Ausblick gesprochen. In Kürze zusammengefasst für alle, die nicht dabei waren: Alle Ertragsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.

Das Für und Wider dieser Ausweitung der Übernachtungssteuer auf Geschäftsreisende wurde hinlänglich diskutiert. Deswegen sind wir dankbar für das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das jetzt auch die rechtssichere Ausweitung ermöglicht.

Denn - das muss man sich auch vor Augen führen - diese Trennung nicht länger vornehmen zu müssen, macht es für das Übernachtungsgewerbe auch einfacher. Effizienz nicht nur hier in der Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft ist uns von Volt natürlich auch sehr wichtig.

5 Prozent - das wurde ebenfalls angesprochen - auf reine Übernachtungskosten ohne Verpflegung halten wir bei Dienstreisen genauso wie bei touristischen Übernachtungen für vertretbar. Insbesondere für die beruflichen Gäste wird das kaum relevant sein.

Mit diesen zusätzlichen Mitteln können wir sehr viele Dinge tun, von denen wir hier heute viel sprechen und in den nächsten Sitzungen in dieser Ratsperiode auch noch sprechen werden.

Deswegen haben wir von Volt - das gilt aber genauso für das Bündnis - auch schon unsere Zustimmung signalisiert und freuen uns, das dann heute auch auf den Weg zu bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann würde ich gerne darüber abstimmen lassen. Ich frage nach Gegenstimmen. Wer stimmt gegen diese Vorlage? - Das sind die FDP-Fraktion und

die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelte Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 6.3.1 auf und denke, man könnte das vielleicht gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6.3.2 hier besprechen.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2024 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 4014/2023

6.3.2 Ordnungsbehördliche Verordnung für die Jahre 2024 - 2026 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 4016/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/0211/2024

Dafür bin ich dann bei der Redezeit etwas großzügiger, wie übrigens auch schon in der aktuellen Stunde. - Okay. Bitte, Herr Richter.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Wir werden es auch kürzer halten als zwei komplette Tagesordnungspunkte. - Hier haben wir wieder zwei Verordnungen über die Sonntagsöffnungen vorliegen. Wir ringen jedes Mal in dem Spannungsfeld zwischen Stärkung des Einzelhandels sowie Förderung der Veedel und Schutz der Arbeitnehmer*innenrechte, die im Grundgesetz verbriefte sind, was den Schutz vor Sonntagsarbeit angeht. Hier haben wir auch eine neue Art der Vorlage, mit der wir für drei Jahre in einzelnen Stadtvierteln beschließen.

In unserem Änderungsantrag zeigen wir, dass wir mit Augenmaß vorgehen. Dieses Jahr werden wir 17 Sonntagsöffnungen für 2024 beschließen, was im Vergleich zu den letzten Jahren eine sehr schöne Unterstützung, eine notwendige Unterstützung des Einzelhandels in den Veedeln ist. Aber wir nehmen auch bei zwei Stadtvierteln, die drei Sonntagsöffnungen direkt für drei Jahre beantragt haben, jeweils bei einer Sonntagsöffnung zwei Jahre heraus. Dort beschließen wir nur für 2024, um noch entsprechend reagieren zu können, falls der eine Pol des Betrachtens, der Schutz der Arbeitnehmer*innenrechte, noch einmal stärker gewürdigt werden soll.



Deswegen kurz zusammengefasst: Wir haben heute eine breite Zustimmung zu Sonntagsöffnungen für 2024, 2025 und 2026 und beschränken in unserem Änderungsantrag nur eine Sonntagsöffnung in Lindenthal und eine Sonntagsöffnung in Porz-Mitte auf ein Jahr. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Auch ich kann es kurz vom Platz aus machen. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir werden beiden Vorlagen heute zustimmen. Das Thema „Sonntagsöffnung“ ist natürlich auch für die Sozialdemokratie nicht so einfach, um es einmal so zu formulieren. Aber der Kölner Konsens, den wir schon seit, ich glaube, mindestens 20 Jahren haben - es werden nämlich pro Stadtbezirk nur drei Sonntagsöffnungen im Jahr erlaubt, auch wenn gesetzlich mehr Sonntagsöffnungen pro Stadtbezirk möglich wären -, ist in unserem Sinne. Diesen Konsens wollen wir auch beibehalten. Da die Vorlage dem Kölner Konsens entspricht, können wir ihr auch zustimmen.

In der zweiten Vorlage ist eine Mehrjährigkeit enthalten. Wenn ich das richtig sehe, ist es das erste Mal, dass das in Köln so gehandhabt wird. Uns erscheint das schlüssig, wenn schon jetzt absehbar ist, dass die Voraussetzungen vorliegen. Sollten sie zwischenzeitlich entfallen, weil Feste doch nicht stattfinden oder so etwas, muss man natürlich darüber reden, dann die Verordnung auch entsprechend zu ändern; denn uns ist schon wichtig, dass der Anlassbezug jedes Mal gewahrt ist und da nicht nur eine Schimäre oder ein Vorwand geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD)

- Vielen Dank. - Nun zum Änderungsantrag: Da wir mit den drei Sonntagsöffnungen pro Stadtbezirk einverstanden sind, halten wir es für komisch, bei der Mehrjährigkeit dann zwei Veranstaltungen herauszuschießen. Im Übrigen ist mir nicht ganz klar, warum ausgerechnet diese eine Veranstaltung in Porz und diese eine Veranstaltung in Lindenthal, was die Mehrjährigkeit angeht, sozusagen ins Gras beißen sollen. Deswegen werden wir bei dem Änderungsantrag so nicht mitgehen. Sollte er beschlossen werden, werden wir allerdings auch geänderten Vorlage zustimmen.

Eines möchte ich betonen: Wir haben das politisch bewertet, nicht rechtlich. Dazu haben wir nichts geprüft. Wir gehen davon aus - denn es gibt in den Stellungnahmen zum Beispiel von den Gewerkschaften durchaus auch Bedenken bezüglich der Rechtmäßigkeit -: Wenn die Verwaltung uns hier eine Vorlage vorlegt, dann ist das selbstverständlich rechtmäßig. - Das möchte ich nur betonen. Es soll ja das eine oder andere Mal in der Vergangenheit schon schiefgegangen sein. Aber das ist nicht unser Kopf, den wir uns da machen müssen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich eine Wortmeldung von Herrn Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Älteren fühlen sich ja geradezu erleichtert ob dieser sachlich-konstruktiven Diskussion.

(Heiterkeit von Christian Joisten [SPD])

Schließlich erinnern wir uns noch, Christian, an den einen oder anderen Schützengraben-Abend hier, als es um verkaufsoffene Sonntage ging.

Insofern kann man sowohl der Verwaltung als auch den Kolleginnen und Kollegen nur ein Kompliment aussprechen, dass wir jetzt über diese einvernehmliche Vorlage abstimmen. Wie die LINKEN abstimmen werden, weiß ich nicht. Aber ich denke, dass das ein gutes Signal ist, das hier heute seitens des Rates in die Veedel, in die Bezirke ausgestrahlt wird. Vielen Dank dafür!

Bezüglich des Änderungsantrages des Bündnisses habe ich natürlich ein gewisses politisches Verständnis. Dafür, dass man bei der einen oder anderen Knackpunkt-Offenhaltung hier zur Gesichtswahrung erst einmal auf Sicht fahren möchte, habe ich größtes Verständnis. Warum dann gerade die Arbeitsbedingungen hier als Argument herhalten müssen, leuchtet mir allerdings nicht ein. Dass in dem einen Jahr die Arbeitsbedingungen anders sind als in dem anderen Jahr oder dass in Porz die Arbeitsbedingungen anders sind als in der Innenstadt, kann ich als Spezialist für dieses Thema nicht wirklich nachvollziehen. Aber das können wir sicherlich bei einem Kölsch klären.

Ansonsten noch einen letzten Appell meiner Fraktion an diejenigen von Ihnen, liebe Kolleginnen



und Kollegen, die sehr gute Drähte zu ver.di unterhalten: Wir wissen ja, dass es die Gewerkschaft ver.di war, die in der Vergangenheit vor dem Verwaltungsgericht auch hier mühsam geschnürte Pakete mit dem Hebel der Paragraphen auseinandergeschossen hat. Lassen Sie es mich bitte so ausdrücken: Ich hoffe darauf, dass Sie, insbesondere am linken Flügel dieses Hauses, Ihre guten Drähte in das ver.di-Haus aktivieren,

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Haben wir schon!)

damit da nicht gemunkelt oder sonst irgendetwas wird. Bitte sorgen Sie dafür, dass wir hier Planungssicherheit für unsere Geschäftsbetreiberinnen und für die Bürger haben.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wird nicht gelingen!)

Das wäre doch ein tolles Signal. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Görzel! Werte Zuschauer*innen! Auch wenn heute nicht die großen, emotionsgeladenen Debatten geführt werden, hat sich meine Position nicht geändert. Ich bin wie auch in den vergangenen Jahren dafür, dass der Sonntag speziell der Familie und der Kontemplation gehört und nicht dem Konsum gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich stehe fest an der Seite von ver.di, also der Gewerkschaften, aber auch der Kirchen, die hier manchmal vergessen werden und die etwas stumm geworden sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher werde ich weiterhin alle Vorlagen ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst zu Tagesordnungspunkt 6.3.1 abstimmen. Das ist die Verordnung für das Jahr 2024, also ohne Änderungsantrag. Hier stimmen wir über die Vorlage ab. Gibt es Gegenstimmen? - Von der Fraktion Die FRAKTION, von Herrn Zimmermann, von KLIMA FREUNDE & GUT und von der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt lasse ich zu Tagesordnungspunkt 6.3.2 abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag. Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag? - Von der SPD-Fraktion. Was ist mit der LINKEN?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir enthalten uns!)

- Okay. - Die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, die FDP, die Fraktion Die FRAKTION, KLIMA FREUNDE & GUT und die AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Nun lasse ich über die soeben geänderte Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE, Herr Zimmermann, die Fraktion Die FRAKTION und KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024 0420/2024

Wünscht jemand das Wort dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Umgestaltung Platz an der Herler Straße in Buchheim 3189/2023

Wünscht dazu jemand das Wort? - Auch das ist nicht der Fall. Das nehmen wir zur Kenntnis.



Tagesordnungspunkt

7.2.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg 11, 50737 Köln-Longerich 3283/2023

Bitte schön.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte im Unterausschuss Wohnen angefragt, ob man nicht den Sand am Spielplatz gegen Fallschuttmatten tauschen könnte. Das hat die Verwaltung dann auch geprüft und kam zum Ergebnis, dass Fallschuttmatten 5 950 Euro brutto mehr kosten würden - laut Anlage 08.

Ich finde, bei einem Bauvolumen von fast 11 Millionen Euro wäre das verschmerzbar, um Barrierefreiheit herzustellen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Spielgerät nicht vollständig barrierefrei sei. Das mag stimmen. Aber auch Eltern wollen gerne mit ihren Kindern im Rollstuhl zum Spielgerät kommen. Daher sollte man auch die Eltern mitdenken.

Dann wird noch auf Kosten wegen Einwurzelungen hingewiesen. Ich denke, das Reinhalten von Sand, soweit Katzen in der Nähe sind, kostet auch Geld.

Daher ist das alles für mich kein Argument. Ich bitte darum, die 5 950 Euro auch noch in die Hand zu nehmen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir nehmen das einmal in die Niederschrift auf. Okay.

Wünscht jemand das nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Nein.

Dann kommen wir zu:

TOP 10

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Bedarfsfeststellung für ein Zentraldepot der Museen der Stadt Köln + erweiterte Grundlagenermittlung

2853/2023

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP
AN/2130/2023**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Volt und von der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT
AN/0212/2024**

Ich gebe Frau Hölzing-Clasen das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren, auch am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in die Ausstellungen unserer Kölner Museen gehen, sehen wir nur einen Bruchteil unserer Kunstwerke, Exponate und Sammlungen, die der Stadt Köln gehören. Der größte Teil unserer Kunstschatze lagert in Depots.

Die Sammlungsbestände sind momentan sowohl in den Stammhäusern als auch an 15 dezentralen Standorten untergebracht. Die Skala der Lagerbedingungen reicht von schlecht bei Außendepots, die sich häufig in historischen Gebäuden befinden, bis gut bei Auslagerungen in Kunstspeditionen.

Entsprechend unterschiedlich sind auch die Kosten der Lagerungen; bei den Kunstspeditionen sind sie natürlich am höchsten.

In einem Fachgespräch zum Zentraldepot ist für 2021 eine Zahl von round about 2 Millionen Euro genannt worden, die weder alle Bereiche erfasste noch Neben- und Betriebskosten, die aber durchaus die finanziellen Dimensionen der aktuellen Lagerung erahnen lässt und somit auch den Druck, in Sachen Depots andere und bessere Lösungen zu finden.

Wir sehen den Bedarf, die Depotinfrastruktur für die Kölner Museen auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Für die schlecht gelagerten Exponate besteht außerdem ein erhebliches Risiko für einen fortschreitenden Kulturverlust. Wer kann das schon wollen?

Sinnvoll ist es, bei den Überlegungen gleich Nachhaltigkeit, zum Beispiel bei den Klimazonen, und Synergieeffekte bei den Aufbewahrungen, den Nutzungen und der Pflege der Sammlungen



einzu beziehen - und das nicht nur für eine zentrale Lösung, sondern auch verschiedene Standorte zu erwägen.

Außerdem können Synergieeffekte dadurch erreicht werden, dass Bedarfsblöcke für einzelne Museen mit ähnlichen Anforderungen gebildet werden - vergleichbare Sammlungszusammenhänge, Abhängigkeiten von Sanierungsbedarf, Abhängigkeit von zukünftigen Standorten. Das hat die Verwaltung auch schon ins Auge gefasst.

Wir wollen die Verwaltung mit der Durchführung einer weiterführenden Grundlagenermittlung für die zukunftsfähige Depotinfrastruktur der Museen der Stadt Köln auf der Basis der bisher ermittelten Feststellungen beauftragen.

Der Istzustand der Sammlungen in den Depots inklusive Auslastung wurde für jedes Museum schon in einem sogenannten Mengengerüst erfasst. Auf dieser Basis wurde für die nächsten 25 Jahre aufgrund von Erfahrungswerten ein Zuwachs benötigter Depotfläche von 25 Prozent errechnet.

Das sind Dimensionen, über die wir hier sprechen sollten. Für uns stellen sich dabei zwei Fragen.

Erstens. Nach welchen Kriterien werden die Sammlungen der einzelnen Kölner Museen angelegt, und wie können Neuerwerbungen und Schenkungen sinnvoll in diese ergänzt werden?

Zweitens. Passen nach heutiger Einschätzung alle gesammelten und in den Depots befindlichen Exponate noch zu den Sammlungsstrategien unserer Museen, und wäre es im Zuge der Depotneuaufstellung nicht angebracht, hier auch über eine Entsamlungsstrategie nachzudenken?

Für die nahe Zukunft sehen wir es deshalb auch als eine wichtige Aufgabe an, dass die Museen sich fokussieren und anhand von bestimmten Museumskonzepten und ausgewiesenen Sammlungsstrategien stringent an ihrer Struktur und ihrer Entwicklung und so natürlich auch an ihrem Profil arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal eine ganz wichtige Botschaft: Wir

werden nicht beginnen, unsere Picasso-Sammlung zu entsammeln - oder andere wesentliche Bestandteile, die zur Eigenkapitalbildung unserer Stadt maßgeblich beitragen. Wir haben für fast 2 Milliarden Euro Kulturgüter in unseren Depots und in unseren Museen, die erheblich dazu beitragen, Eigenkapital in der Stadt Köln vorzuhalten und uns wirtschaftlich gesund zu machen.

Heute, meine Damen und Herren, ist ein guter Tag - ein richtig guter Tag für Kölner Museen, aber auch für die Kölner Kulturlandschaft insgesamt. Ich schaue jetzt einmal nicht ganz so weit zurück, wie der Kollege Sterck das vorhin mit der Bezirksvertretung Kalk in den tiefen 80er-Jahren gemacht hat. Aber man muss sagen: Seit über 25 Jahren reden wir über den großen Bedarf, den wir hier in Köln an geeigneten Depotflächen haben. Wir reden von unzulänglichen und vor allem auch teuren Zwischenlösungen. Wir reden von unzulässigen Arbeitsbedingungen. Wir reden von echten Zumutungen für unsere städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber natürlich auch Zumutungen für unsere Sammlungsstücke, die wir in den Museen in Depots vorhalten.

Heute kommt nun die lang erwartete Vorlage der Verwaltung. Wir hätten eigentlich erwartet, dass schon die Vorgängerin von Herrn Charles zu Beginn ihrer Amtszeit mit dieser Vorlage kommt. Allerdings hat es jetzt dann doch noch einmal länger gedauert.

Wir haben aber dafür - gut Ding will Weile haben - vernünftige Vorarbeit vorgestellt bekommen. Es hat eine Vorstudie gegeben, die im Wesentlichen von Frau Dr. Hesse und ihrem Team vorangetrieben worden ist. Außerdem hat eine Grundlagenermittlung stattgefunden - Frau Hölzing-Clasen hat schon wesentliche Eckpunkte genannt -, die ergeben hat: Letztendlich sind, ob wir unser Depot nun zentral oder dezentral weiterentwickeln, Nettodepotflächen von sage und schreibe 24 000 Quadratmetern und Nettofunktionsflächen - für die Nichtkulturlaute: das sind die Flächen, auf denen beispielsweise Werkstattbetrieb stattfindet und Werkbänke eingerichtet werden - von 6 000 Quadratmetern notwendig.

Konsequenterweise ist heute nun der nächste Schritt zunächst einmal die Bedarfsfeststellung. Das ist der erste Punkt der Verwaltungsvorlage und auch des Änderungsantrages. Der zweite Punkt ist dann die Fortführung der Grundlagenermittlung, damit wir möglichst schnell erste benutzbare Flächen bekommen.



Die Strategie bezüglich der Museen, aber auch die notwendigen Baumaßnahmen machen das erforderlich. Wir haben aktuell die Sanierung des Römisch-Germanischen Museums; die Beschlussvorlage dazu muss ja gleich auch noch hier im Rat beschlossen werden. Wir haben eine Generalsanierung des MAKs, des Museums für Angewandte Kunst, vor der Brust. Wir haben das Museum Ludwig, das zusammen mit der Philharmonie ebenfalls demnächst saniert werden muss. Aber wir haben auch aktuell gar keine andere Möglichkeit mehr, was die Zukunft des Stadtmuseums angeht, ohne Depot und ausgelagerte Werkzeugflächen auszukommen. Wir brauchen also schnell verfügbare erste Module.

Ungeachtet der Depotstrategie ist es natürlich wichtig, die Entwicklung von Museums- und Depotflächen mit den Sammlungsstrategien der verschiedenen Häuser zumindest mal zu harmonisieren. Daher wird in unserem Änderungsantrag - eigentlich ist es ein Ergänzungsantrag - die Verwaltung gebeten, uns die Sammlungsstrategien im Kulturausschuss vorzustellen.

Insgesamt ist diese Vorlage - vielen Dank dafür an die Verwaltung - eine runde Sache. Unser Ergänzungsantrag macht die Sache noch etwas runder. Wir freuen uns nun auf die Ergebnisse der weitergeführten, vertieften Grundlagenermittlung.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Helmis-Arend hat das Wort.

Maria Helmis-Arend (SPD): Herzlichen Dank. - Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Köln ist eine Kulturstadt, und Köln ist eine Museumsstadt. Wir haben ja vorhin auch die Anpassung der Kulturförderabgabe, manchmal leichtfertig als das Spielgeld der Politik bezeichnet, beschlossen. Es wird durchaus Geld aus der Kultur für unseren Standort generiert. Gleichzeitig sollte aber weiterhin das Bewusstsein stark sein, dass Kultur in unserer Stadt uns allen auch etwas wert sein muss.

Wir haben als zentrale Anziehungspunkte die neun städtischen Museen unserer Stadt. Frau Hölzing-Clasen hat hier darauf hingewiesen, dass sie rund 25 Prozent mehr Depotflächen brauchen, um ihre Kulturgüter, unsere Kulturgüter, ansprechend und gerecht bewahren zu können.

Dass das derzeit nicht in gerechtem Maße passiert, ist etwas, was sich auch jeder von Ihnen dort anschauen kann. Ich selbst habe mir im MAK ein Bild von der prekären Lagersituation der Kunstwerke gemacht. Es schmerzt schon wirklich - nicht nur Kunstliebhabende; das muss jede Bürgerin und jeden Bürger unserer Stadt schmerzen -, zu sehen, wie die Kulturgüter dort in Schränken und auf Fluren eingepfercht sind, anstatt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden zu können.

(Beifall bei der SPD und bei KLIMA FREUNDE & GUT)

Daher müssen wir in der Tat auf jeden Fall anerkennen, dass es eine neue Lösung für die Depot-situation unserer Museen braucht.

Die zentrale Frage, die sich hier auch durch den gemeinsamen Änderungsantrag ergibt, ist aber doch: Wie wollen wir eine solche Lösung finden?

Ein Schaudepot wie in Rotterdam - so geisterte es vor zwei Jahren noch durch die Medien. Wieder einmal wurde Vision allzu schnell mit monumental, mit Neubau gleichgesetzt.

Das, meine Damen und Herren, passt aber nicht in unsere Zeit. Angesichts neuer Herausforderungen wie den grundlegenden prekären Situationen der sozialen Infrastruktur, der mangelnden Kita-Versorgung, den Kostenexplosionen für Großbauprojekte sowie den Sorgen der freien Kulturszene bei den bereits angekündigten Kürzungen im Kulturbereich auf Landes- und kommunaler Ebene sollten wir doch eine neue Haltung entwickeln -

(Beifall bei der SPD)

eine Haltung, die das Ergebnis der Prüfung eben nicht schon a priori durch den Titel „Zentraldepot“ vorwegnimmt, sondern eine Lösung anstrebt, die in Varianten denkt, die kostengünstig ist und die Nachhaltigkeit ganz klar nach vorne hebt.

Die Fragen, die wir uns jetzt stellen müssen, sind also: Welche Schritte wollen wir gehen, um diese Aspekte, die ich gerade nannte - kostensparend, nachhaltig, zeitgemäße Arbeitssituation - erfüllen zu können? Und was spricht für eine ergebnisoffene Prüfung? Diese Frage wird ja in der Vorlage der Verwaltung eigentlich auch schon angedeutet.

Wir haben zusammen mit der FDP-Fraktion auch bereits im letzten Jahr im Kulturausschuss einen Änderungsantrag zu dieser Vorlage gestellt. Er schien erst einmal nicht wirklich Gehör zu finden. Umso mehr freuen wir uns darüber, dass wir



heute mit diesem fraktionsübergreifenden Antrag gemeinsam eine ergebnisoffene Prüfung der Bedarfe und Lösungswege in die Wege leiten können. Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei allen beteiligten Fraktionen und Sprecherinnen und Sprechern. Unser Anliegen, das hier durch den Änderungsantrag besonders deutlich wird, ist die Ergebnisoffenheit. Dass es nicht unbedingt auf ein Zentraldepot hinauslaufen muss, wird ja auch deutlich.

Zum Beispiel wird das Zentraldepot, das hier die ganze Zeit gerechtfertigt wird, in der ursprünglichen Fassung als internationaler Trend im Sinne der Nachhaltigkeit ausgewiesen. Ich frage mich: Warum sind hier nicht auch die standardgebenden Überlegungen des Bundes Deutscher Architekten aufgeführt, der ganz klar fordert, dass Bauen vermehrt ohne Neubau auskommen muss?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN
sowie bei Teilen der FDP)

Zweitens werden unterschiedliche klimatische Bedingungen erläutert, die ungefähr fünf unterschiedlicher klimatischer Zonen innerhalb dieses Gebäudes bedürfen. Wir brauchen also fünf unterschiedliche Module, die unterschiedliche Temperaturbedingungen aufweisen. Auch da könnte man sich durchaus auch eine dezentrale Verteilung dieser Räume vorstellen.

Drittens finden sich mehrfach Hinweise auf die Gefahr der Querkontamination, also die Gefahr, dass sich die Schadstoffe von den Kunstwerken aufeinander übertragen. Auch hier frage ich mich: Ist das nicht vielleicht viel besser als in einem großen Zentraldepot dezentral mit mehreren verschiedenen Flächen - kontaminiert, nicht kontaminiert - lösbar?

Ich fasse zusammen: Wir fordern also, bestehende Flächen und Gebäude in die Prüfung einer künftigen Depotlösung einzubeziehen. Wir haben Flächen. Wenn die Stadt ihre Grundstücke nicht nur nach Aspekten der Rentabilität vergeben würde, wären wir vielleicht auch an einem Punkt, an dem wir bestehende Gebäude und Gelände, statt sie nur an Autowaschanlagen oder Tankstellen zu vergeben, auch für modulare Depotflächen nutzen könnten.

(Beifall von Pascal Pütz [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Redezeit ist leider um. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass wir die in der Vorlage erwähnten Dinge wie Schimmel, Verfall und nicht erfüllbare

Arbeitsschutzmaßnahmen nicht erst lösen dürfen, wenn die Depotlösung beschlossen ist. Das sind Dinge, die direkt angegangen werden müssen. Ich möchte das Dezernat auch herzlich darum bitten, dazu proaktiv kreative Lösungen vorzulegen.

Ich bedanke mich noch einmal im Namen meiner Fraktion für den gemeinsamen Aufschlag zu diesem Änderungsantrag und bitte in diesem Sinne auch um eine breite Zustimmung, die ja bei den Beteiligten erwartbar ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohl niemand hier im Raum bezweifelt die Notwendigkeit, dass die Sammlungen der städtischen Museen sachgemäß zu lagern sind, sodass sie nicht zu Schaden kommen oder gar im schlimmsten Fall verrotten.

Dies ist gegenwärtig nicht gesichert. Besonders bei dem Stadtmuseum, dem Römisch-Germanischen Museum und dem Museum für Angewandte Kunst besteht hier dringender Handlungsbedarf. Es ist leider so wie in anderen Feldern auch, zum Beispiel bei den Gebäuden der Stadt Köln und bei Brücken: Jahre und Jahrzehnte wurde hier nicht genügend zur Erhaltung und zur Bestandssicherung investiert. Das Sparen von Ausgaben im kommunalen Haushalt - die Politik der Schuldenbremse kam ergänzend dazu - hatte Vorrang vor Kunst und - das möchte ich auch anmerken - auch vor anderen Bereichen: vor Sozialem, Bildung, Gesundheit.

Deshalb ist es wichtig und nötig, dass der Rat heute in Punkt 3 rasch 900 000 Euro bewilligt, um die Grundlagenermittlung weiterzuführen und rasch zu einem Ergebnis zu kommen, damit die Museen eine zeitgemäße und angemessene Depotstruktur für ihre Kulturgegenstände, oft Kulturschätze, erhalten.

Es geht - das ist hier schon von Maria gesagt worden - nicht um ein Schaudepot in aufsehenerregender, teurer Ausführung, sondern um einen Zweckbau oder vielleicht mehrere Zweckbauten, die von der äußeren Bauausführung und ihrer Lage her schlicht gehalten sind. Für DIE LINKE steht die vollständige Zweckdienlichkeit als Lagerräume im Vordergrund. Bei Innenausführung



und Technik muss das Depot natürlich vollkommen angemessen ausgestattet sein.

Auch für uns ist es denkbar, dass das Depot auf mehrere Häuser verteilt wird.

Ferner regen wir ausdrücklich an, dass die Verwaltung prüft, ob Bestandsgebäude, zum Beispiel leer stehende Gewerbegebäude oder leer werdende Gewerbegebäude, funktional verwendet werden können. Das wäre auch ökologisch sinnvoll, weil dann kein Neubau errichtet werden müsste, für den eine Menge an grauer Energie aufgewendet werden muss. Bei der Stadt Köln sollte Sanierung, wenn sie möglich ist, Vorrang vor Neubau und vorangegangenen Abriss haben. Diesen Diskussionsprozess haben wir ja bereits im Bauausschuss.

In diesem Sinne schließen wir uns dem gemeinsamen Änderungsantrag an.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Danke, Heiner Kockerbeck. Ich bin ja froh, dass außer mir noch andere Leute aus dem Bereich Bauen gesprochen haben. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie machen wir das hier mit Gebäuden? Wat fott es, es fott. Oder: Bruche mer nit, fott domet. Das scheint noch immer so eine Denke zu sein. Wir machen im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft tatsächlich Workshops zum Thema „Gebäudeerhalt und Sanierung versus Abriss und Neubau“. Und hier heißt es: Lohnt nicht mehr; machen wir besser neu.

Die Kulturbauten sind da leider besonders häufig betroffen. Darüber haben wir in letzter Zeit schon öfter gesprochen. Erst im vergangenen Jahr hatten wir als FDP in diesem Gremium den Antrag gestellt, dass wir für unsere Bestandsgebäude Rücklagen bilden und vor allem Investitionspläne aufstellen. Die Notwendigkeit dieser leider von der Mehrheit nicht gewollten Initiative belegt allen voran wieder die Kultursparte.

Es kann nicht sein, dass wir mit unseren öffentlichen Gebäuden so umgehen. Geradezu fahrlässig wird hier mit Werten der öffentlichen Hand umgegangen.

(Beifall bei der FDP)

Ende 2018 haben sieben Museen der Stadt Köln den dringenden Bedarf an der Einrichtung eines Zentraldepots angemeldet. Ich frage mich erst einmal, warum die Museen unabhängig voneinander ein Zentraldepot präferieren, und dann, wie dringend dieser Bedarf wirklich ist; denn 2018 ist auch schon wieder eine Weile her. Können wir uns überhaupt leisten, auf die Fertigstellung eines Zentraldepots zu warten, wenn einzelne Depots ein sofortiges Handeln bedingen, um die Exponate nicht in ihrem Bestand zu gefährden? Die Art des Vorgehens widerspricht der ausgeführten Dringlichkeit dann doch sehr, muss ich sagen.

Und wie sieht es mit der Größe aus? Die erste Zahl, die in den Saal geworfen wurde, war 50 000 Quadratmeter. Da haben wir alle geschluckt. Dann hieß es: Das sind die einzelnen Bedürfnisse, die zusammengerechnet wurden; es wurden aber noch keine Synergieeffekte einberechnet. - Das ist jetzt geschehen. Fast drei Jahre hat es gedauert. Wir kommen, wenn man alles zusammenrechnet - inzwischen ist ja alles aufgedrösel - , wieder auf 50 000 Quadratmeter. Hört! Hört! Überraschung!

Das Konzept für die erweiterte Grundlagenermittlung beinhaltet keinerlei Pläne für die dann leer zu ziehenden Bestandsdepots. Das habe ich schon länger kritisiert. Schließlich müssen auch diese Räumlichkeiten, egal in welchem Zustand sie sind, saniert und einer Nutzung zugeführt werden, was in den Gesamtkosten vielleicht zu berücksichtigen wäre. Oder wollen wir sie einfach verfallen lassen?

In der Anlage 1, Zwischenergebnisse, wird auf den Trend zu Zentraldepots in der Museumslandschaft verwiesen. Gleichzeitig erfahren wir aber, dass es keine andere Stadt mit so vielen Museen in kommunaler Hand gibt wie Köln. Da sollten wir dann vielleicht auch anders denken oder neu denken.

Weiterhin wird darauf verwiesen, dass man das Depot auch als Ausweichfläche für die anstehenden Sanierungen benötigt. Ein Teil wird somit laut Vorlage interimistisch eingesetzt. Schreit das nicht geradezu nach Einzelstandorten und vielleicht auch Anmietungen? Diese Frage stellt sich vor allem auch deshalb, weil das Projekt Historische Mitte ja doch ein bisschen bröckelt, wenn es nicht sogar schon auf dem Weg ist, beerdigt zu werden.



In der Stellungnahme der Verwaltung wird das alles außer Acht gelassen und lediglich argumentiert, dass bei einem großen Zentraldepot die Synergieeffekte größer wären und es damit wirtschaftlicher sei.

Mir persönlich macht es sich die Verwaltung hier viel zu einfach. Da wir verschiedene Situationen der Notwendigkeit für eine neue und/oder verbesserte Depotsituation haben, erwarte ich bei einem solchen Investitionsvolumen schon, dass mehrere Varianten im Hinblick auf Realisierung geprüft werden.

Im Schulbau zum Beispiel haben wir jetzt Interimsgebäude für Grundschulen. Sanierungsbedürftige Grundschulen werden im Rotationsverfahren dorthin ausgelagert, saniert und dann zurückgezogen. Wenn es für einige Museen nur ein Interim für die Sanierungszeit zu sein braucht und für andere eine dauerhafte Lösung sein muss, sollte man solche Modelle vielleicht noch mitdenken. Dann könnte man nämlich auch die Bestandsdepots wieder in die Betrachtung einbeziehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben hier eine große Aufgabe auf den Weg zu bringen, die angesichts der Kosten für eine Grundlagenermittlung sicher dem einen oder anderen Sozialpolitiker Tränen in die Augen treibt, wenn er darüber nachdenkt, welche Projekte in seinem Beritt damit realisiert werden könnten.

Kurz gesagt: Wir sehen die Notwendigkeit, an der Depotsituation etwas zu ändern bzw. zu verbessern, und sind auch gewillt, hierfür groß zu denken. Aber dieses große Denken muss dann schon fundiert sein.

Es müssen sich folgende Fragen zwingend gestellt werden: Welche Depots können, ja müssen zusammengelegt werden, um wirklich von Synergieeffekten reden zu können? Welche Depots können vielleicht durch eine Sanierung gerettet werden? Welche Depots benötigen nur ein Interim und können nach der Sanierung des Gesamthauses vielleicht wieder zurückziehen? Was würde ein Bau durch einen Investor mit anschließender Vermietung kosten? Wenn in der Vorlage zum Teil von Wegen bis 14 Kilometer zum Depot geredet wird, muss man sich auch fragen, wo ein Zentraldepot stehen könnte, um das zukünftig zu vermeiden.

Herr Charles, Sie können ja einmal Ihren Kollegen Herrn Voigtsberger fragen, wie viele bebaubare

Flächen in der Größenordnung es auf Kölner Stadtgebiet gibt. Er kennt sie aufgrund der Suche nach Schulstandorten vermutlich alle im Schlaf.

Das ist übrigens ein Thema, das ich gern auch noch ganz kurz ansprechen würde. Wir haben zu wenige Gewerbeflächen, wir suchen händierend nach Flächen für Wohnquartiere - mit einzelnen Häusern ist es nicht mehr getan -, und wir zweifeln bei der Suche nach Schulgrundstücken - das alles vor dem Hintergrund, dass die Ratsmehrheit hier in Köln keine neuen Flächen versiegeln will.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wie passt da ein Zentraldepot von 50 000 Quadratmeter hinein?

Zu guter Letzt treibt mich noch ein Thema sehr um: die Anzahl der Exponate. Wenn ich das Fachgespräch richtig in Erinnerung habe, sprachen Sie von 450 000 Stück. Sie sprachen auch davon, dass viele davon eigentlich nicht lohnten, eingelagert zu werden, dass aber die Aufgabe, herauszufinden, was weg kann und was nicht, eine zu große sei. Übersetzt verstehe ich das so, dass wir ein riesiges Zentraldepot für eine unkatalogisierte Anzahl von Objekten, deren Wert wir nicht kennen, bauen sollen. Das macht mich ein bisschen fassungslos; denn bisher dachte ich, dass schon allein für die städtische Buchführung eine präzise Angabe der vorhandenen Werte nötig sei.

Zusammengefasst sei gesagt: Wir benötigen diese Grundlagenermittlung. Aber eine seriöse Grundlagenermittlung muss die Varianten, die Notwendigkeiten sowie die Konsequenzen prüfen - und nicht nur diese scheinbar einfachste Möglichkeit des großen neuen Depots. Ich bin daher sehr froh, dass sich die anderen Fraktionen unseren Vorstellungen nach einer breiteren Aufstellung anschließen konnten. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Froh das Wort.

Manuel Uwe Froh (Volt): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich mache es mal vom Platz aus. - Am 15. März 2021 wurde im Finanzausschuss das Teilprojekt „Grundlagenermittlung Zentraldepot“ aus dem Projekt „Optimierung der musealen Depots“ einstimmig beschlossen, übrigens samt



externer Projektsteuerung - keine große Gegenwehr, keine Änderungsanträge.

Am 30. August 2022 gab es dann einen Zwischenstand zum Teilprojekt 1. Im Ausschuss wurde ob des Zentraldepots ein bisschen gemeckert. Ich durfte damals live dabei sein und habe mich trotzdem über die so frühe Einbeziehung der Politik gefreut. Es gab dazu keine Änderungsanträge und auch keine konkreten Änderungswünsche. Bis heute gab es darüber hinaus zwar viele Anfragen, aber auch keine konkreten Anträge oder Verbesserungswünsche.

Ende 2023 - es wurde eben gesagt - kam dann endlich mal ein passender Änderungsantrag. Da habe ich mir aber - nach drei Jahren Planung - die Frage gestellt: Wieso konnte man das nicht vorher machen? Man wusste ja vor drei Jahren schon - wir haben es einstimmig beschlossen -, dass es ein Zentraldepot werden soll.

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Was haben wir denn beschlossen?)

Dieses Zentraldepot ist übrigens keine Schnaps-idee von irgendwelchen Leuten, die sich ein Denkmal setzen wollen. Vielmehr beruht diese Idee auf Erkenntnissen, die über die Stadtgrenzen hinweg gesammelt wurden. Außerdem wollen ja alle Museen dieses Depot.

(Zuruf von der FDP: Hört! Hört!)

- Hört! Hört! - Bei der aktuellen Haushaltslage und den vermeintlichen Kosten kann ich das Unbehagen natürlich nachvollziehen, und ich verstehe es auch ein Stück weit. Was dabei aber vergessen wird, sind die langfristigen Einsparungen. Klar; als Politiker hat man insbesondere die nächste Wahl vor Augen. Mir und der Voltfraktion ist aber auch Generationengerechtigkeit wichtig. Der Bau an sich macht circa 20 Prozent der Kosten eines solchen Projekts aus, die Nutzungsdauer von 60 bis 80 Jahren die anderen 80 Prozent der Kosten. Und hier kann ein Zentraldepot richtig viel Geld sparen - in Zukunft. Die Synergien wurden ja in den verschiedenen Vorlagen auch aufgenommen.

Das Depot soll auch nicht mehr, wie das häufig erzählt wird, fancy und total prestigeträchtig werden. Es soll eine einfache Halle werden, in der Kunst angemessen gelagert werden kann und arbeitsrechtliche Belange beachtet werden können. Beides ist aktuell in den vielen dezentralen Depots in Köln nicht möglich.

Deswegen sind wir anfangs auch nicht so richtig schlau aus dem Änderungsantrag geworden. Ich

wiederhole: Warum drei Jahre warten, um zu merken, dass der 2021 einstimmig beschlossene Auftrag zur Grundlagenermittlung eines Zentraldepots vielleicht doch keine gute Idee war? Stattdessen schieben wir dann diesen Antrag dreimal, um am Ende einen weiteren Änderungsantrag zu stellen, der sich nur in Nuancen von dem ursprünglichen Änderungsantrag unterscheidet. Aber so ist das eben in der Politik: Es muss immer der eigene Name draufstehen.

(Zurufe von der SPD)

So richtig aussagekräftig ist der Antrag aber dann immer noch nicht. Die Sorgen, die man möglicherweise hat, werden nicht vernünftig benannt oder konkret zum Ausdruck gebracht.

Dass man sich nun nach knapp drei Monaten auf einen Antragstext geeinigt hat, ist trotzdem erfreulich, hätte aber auch drei Monate früher passieren können.

Immerhin gibt es diesen zusätzlichen Punkt: Die Museen sollen ihre Einkaufs- und Sammelstrategie erläutern oder eine aufstellen.

Solch eine Strategie - ich habe es selbst nachgefragt - hat bereits jedes Museum in Köln. Eine Anfrage hätte dementsprechend ausgereicht und wäre okay gewesen.

Um es kurz zusammenzufassen: So ist das halt manchmal. Wir haben uns alle darauf geeinigt, diesen Änderungsantrag zu stellen. Dabei gehen wir auch mit. Wir hätten aber auch ohne Probleme der Vorlage so, wie sie war, zustimmen können, weil wir uns sehr wohl durch die Kommunikation der Verwaltung an dieser Stelle gut abgeholt fühlen und das eigentlich auch sehr stringent finden.

- Danke schön.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns bei allen politischen Differenzen, denke ich, in einer Sache hier alle einig

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das kann ich mir nicht vorstellen!)



- doch, Herr Detjen; hören Sie erst mal zu, bevor Sie dazwischenblöken -: Diese Stadt hat wahrlich keinen Mangel an Bauvorhaben, die jegliche Kostenrahmen und Zeitdimensionen sprengen und Köln damit immer wieder zum Gespött in ganz Deutschland werden lassen.

Wir als AfD haben die Befürchtung, haben den Eindruck, dass mit dem geplanten Zentraldepot hier ein weiteres Problem auf uns zukommen wird.

Heute sollen wir ja einen Bedarf feststellen, ohne dass es eine auch nur grobe Abschätzung von Kosten und Nutzen gibt, geschweige denn eine grobe Wirtschaftlichkeitsrechnung - wohlgerne für ein Projekt, das uns, wie hier überhaupt noch nicht erwähnt worden ist, 100 Millionen Euro kostet, wahrscheinlich sogar noch etwas mehr: 50 000 Quadratmeter mal 2 000 Euro.

Deshalb sehen wir ein Zentraldepot aus mehreren Gründen kritisch. Zwar sagt jetzt der Änderungsantrag, dass wir möglicherweise auch dezentral weiterfahren können. Aber genau das ist unser Punkt. Wo ist der Nachweis, dass die flexible dezentrale Lösung nicht der zentralen überlegen ist? Wie gesagt, scheint das jetzt geprüft zu werden.

Dann fehlen uns, fehlen mir komplett die Aussagen zu den dezentralen Kosten, die wir heute haben, und zwar im Vergleich zu den Abschreibungen. Wenn Sie 100 Millionen Euro abschreiben, haben Sie schon einmal 3 Millionen Euro Kosten pro Jahr nur für die Abschreibung. Dann kommt noch der Betrieb dazu. Auch das muss man einmal in Relation setzen.

Außerdem fragen wir uns: Warum hat ausgerechnet das am professionellsten geführte Museum dieser Stadt mit dem profiliertesten Image, nämlich das Wallraf-Richartz-Museum, einen solchen Bedarf nicht angemeldet? Dieses Museum muss ja irgendetwas besser machen. Es hat seine Depots offensichtlich besser im Griff.

Und - das ist ein ganz zentraler Punkt -: Wie wird verhindert, dass mit einem großen Zentraldepot der Druck von den Museen genommen wird - Frau Ruffen hat es ja eben gesagt -, auszumisten, bei sich zu gucken: „Was brauchen wir noch?“, sich sinnvoll zu beschränken, eine Strategie zu entwickeln und zu entrümpeln, frei nach dem Motto: „Ist das Kunst, oder kann das weg?“?

Gerade zu letzterem Punkt möchte ich Ihnen zwei Zitate von zeitgenössischen Kunstsammlern - die eine aus Köln, der andere ein Norweger - zur Kenntnis geben. Zitat:

Gerade der Markt für Gegenwartskunst ist von einer extremen Überproduktion und einem Überangebot geprägt.

So der norwegische Kunstsammler, Abenteurer und Kunstexperte Erling Kagge.

Sasa Hanten-Schmidt, Kunstsachverständige, Sammlerin und Autorin aus Köln, sagt:

Der Kunstmarkt ist der Markt, auf dem am meisten Überproduktion herrscht.

Zitat Ende.

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Zur Sache!)

Und wie die Kunst, so das alltägliche Leben, Frau Helmig. Ja, wir leben in einer Überflutungs-gesellschaft. Vor 100 Jahren hatte ein einzelner Mensch ungefähr 180 Gegenstände. Heute hat laut Statistischem Bundesamt jeder von uns 10 000 Gegenstände. Keller und Dachböden quellen über. Überall im Stadtgebiet sieht man diese Shurgards oder sonstige Lagerhallen. Und wir haben den Eindruck, dass mit dem geplanten Zentraldepot das Shurgard der Kölner Museen entstehen soll.

Noch einmal: Wir brauchen angemessene Aufbewahrung. Das stellt niemand in Abrede oder in Frage. Aber genau der Punkt ist, zu entrümpeln und zu fragen: Was haben wir überhaupt, und was davon ist erhaltenswert? - Dieser Arbeit müssen sich die Museen stellen. Wir können sie nicht davon entbinden und frei machen, indem wir hier einen gigantischen Bau hinstellen.

Das ist übrigens auch der Grund, warum wir als AfD-Fraktion in der Vergangenheit bei der Annahme von Schenkungen immer wieder kritisch waren oder auch diese abgelehnt haben. Bei sehr vielen Werken, insbesondere moderner Kunst, ist der tatsächliche Wert mehr als zweifelhaft. Er wird dann häufig noch durch Gutachten in die Höhe geschraubt. Was wir damit tun, ist, dass wir sehr vermögenden Privatleuten Spendenbescheinigungen ausstellen. Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg ist.

Wir sagen also Nein zu einer Festlegung auf ein Zentraldepot. Der Änderungsantrag hat das jetzt schon erkannt.

Außerdem sagen wir, dass das Rechnungsprüfungsamt hier eng mit eingebunden werden sollte. Noch einmal: Wir reden hier über ein 100-Millionen-Euro-Projekt für diese Stadt. Da sollte das Rechnungsprüfungsamt mit draufschauen.



Dem Änderungsantrag können wir uns gleichwohl anschließen, weil er viele dieser Aspekte jetzt aufgreift. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann würde ich SPD und FDP gerne fragen, ob sie ihren Änderungsantrag, den sie alleine formuliert und gestellt haben, zurückziehen wollen, weil sie sich ja auf den anderen Änderungsantrag mit draufgesetzt haben.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, so ist es!)

Frau Helmis.

Maria Helmis-Arend (SPD): Ja. Er geht unserer Auffassung nach darin über, kann also als durch den zweiten Änderungsantrag, dem wir beigetreten sind, erledigt erklärt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage Sie, was Sie wünschen. Sonst lasse ich auch darüber abstimmen. An mir soll es nicht liegen.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Ja, das wünsche ich mir, dass er für erledigt erklärt wird!)

- Gut. - Also lasse ich zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP, Volt und KLIMA FREUNDE & GUT abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so beschlossen.

Nun lasse ich über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.2 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2024 3267/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Vergabe von vier Rahmenvereinbarungen für die Restaurierung und Digitalisierung von Großformaten 3365/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Änderung des Planungsbeschlusses für die Generalsanierung der Bezirkssportanlage Thuleweg in Köln-Höhenhaus 2310/2022/1

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2024 0063/2024

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Aufwandsneutrale Gewährung von Sachkosten aus städtischen Mitteln für das Case Management des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) 2725/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Auf dem Ginsterberg 2 - 34 in 50737 Köln Weidenpesch: Abriss und Neubau von 15 ein- und zweigeschossigen Einfamilienhäusern sowie Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft des bestehenden Mehrfamilienhauses 2814/2023

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen? - Keine.



Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 08.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Fraktion Die FRAKTION enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss
3371/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK)
4089/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

TOP 10.11 ist zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Mitgliedschaft der Stadt Köln in der Genossenschaft ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister eG
3581/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Einrichtung des Interims und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium Rondorf, Eygelshovener Str. 19, 50999 Köln-Rodenkirchen
3913/2023**

Hierzu habe ich eine Wortmeldung von Frau Feuser.

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE & GUT]: Nein!)

- Ist das ein Versehen?

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE & GUT]: Ein Versehen! Entschuldigung!)

- Gut. Das ist ja nicht schlimm.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2022
3268/2023**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie der ergänzte Beschlussvorschlag, Anlage 7.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Änderung des Bildungsganges Einjährige Berufsfachschule im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften durch die Einführung der Profilkategorie Ingenieurstechnik am Berufskolleg Porz zum Schuljahr 2024/25
0055/2024**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.16 haben wir zurückgezogen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Baubeschluss Generalsanierung des Römisch-Germanischen Museums der Stadt Köln, Roncalliplatz 4, 50667 Köln
2794/2023**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0176/2024**

Als Erste steht Frau Helmi-Arend auf meiner Liste. - Bitte, Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Endlich ist es so weit. Nach vielen Jahren wird das RGM nun endlich saniert werden. Es ist



wirklich Zeit. Das Haus ist seit 2018 geschlossen. Ich bin froh, dass wir endlich weiterkommen und alles Weitere auf den Weg bringen. Das ist keine Kleinigkeit, aber extrem wichtig; denn Köln steht auch für seine römische Geschichte, für sein Bekenntnis zu dieser römischen Geschichte und dafür, dass das Entree der Stadt wieder schön gestaltet wird und tatsächlich dazu einlädt, diese Stadt auch zu besuchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Wie ich schon gesagt habe, haben wir lange gewartet. Auch wenn die Historie in der Vorlage erst 2017 einsetzt, ist es doch so, dass der erste Planungsbeschluss zur Sanierung bereits 2011 gefasst worden ist. Am 22. Oktober 2015 gab es dann den eigentlichen Sanierungsbeschluss. Als Kostenrahmen - ich sage das jetzt nicht wirklich gerne - wurden damals 35 bis 42 Millionen Euro angesetzt. Es gab Stellenzusetzungen und Beschlüsse, die das Leerziehen des Hauses bis 2017 ermöglichen sollten. 2020 sollten die Arbeiten beendet sein.

Nun denn! Wir wissen, dass wir schon ein bisschen weiter sind. Ich mache auch einen Sprung in die letzten zwei Jahre.

Im ersten Quartal 2022 bekamen wir einen neuen Kostenrahmen von 103,6 Millionen Euro vorgelegt. Im November 2023 wurde im regelmäßigen Sachstandsbericht in Bauausschuss und Kulturausschuss dieser Kostenrahmen immer noch genannt - natürlich mit Hinweis darauf, dass das Kostenrisiko hoch sei. Das war allen klar, auch angesichts der Verzögerungen.

Wie gesagt, ist es gut, dass wir heute beschließen. Nicht gut ist, dass wir mittlerweile bei Gesamtkosten von 177,1 Millionen Euro brutto liegen. Auch wenn die Kostenerhöhung erläutert wird, fällt es mir persönlich schwer, diese Erhöhung mitzutragen. Ich weiß, dass es keinen Weg da heraus gibt. Trotzdem fällt es mir schwer - auch mit Blick auf die zeitliche Verzögerung insgesamt. Denn vieles war auch schon vorher klar. Dass es schwierig ist, auf dem Platz zu bauen, wurde bereits 2017 gesagt. Viele Risiken wurden auch im Laufe der Zeit schon genannt.

Ich will jetzt nicht dauernd zurückblicken. Aber wir hätten uns natürlich gewünscht, dass die Sanierung schon viel weiter wäre. Natürlich hätten wir uns auch gewünscht, dass viele der Kosten nicht noch einmal so extrem hätten steigen müssen.

Auch bezüglich der Kosten für museale Ausstattung und museale Bedarfe hätten wir uns gewünscht, dass sie mehr im Rahmen geblieben wären.

Nichtsdestotrotz freuen wir uns über den Baubeschluss als solchen. Wir hoffen, dass jetzt schnell gebaut wird und das RGM wieder seinen Zweck, seine Aufgabe und seinen Auftrag erfüllen kann.

Ich komme zu unserem Änderungsantrag. Der erste Punkt ist, glaube ich, völlig unstrittig. Es ist wichtig, dass das römische Hafentor mit in das gesamte Museumskonzept eingebunden wird und dann auch der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich sein wird.

Zu Punkt 2 haben wir uns beraten. Wir möchten ihn gerne durch andere Sätze als die, die jetzt im Antrag stehen, ersetzen. Ich lese das einmal vor. Wir möchten, dass Punkt 2 des Änderungsantrages durch folgende Formulierung ersetzt wird - Zitat -:

Die Verwaltung möge zur Weiterentwicklung der Ausstellungsmerkmale bzw. des Museumskonzeptes regelmäßige Berichte vorlegen. Vor Wiedereröffnung 2028 möge sie das dann gültige Konzept zur Beschlussfassung vorlegen.

Punkt 1 habe ich schon erläutert. Ich denke, auch bei Punkt 2 wird deutlich: Es ist wichtig, dass wir als Ausschuss mitgenommen werden und als Ausschuss tatsächlich immer die Berichte vorgelegt bekommen - und natürlich, dass 2028 ein Konzept an den Start geht, das dann State of the Art ist.

Ich wünsche uns allen und allen an der Sanierung Beteiligten eine glückliche Hand für die Weiterentwicklung. Ich wünsche uns allen keine weiteren Kostenerhöhungen. Ich wünsche uns allen einen zeitnahen Abschluss der Sanierungen. Denn wir freuen uns schon darauf, wenn Köln tatsächlich wieder deutlich wird als Römerstadt, die man gerne besucht, wenn Köln wieder erkennbar sein wird als diese römische Stadt - und natürlich vieles andere, aber eben auch das - und wenn römische Geschichte genau dort wieder erlebbar sein wird, wo sie auch stattgefunden hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.



Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat - CCAA; wir singen das im Karneval - wäre es schön, wenn die Römerstadt wieder erlebbar wäre. Es wäre schön, wenn wir nicht seit 2018 bis 2028 warten müssten, bis das Römisch-Germanische Museum wiedereröffnet ist. Die ersten fünf Jahre waren völlig umsonst. Wir haben jetzt fünf Jahre lang gewartet und waren in einem Interim. Das hätte man auch anders lösen können. Es ist schon bitter, im Nachhinein zu sehen, dass es erst jetzt mit den vertieften Planungen losgeht.

Aber wir sind auf einem guten Weg. Und wir wünschen, regelmäßig informiert zu werden. Das ist ein vernünftiger zweiter Punkt. Der erste Punkt ist genauso vernünftig. Alles in allem ist es gut, dass das Projekt nun endlich auf die Reise geht. Wir wollen hoffen, dass es dann in dem Kostenrahmen bleibt, der uns jetzt vorgestellt worden ist.

Denn an CCAA erinnern wir in ganz wenigen Jahren wieder. In 25 Jahren sind wir noch ein Jahr von dem großen Stadtjubiläum entfernt, Frau Oberbürgermeisterin. Wahrscheinlich werden dann die meisten von uns nicht mehr in Amt und Würden sein. Aber vielleicht -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber noch leben.

(Heiterkeit)

Dr. Ralph Elster (CDU): - genau - erlebt der eine oder andere ja dann die große 2000-Jahr-Feier noch mit. Dann wäre es schon schön, wir hätten eine Domumgebung, die all die Schätze tatsächlich berücksichtigt.

Das Hafentor steht jetzt wirklich Pars pro Toto. Es gibt natürlich die Hafenstraße, die neu verlegt werden muss. Im Kulturausschuss ist uns berichtet worden, dass man das plant. Wir wollen hoffen, dass das auch Wahrheit wird. Es gibt das Dionysos-Mosaik, das prächtig ausgestellt werden soll. Es gibt im neuen Museum das Schaufenster nach Rom. Natürlich ist es ein spektakuläres Event, wenn man dort hineinkommt und ein Schaufenster hat, in dem die größte römische Glassammlung der Welt präsentiert werden kann. Das sind schon Momente.

Wenn man dort die Domgrabungen und die Erkenntnisse zu Rom vielleicht auch noch mit präsentiert, dann wird das eine ganz runde Sache.

Insofern freue ich mich jetzt schon auf das große Stadtjubiläum im Jahr 2050.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Helmis-Arend das Wort. - Bitte.

Maria Helmis-Arend (SPD): Verzeihung. Ich musste mir die mündliche Änderung des Änderungsantrags noch kurz auf dem iPad von Frau von Bülow durchlesen. - Wir haben es benannt: Seit 2011 sind die Dinge im Gespräch. 2018 hat man es dann geschafft, wirklich weiterzumachen. Aber seit 2018 haben wir auch ein Römisch-Germanisches Museum, das geschlossen ist.

Dass wir erst heute diesen Beschluss fassen, hat natürlich zur Folge, dass alle Kinder, die jetzt in unserer Stadt in die 1. Klasse kommen, bisher noch in keinem einzigen der historischen Museen unserer Stadt waren, das nicht im Interim ist.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber es gibt das Belgische Haus!)

- Das nicht im Interim ist. - Zu dem Belgischen Haus und den Interimsstätten, die in diesen Zeiten ja auch immer wichtiger werden, stelle ich gerne immer wieder die für meine Kulturausschusskolleginnen und -kollegen schon leicht nervtötende Frage: Wie ist es denn möglich, die Interims noch attraktiver zu gestalten? Wäre nicht der bereits zugesicherte kostenfreie Eintritt unter anderem für das Belgische Haus eine gute Idee dafür?

Kurzum: Der Stillstand, den wir seit 2011 in dieser Sache haben, muss beendet werden. Ich möchte die Worte von Frau von Bülow - Zitat: wir hätten es uns anders gewünscht - etwas schärfer formulieren. Dass wir diese Kostenexplosion haben, hätten wir uns nicht nur anders gewünscht, sondern wir kritisieren diese Kostenexplosion und die sukzessive Veränderung der Planung hin zu einem nun doch zeitgemäßen Museum - das ist ja jetzt erst noch einmal der neue Kostenfaktor gewesen - ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Zum Änderungsantrag des Bündnisses: Bei Punkt 1, dem Hafentor, wäre uns wichtig, dass das so verstanden wird, dass hier auch die Kostenhöhe immer mit dargestellt wird, wir das also auch weiterhin stark im Blick haben. Und Punkt 2

hat hoffentlich auch keine aufschiebende Wirkung. Wir wollen ja, dass es unverzüglich umgesetzt werden kann. Es wäre gut, wenn noch einmal bestätigt werden könnte, dass Punkt 1 und Punkt 2 keine aufschiebende Wirkung haben.

Meine Damen und Herren, hinter der Historischen Mitte steht derzeit ein großes Fragezeichen. Ich habe die ganze Zeit das Gefühl, dass das der große Elefant im Raum ist, über den wir hier nicht wirklich sprechen. Umso wichtiger ist es doch, dass die Dinge in Zukunft konzeptionell angegangen werden, damit eben nicht noch einmal die Situation entsteht, dass sieben Jahre lang etwas nicht in die Gänge geleitet wird und wir konzeptionell nichts weiter haben als kleine Interimsstätten.

Wir brauchen ein Angebot, das langfristig denkt. Wir brauchen auch nach wie vor die Haltung, dass wir die Museen auch an Interimsstätten attraktiv gestalten und da vielleicht auch über Attraktivierungsmaßnahmen durch entsprechende Eintrittspreise weiterhin nachdenken.

Wir hoffen, dass es jetzt so umgesetzt werden kann, wie es hier dargestellt ist, und unterstützen den Änderungsantrag, sofern er keine aufschiebende Wirkung hat, wozu ich die Verwaltung, wie gesagt, noch einmal um Darstellung bitten möchte. Ansonsten würden wir, sollte er aufschiebende Wirkung haben, Punkt-für-Punkt-Abstimmung beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte jetzt zwischendurch einmal Herrn Greitemann das Wort geben, weil es sein kann, dass er Ihre Informationen schon durch einen mündlichen Vortrag vervollständigen kann. Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank, dass ich diesbezüglich das Wort bekommen habe. - Vielleicht noch einmal zur Erhellung: Sie alle haben gemeinsam mit uns - und das war auch richtig gut - beschlossen, dass wir schon in die vertiefende Planung eingestiegen sind und bereits das Gebäude auseinandergenommen haben, also zurückgebaut haben, um festzustellen, welcher Sanierungsbedarf tatsächlich in dem Gebäude besteht. Diesen Beschluss haben Sie Gott sei Dank, muss ich ganz ehrlich sagen, zu unserer Freude seinerzeit gefasst.

Dabei ist dann diese Kostennote herausgekommen. Ich möchte auch noch einmal betonen: Die Aufpreise sind nicht dem geschuldet, dass das Museumskonzept verändert worden ist - maximal in kleineren Teilen. Hauptsächlich liegt es daran, dass wir alle Decken, alle Wände und alle Fundamente aufgemacht haben und Zustände vorgefunden haben, die diesen Preis jetzt rechtfertigen; mit allen Risiken, die da drinstecken. - Das vorab.

Zu dem Änderungsantrag: Ihre Vorträge haben das für uns als Verwaltung schon etwas klarer gemacht. Den Punkt 2 können wir so mittragen. Das heißt, dass regelmäßig berichtet wird, bzw. über die weiteren Planungen der Szenografie. Es muss nur klar sein: Wenn abschließend ein Beschluss bezüglich der Szenografie gefasst wird, ist die Bandbreite, in der wir da etwas verändern können, ganz gering, weil wir das Konzept ja vor uns liegen haben, eine GU-Vergabe durchzuführen. Wir wollen weg von der Situation, dass wir während des Bauens planen. Das heißt, dass wir eine GU-Vergabe haben wollen, bei der sehr klar ist, wie wir bauen. Und da gehört in der Szenografie - das sagt alles - dazu, dass die Objekte dann hinterher in Szene gesetzt werden: durch Digitalisierung, durch Beleuchtung, durch Belüftung und, und, und.

Insofern werden Sie - - Wir es natürlich sehr eng begleiten. Stefan Charles sitzt neben mir. Aber wenn Sie noch einen Beschluss fassen wollen, wird er maximal kleinste Nuancen noch umfassen können, weil ansonsten die Preise und die Termine sich wieder maximal verändern. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für die Ergänzung. - Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!! Wir hatten das Thema ja auch im Finanzausschuss. Da ging es um den Punkt 2. Ich hatte gehört, dass der Museumsdirektor bei dem Punkt 2 Probleme habe. Jetzt ist das anders formuliert worden. Wenn die Verwaltung sagt, es seien nur Nuancen veränderbar, aber man könne das so beschließen, ist das in der Form sicherlich mitzutragen und können wir das machen.

In Bezug auf das Hafentor muss man sagen: Dass wir das noch einmal beschließen müssen, ist schon ein Ding; denn das haben wir schon beschlossen. Da waren Sie auch schon hier, Frau



Oberbürgermeisterin, damals noch als Sozialdezernentin. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, als wir das Hafentor gefunden haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und Frau Laugwitz-Aulbach war Kulturdezernentin. Daran kann ich mich auch erinnern.

Ulrich Breite (FDP): Ja, ich bedauerlicherweise auch. - Nachdem wir das Hafentor gefunden hatten, haben wir ja schon beschlossen, dass wir es der Öffentlichkeit zeigen müssen. Dann haben wir plötzlich gehört, dass man es einfach zugemauert hat bzw. den Einstieg nicht für Besucherinnen und Besucher nehmen kann.

Jetzt müssen wir das, was wir schon längst beschlossen haben, noch einmal beschließen.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber wenn es doch richtig ist!)

Das ist doch die Krux hier, meine Damen und Herren. Wenn wir etwas beschließen, müssen wir doch davon ausgehen können, dass die Verwaltung das auch umsetzt. Es kann nicht sein, dass wir nach Jahren - das muss man sich einmal vorstellen - die Tunnelbohrungen, bei denen wir es gefunden haben, noch einmal beschließen mussten und sie auch erst jetzt in die Planung gehen. Darum braucht das ja auch einen so langen Zeitraum.

Ich möchte meine lieben Kolleginnen und Kollegen auch noch an etwas erinnern. Es freut mich sehr, dass hierfür jetzt ein GU, ein Generalunternehmer, gesucht wird. Denn als wir das erste Mal zusammen mit Grünen und CDU gefordert haben, dass wir diese Aufgabe doch bitte abgeben, hatten wir eine lange Diskussion. Da gab es sogar eine Sitzungsunterbrechung - das habe ich auch noch nie erlebt -, weil von der Verwaltung nach dem Motto „Kennen wir nicht, wollen wir nicht, fort damit!“ argumentiert wurde: Nein, G-Unternehmer gehe nicht, und Totalunternehmer sei auch ganz schlimm.

Dann mussten wir eine Formulierung finden, dass es zwar bei dem Römisch-Germanischen Museum überhaupt nicht geht, dass wir das aber irgendwie mal prüfen wollen. Wir haben es dann bei dem Schulbau gemacht. Und wenn man jetzt die Pressemeldungen der Stadt liest, kriegt man immer Tränen in die Augen, weil es plötzlich alles funktioniert und sogar noch schneller geht, also termingerecht fertig wird. Das ist wunderschön.

Es ist natürlich überraschend, Herr Greitemann, dass ich jetzt höre, die Sitzungsunterbrechung hätten wir damals gar nicht benötigt. Das ist auch schon sehr lange her. Jetzt wird es ja entsprechend gemacht.

Das freut einen. Allerdings ist auch ein bisschen Frustpotenzial dabei, weil das alles so lange dauert.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Anscheinend gibt es hier im Rat doch Intelligenz, von der die richtigen Vorschläge gemacht werden. Zwei Beispiele dafür sind das Hafentor und der G-Unternehmer. Wir wollen hoffen, dass es jetzt nicht noch einmal so lange dauert wie von 2011 bis heute, sondern dass die Verwaltung sich darangibt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Mit Ihrer Genehmigung spreche ich auch vom Platz aus; dann geht es schneller. - Zu der Vorlage hatten wir ja schon vor Eintritt in die Tagesordnung etwas gesagt. - Herr Greitemann, hören Sie besser zu; denn es betrifft auch Sie und Herrn Charles. Sie hatten zusammen zu einer Runde eingeladen, zu der Sie uns nicht mit eingeladen haben, obwohl es eine Vorlage für den Rat ist. Das halten wir für rechtswidrig. Sie wissen auch, wie wir es erfahren haben; denn die Schriftführung des Finanzausschuss hat es an alle Mitglieder geschickt. Sich dann darauf zu berufen, dass wir ja kein Stimmrecht in Ihren Ausschüssen haben, halte ich für schwach; denn hier im Rat haben wir - da können Sie machen, was Sie wollen - Stimmrecht.

Deswegen müssen wir leider, so hart es auch für uns ist - wir wollen ja auch, dass das Römisch-Germanische Museum wieder zugänglich wird -, gegen diese Vorlage stimmen, weil wir diese Vorlage eben formell für rechtswidrig halten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.



Dann möchte ich einmal fragen, Frau von Bülow, ob der Punkt 2, den Sie uns eben mitgeteilt haben - ich lese ihn gleich noch einmal vor -, den bisherigen Punkt 2 im Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt ersetzen soll.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Ja. So darf ich das verstehen. - Frau Helmig, Sie hatten angeregt, punktuell abzustimmen.

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Nein, jetzt nicht mehr!)

- Habe ich das falsch verstanden?

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Das ist durch die Darstellung der Verwaltung erledigt!)

- Okay. - Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die mündliche Änderung - -)

- Ich lese sie gleich noch einmal vor.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Alles klar! Danke schön!)

Dann lese ich den Punkt 2, der jetzt im Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt steht, noch einmal vor:

Die Verwaltung möge zur Weiterentwicklung der Ausstattungsmerkmale bzw. des Museumskonzeptes regelmäßige Berichte vorlegen. Vor Wiedereröffnung 2028 möge sie das dann gültige Konzept zur Beschlussfassung vorlegen.

Eingedenk der Worte von Herrn Greitemann, die ja auch der Niederschrift zu entnehmen sind, lasse ich jetzt über den Änderungsantrag in der geänderten Fassung abstimmen. Wer wünscht dagegenzustimmen? - Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine.

Dann lasse ich über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen. Das war schon ein Zwischenerfolg, jawohl. Aber ich lasse jetzt noch über die geänderte Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.18 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023 3033/2023

Hierzu habe ich eine Wortmeldung von Herrn Seck vorliegen. Ich sehe ihn nur gerade nicht.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Ich kann dazu etwas sagen!)

- Herr Schlieben, sehr gerne.

(Zuruf von Maria Helmig-Arend [SPD] - Gegenruf von Dr. Helge Schlieben [CDU]: Dann sprich du erst! - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Frau Helmig soll für den Kollegen sprechen!)

Maria Helmig-Arend (SPD): Darf ich? Herr Schlieben hat mir das Wort erteilt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Wenn Herr Schlieben Ihnen jetzt das Wort weitergegeben hat, kann ich ja nicht Nein sagen. Bitte sehr.

Maria Helmig-Arend (SPD): Ich finde es schade, dass er es nicht in Reinform getan hat - vielleicht das nächste Mal.

Wir hatten im Schulausschuss eine Anmerkung unter unser Beschlussprotokoll aufgenommen. Dort ging es darum, dass man auch den Beschluss bzw. den Bericht der BV 8 berücksichtigen sollte. Das lag ja eigentlich auch schon damals vor. Wir wollen es explizit so verstanden haben, dass wir das im heutigen Beschluss berücksichtigen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie wollen das ergänzen, Herr Schlieben. Bitte sehr.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. Danke auch an die Kollegin Helmig. - Da ich vom Kollegen Seck informiert war, dass er sprechen würde, und ich ihm dann sagte, dann würde ich dazu etwas ergänzen können, schrieb er mir, als er losmusste, dass die Kollegin Helmig sprechen würde. Deshalb wusste ich das früher als Sie.

(Heiterkeit - Christian Joisten [SPD]: So funktioniert Kommunikation!)



Es ist doch gut, das zu wissen. Man kann sich auch mal normal unterhalten. Das ist ja auch nicht schlecht. Das haben heute auch viele gemacht.

Nun zur Anmerkung: Darin steht ja - das ist der Satz, um den es geht -:

Daher soll eine Entscheidung über die zukünftige Entwicklung der Kurt-Tucholsky-Hauptschule zurückgestellt werden, bis der Bericht der Bezirksvertretung Kalk vorliegt.

Das ist eine Ungenauigkeit. Wir warten weder auf den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk, noch warten wir auf einen Bericht der Bezirksvertretung Kalk, sondern wir hatten gesagt: Wir warten auf das Anmeldeverfahren und die Situation mit dem Blick auf die Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Kalk. Im August dieses Jahres gehen die 486 neuen Gesamtschulplätze an den Start; es geht eine Gesamtschule mit 108 Plätzen in privater Trägerschaft an den Start. Das wollen wir uns angucken.

So versteht das sicherlich auch der Herr Dezerent. Das schauen wir uns dieses Jahr und gegebenenfalls auch nächstes Jahr an. Wir warten also auf keinen Bericht - da hat die Kollegin Helmis recht -, und wir warten nicht auf den Beschluss, sondern wir wollen gucken, wie sich die Situation mit Blick auf die fehlenden Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Kalk entwickelt.

So ist das zu verstehen. Ich hoffe, dass das dazu führt, dass wir dann hier auch gemeinschaftlich zustimmen können. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also zustimmen und dann gucken?

(Heiterkeit - Dr. Helge Schlieben [CDU]:
Ja! Alles gut!)

- Gucken. Jeder kann das ja machen. Das ist Ihre Kompetenz. Gut. Alles wunderbar. - Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da stimme ich Helge vollkommen zu. So ist das im Schulausschuss Ende 2022 beschlossen worden. Das ist ein glasklarer Beschluss.

Ich möchte noch etwas anmerken. Erst einmal vielen Dank für diese Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Verwaltung. Wir haben

im Vorfeld im Schulausschuss einen Diskussionsprozess unter den demokratischen Fraktionen gehabt und uns da in zwei für uns wichtigen Punkten auf einen Kompromiss geeinigt, der es uns möglich macht, der Schulentwicklungsplanung erstmals zuzustimmen. Ich hatte bereits, bevor wir der Schulentwicklungsplanung einmal zugestimmt haben, Hochachtung vor diesem Werk der Schulverwaltung. Deshalb habe ich diesen Dank früher auch schon ausgesprochen.

Aber wir haben zwei Punkte korrigiert. Lassen Sie mich das ganz kurz skizzieren. Wir beschließen heute ja die Vorlage nach Schulausschuss. Für uns als LINKE heißt das: Die Schullandschaft in Köln soll sozial integrativer werden, und sie soll inklusiver werden.

Der erste Punkt ist: Wir möchten die Entscheidung, ob im Neubaugebiet Kreuzfeld eine Förderschule entstehen muss - denn tatsächlich ist die Stadt ja in der Pflicht, Plätze bereitzustellen, wenn diese von Eltern nachgefragt werden -, noch für ein paar Jahre offenhalten und wollen eine parallele Planung des dortigen Bildungscampus mit Förderschule und ohne Förderschule. Denn es gibt mehrere Faktoren, die das Wahlverhalten von Eltern beeinflussen, und es könnte sein, dass die Inklusion an Regelschulen aufgrund verschiedener Dinge positiv beeinflusst wird. Ich sage „positiv“, weil wir als Stadt ja eigentlich das Selbstverständnis haben, dass wir - Rat und Verwaltung gleichermaßen - für die Inklusion eintreten und uns dort engagieren. Unter anderem werden wir deshalb auch das Maßnahmenprogramm der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diskutieren.

Der zweite Punkt ist: Wir haben eingefügt, dass die Beschlüsse der Bezirksvertretungen berücksichtigt werden. Die Bezirksvertretungen haben für Lindenthal am Salzburger Weg, für Kalk in Humboldt/Gremberg und für Porz in Form einer Beschleunigung Beschlüsse für zusätzliche Gesamtschulprojekte gefasst, die also berücksichtigt werden; das ist die Formulierung. Das findet natürlich auch unsere Zustimmung.

Deshalb werden wir auch dem gesamten Schulentwicklungsplan 2023 zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Ruffen und dann Frau Feuser.



Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich dachte ich ja, dass wir in den diversen Ausschüssen alles gesagt haben, was zu sagen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Aber ich kann ja jetzt nicht als Einzige nichts sagen. Ich mache es auch ganz kurz. - Wir haben mehrere Punkte genannt, die wir dringend berücksichtigt sehen wollen.

Das ist einmal das Thema Berufsschulen. Wir müssen langsam unsere Berufskollegs und Berufsschulen mit in unseren Schulentwicklungsplan hineinnehmen. Das sind die wichtigsten Player, gerade in der Oberstufe und in der dualen Ausbildung. Wir dürfen sie nicht hintendran lassen.

Das Thema Förderschulen haben wir besprochen. Die FDP ist hier für Wahlfreiheit. Aber tatsächlich muss für alle Eltern eine Wahl zwischen Inklusion und Förderschule möglich sein.

Das dritte Thema ist: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr lobt diesen Plan über den grünen Klee. Dann halten wir uns doch bitte auch daran. Wenn die Verwaltung zum Beispiel vorschlägt, eine Schule doch nicht so groß zu bauen wie gedacht, weil man den Bedarf an dieser Stelle nicht sieht, sollte man da vielleicht auch mal der Verwaltung folgen und nicht immer und überall sagen: Gesamtschulen müssen her. - Wir kriegen jetzt gerade Probleme bei Anmeldungen. Daher müssen wir zusehen, dass wir das Stadtgebiet ordentlich versorgen, und nicht große Schulzentren bauen, die wir vielleicht am Ende gar nicht brauchen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Feuser, bitte.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Gerade habe ich mit Schrecken festgestellt, dass ich die Einzige bin, die sich vorgenommen hat, noch mal richtig dazu zu reden. Es tut mir leid. Aber ich habe mir so viel Mühe mit dieser Rede gegeben. Da müsst ihr jetzt leider durch.

(Vereinzelt Beifall)

Eines vorweg: Auch wir werden dem Schulentwicklungsplan natürlich zustimmen. Wir danken

der Verwaltung dafür und sind froh darüber, dass es diesen Plan gibt.

Dennoch sind wir der Meinung, dass dieser Schulentwicklungsplan nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass Schulen und Kinder in dieser Stadt immer noch zu wenig Lobby haben. Alle reden immer davon, dass wir mit Hochdruck Schulen bauen müssen. Aber wie oft sagen wir denn wirklich, wenn ein passendes, attraktives Grundstück frei wird: „Oh ja, lasst uns eine Schule darauf bauen“, und wie oft wird dieses Grundstück doch lieber Investoren und Immobilienentwicklern verkauft, die darauf dann Einfamilienhäuser bauen?

Wie viele große Neubaugebiete wurden geplant - -

(Zurufe)

- Lasst mich doch mal ein Beispiel nennen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:
Jetzt das Beispiel!)

Jetzt das Beispiel: Wie viele große Neubaugebiete wurden geplant - und „Ups, Schule vergessen; Entschuldigung“? Siehe zum Beispiel das Clouth-Gelände in Nippes!

In Ehrenfeld diskutieren wir jetzt wieder allen Ernstes darüber, ob wir für eine Schule die Kleingärten der Kölschen Kiwis plattmachen müssen, während im selben Bezirk ein Grundstück seit Jahren brachliegt und die Stadt nun trotzdem ein zweites Mal auf ihr Rückkaufsrecht verzichtet hat.

Auch im direkt an dieses Grundstück angrenzenden Stadtbezirk Nippes werden für Interimsgebäude und neue Gesamtschulgebäude weiterhin wertvolle Grünflächen vernichtet.

Weil also - zumindest sehen wir das so - in der harten Realität Schulen eben doch noch keine so hohe Priorität haben, werden am Ende dann oft Schulen gegen Grün ausgespielt.

Die Verwaltung hat im ASW beteuert, aus diesen Fehlern gelernt zu haben. Hoffentlich hat die Politik das auch, wenn es in Zukunft darum geht, was mit einem Grundstück passieren soll.

Was die qualitativen Herausforderungen der Kölner Schul- und Bildungslandschaft angeht - so heißt das große Kapitel -, lesen wir hier viele schöne, gute und wichtige Worte. Doch ist uns der Plan an vielen Stellen leider noch zu oberflächlich, und es fehlt uns an konkreten Maßnahmen und Konsequenzen.



So wird der Leitgedanke vernetzter inklusiver Bildungslandschaften hervorgehoben. Gleichzeitig wurde uns für Kreuzfeld aber eine Planung vorgelegt, die mit Verweis auf den angeblichen Elternwillen nicht nur eine neue Förderschule vorsieht, sondern diese auch noch baulich getrennt errichten wollte. Hierzu haben wir im ASW zum Glück einen Änderungsantrag verabschiedet.

Gleiches gilt für den Bereich „Schule und Klimaschutz“. Es wird zwar zu Recht hervorgehoben, dass sowohl Gebäude als auch die Akteure einen wichtigen Beitrag zur Klimaneutralität leisten können und müssen. Deshalb ist es auch wirklich begrüßenswert, dass viele neue Schulen in klimagerechter modularer Holzbauweise gebaut werden.

Wünschenswert wäre aus unserer Sicht aber, dass der Grundsatz „Sanierung statt Neubau“ noch deutlich konsequenter umgesetzt würde, ebenso wie die Umwandlung bestehender Gebäude in Schulen. Insgesamt kann und muss die Kommune noch mehr tun, um die Schulen in ihrem Bestreben nach Klimaneutralität und Klimabildung zu unterstützen.

Derzeit weiß eine Lehrerin - reales Beispiel - auch nach fünf Telefonaten mit der Stadtverwaltung immer noch nicht, ob ihre Schüler*innen einen Wasserspender aufstellen oder ein Solarmodul anbringen dürfen, oder auch nur, wen sie dafür fragen müssen.

Angeblich finden wir die konkreten Maßnahmen dazu im Klimaaktionsplan. Doch den haben wir im Dezember durchgearbeitet und dabei gemerkt, dass wir da auch keine konkreten Maßnahmen finden.

Die Kommune hat im Bereich „BNE - Bildung für nachhaltige Entwicklung“ viele Handlungsmöglichkeiten. Es gilt, diese so schnell wie möglich mit guten Ideen zu füllen. Dabei wäre es ratsam, die Zivilgesellschaft vor Ort deutlich stärker einzubeziehen; denn da gibt es viele Menschen mit vielen guten Ideen.

Damit können und sollten wir auch einen weiteren Bereich adressieren, der uns in dem Kapital der qualitativen Herausforderungen vollständig fehlt. Das ist die Herausforderung der Demokratiebildung. Auch hier hat die Kommune die Möglichkeit und damit eigentlich auch die Verpflichtung, Hand in Hand mit der Zivilgesellschaft die Schulen bei der politischen Bildung und der Demokratieerziehung zu unterstützen. Denn Schulen sind, anders als manche hier das gerne hätten, keine politisch neutralen Orte. Sie sind wertebasierte Lern- und

Sozialisationsorte, orientiert an den Werten unseres Grundgesetzes.

Jetzt habe ich noch 51 Sekunden für meinen letzten Punkt. Da geht es um Bildungsgerechtigkeit und Armutsprävention. Auch hier finden sich aus unserer Sicht noch zu wenig konkrete Maßnahmen.

Die Dramatik der Situation kann, wie schon vielfach benannt, nicht deutlich genug betont werden. 8,5 Prozent aller Erstklässler verbleiben in der Klasse 1. Insbesondere in den Bezirken, in denen die Kinderarmutsquote besonders hoch ist, fehlt es unter anderem deshalb an vielen Grundschulplätzen. Ein Drittel aller Kölner Grundschulen werden inzwischen im Sozialindex den Gefährdungsstufen 6 bis 9 zugeordnet. Doch irgendwie wird so getan, als sei das nicht unfassbar dramatisch.

Die Stadt Köln steckt genauso wie Gesamtdeutschland aus unserer Sicht in einer tiefen Bildungskrise. Doch statt alle Ressourcen auf die Bekämpfung dieser Probleme zu verwenden - und jetzt wiederhole ich mich -, stecken wir 2,8 Millionen Euro aus dem Budget des Dezernates IV in die Fanfeste der EM.

Der Schulentwicklungsplan kann deshalb aus unserer Sicht nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schulen, Bildung und Kinder immer noch keine ausreichend große Lobby in diesem Rat haben. Aber vielleicht ändert sich das ja, wenn wir aufgrund verbesserter Betreuungssituation mehr Eltern hier sitzen haben.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT
und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Frau Feuser, der Bebauungsplan für das Clouth-Gelände ist 2009 verabschiedet worden, also vor 15 Jahren. Früher war alles anders. Wir haben aus diesen Fehlern gelernt. Wenn wir planen, planen wir Schulen mit, wie wir es zu Kreuzfeld gerade schon gehört haben. So etwas käme heute also nicht mehr infrage.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, und zwar wie Schulausschuss, Anlage 16. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



**10.19 Schulrechtliche Errichtung einer 3-zügigen Grundschule am Standort Friedrich-Karl-Straße 64, 50737 Köln, bei gleichzeitiger Änderung der Montessori-Grundschule, GGS Gilbachstraße, 50672 Köln, durch Auflösung des Teilstandorts Stammheimer Straße 101, 50735 Köln-Riehl, und Zügigkeitsreduzierung auf 2 Züge
3205/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Zuschussgewährung „Tag des guten Lebens“ 2024
3615/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD stimmt dagegen. Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße Änderungsbeschluss
3891/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Röhrig und dann Frau Syndicus. - Erst Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz, eigentlich eher redaktionell: Ich hatte verstanden, dass wir gleich in der Abstimmung den Verwaltungsvorschlag und nicht die Variante BV 2 durch Sie zur Abstimmung gestellt bekommen. Ist dem so?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin ja noch nicht bei der Abstimmung. Sonst würde ich das sagen. Aber Sie dürfen davon ausgehen - -

Christian Joisten (SPD): Gut. Dann darf ich schon mal adressieren - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie dürfen davon ausgehen, dass ich abstimmen lasse wie die Vorlage mit den Anregungen der BV 2, die im weiteren Verfahren geprüft werden.

Christian Joisten (SPD): Gut. Es ist nämlich unser ausdrücklicher Wunsch, dass das mit einfließt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diesen Hinweis habe ich jetzt vorgezogen.

Christian Joisten (SPD): Dann herzlichen Dank. Dann können wir es nämlich an der Stelle abkürzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Röhrig.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und alle, die noch zusehen, zu Hause oder auch auf der Zuschauertribüne! Wir hatten einen Änderungsantrag vorgelegt, den wir auch besonders wichtig finden, was Umwelt und Klima angeht. Aus dem Beschlussvorschlag können Sie ja Folgendes ersehen:

Die Verwaltung möge bis zur endgültigen Beschlussfassung im Rat realistische Alternativen als Ersatzmaßnahmen für nicht umsetzbare und/oder nicht gewollte, aber dereinst beschlossene Ausgleichsmaßnahmen erarbeiten und als Anlage zur Beschlussvorlage hinzufügen.

Das ist bis jetzt aber noch nicht geschehen.

Wir begründen das auch, und zwar wie folgt:

Laut der Verwaltungsvorlage sollen/können nicht alle dereinst beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden.

Allerdings werden seitens der Verwaltung keinerlei Ersatzmaßnahmen hierfür genannt. Das ist aus Umweltsicht zu wenig.

Das möchten wir wirklich noch einmal ausdrücklich betonen.

Wenn das Versickerungsbecken, wie beschrieben, nicht zum Feuchtbiotop werden kann, muss vorgeschlagen werden, was Adäquates angelegt werden könnte.



Die Straße soll nicht komplett, sondern nur zur Hälfte zurückgebaut und entsiegelt werden, aber Ersatzmaßnahmen für die nicht entsiegelte Hälfte werden nicht vorgelegt.

Haben wir nicht einmal beschlossen, dass es bei uns im Stadtgebiet eine Entsiegelung geben soll?

Das ist für das Klima und für das Grundwasser wichtig. Deswegen bitten wir Sie, doch unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Röhrig, es tut mir leid; mir liegt kein Änderungsantrag vor.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Anlage 8!)

- In der BV.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Es war zu spät, einen mündlichen Antrag im Umweltausschuss zu stellen. Daraufhin haben wir diesen Änderungsantrag in den Stadtentwicklungsausschuss gegeben. Er ist hier auch mit an die Vorlage angefügt worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist die Anlage 8.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Genau.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Aber er ist nicht beschlossen worden.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein! Es ist noch gar nichts beschlossen worden!)

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Das ist mit allem ohne Votum in den Rat geschoben worden, soviel ich weiß. Und das wurde einstimmig beschlossen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Änderungsanträge gehen meines Erachtens - aber wir müssen uns jetzt mal kurz besprechen - nicht automatisch in den Rat.

Frau Röhrig, ich würde jetzt mal Folgendes sagen: Sie haben ja den Änderungsantrag eben mündlich gestellt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Er liegt auch schriftlich vor!)

- Er ist in Anlage 8. - Daher würde ich jetzt mal sagen, dass wir hier auch darüber beschließen können.

(Uschi Röhrig [DIE LINKE]: Danke schön!)

Ich lasse das gleich so beschließen - oder abstimmen; ob es beschlossen wird, weiß man noch nicht.

(Uschi Röhrig [DIE LINKE]: Sie können ja mitstimmen!)

Zunächst frage ich aber nach weiteren Wortmeldungen. - Frau Syndicus hatte sich schon gemeldet. Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Von der Entflechtungsstraße Rondorf Nord-West träume ich mittlerweile nachts, weil wir sie so oft hier in allen Ausschüssen behandeln und immer wieder sehen.

Freundlicherweise hat Frau Rode neulich auch noch mal aufgeklärt, was eine Entsiegelung eigentlich genau ist, was das alles betrifft usw.

Wir haben jetzt schon so viele Änderungen darin. Trotzdem möchte ich gerne einmal darauf hinweisen, dass ich es immer sehr merkwürdig finde, wenn wir eine Straße für Autos bauen und das Ganze dann in der Vorlage als klimapositiv bewertet wird.

(Vereinzelt Beifall)

Da müssen wir doch ehrlich sein. Mit dem Bau von Straßen können wir nicht klimapositiv sein. Das können wir mit anderen Maßnahmen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe hier die Anlage 8 vorliegen. Der Änderungsantrag lautet:



Die Verwaltung möge bis zur endgültigen Beschlussfassung im Rat realistische Alternativen als Ersatzmaßnahmen für nicht umsetzbare und/oder nicht gewollte, aber dereinst beschlossene Ausgleichsmaßnahmen erarbeiten und als Anlage zur Beschlussvorlage hinzufügen.

Das ist der Änderungsantrag, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist er abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen wie die Vorlage. Und die Verwaltung wird die Anregungen der BV 2 im weiteren Verfahren prüfen. Sie wird Ihnen natürlich auch mitteilen, was diese Prüfung ergeben hat.

(Christian Joisten [SPD]: Das habe ich jetzt unterstellt!)

- Wir halten es nicht geheim. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist das bei Enthaltung der LINKEN so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Sporthalle mit 3 Sportübungseinheiten im Stadtbezirk Nippes 4174/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Tagesordnungspunkt

**11.2 226. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rondorfen
Arbeitstitel: „Rondorf Nord-West“ in Köln-Rondorf
hier: Feststellungsbeschluss
2926/2023**

Ich frage zunächst, bevor ich das Abstimmungsverhalten erläutere, nach Wortmeldungen. - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist bei Enthaltung der LINKEN so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**11.3 236. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: „Leidenhausener Straße“ in Köln-Porz/ Eil
hier: Feststellungsbeschluss
4100/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71356/02, Arbeitstitel „An der Mühle“ in Köln-Porz-Langel
0348/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 76403/02
Arbeitstitel: Leidenhausener Straße in Köln-Porz-Eil
4047/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 291. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von



Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4059/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der Fraktion Die FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Da frage ich jetzt nicht mehr nach Wortmeldungen, sondern lasse direkt abstimmen.

Tagesordnungspunkt

17.1 Benennung eines stellvertretenden Mitgliedes für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln 4153/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Neuwahl stellvertretend stimmberechtigtes Mitglied DGB Region Köln-Bonn für den Jugendhilfeausschuss 0105/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Nachbesetzung Sachkundiger Einwohner*innen im Ausschuss für Kunst und Kultur auf Empfehlung der StadtAG Queerpolitik 0230/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Nachbesetzung stellvertretender sachkundiger Einwohner für den Verkehrsausschuss auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 3927/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Zweckverband „Naturpark Rheinland“

hier: Wahl einer Stellvertretung 0215/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Umbesetzung im Gremium“ AN/0193/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Umbesetzung Regionalrat Regierungsbezirk Köln“ AN/0201/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Umbesetzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“ AN/0200/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Antrag zu TOP 17 - Gremienbesetzung Kuratorium Krankenhausstiftung Porz am Rhein“ AN/0208/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend „Entsendung in den Aufsichtsrat der Rhein Energie AG“ AN/0210/2024

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme jetzt zu:



18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

18.1 Mehrbedarf im Rahmen der Umsetzung UEFA EURO 2024 4142/2023

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

18.2 Straßenkarneval 2024 - Durchführung einer dezentralen Veranstaltung Entscheidung und Mittelvergabe 4110/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation an der Zülpicher Straße - da sind wir uns, glaube ich, alle einig - bedarf dringend einer Entlastung. Das Thema Uni-Wiese ist hier umstritten. Unsere Haltung war immer und ist immer noch: Solange das nötig ist und solange uns die Polizei sagt: „Wir brauchen die Uni-Wiese zur Entlastung“, ist es für uns selbstverständlich, dass - bei allem berechtigten Schutz der Wiese - diese für Sicherheitszwecke dann auch zur Verfügung gestellt wird. Und es ist allemal besser, wenn sie abgedeckt und präpariert wird, als wenn das spontan geschehen muss, weil man die Masse wegen Gefahr im Verzug einfach dahin abfließen lassen muss.

Wir sind uns aber auch einig, dass es natürlich langfristig besser ist, wenn es andere Ausweichflächen gibt. Und wenn sich dereinst - da sind wir wieder bei „dereinst“ - wirklich herausstellen sollte, dass dann die Uni-Wiese nicht mehr nötig ist, ist das umso besser; keine Frage. Darüber, dass es diese Alternativflächen geben soll, sind wir uns alle einig.

Und jetzt sind wir bei dem entscheidenden Punkt dieser Dringlichkeitsentscheidung, die hier zur Genehmigung steht. Es ist gut, dass sich mit der Großen Kölner jemand gefunden hat, der den Mut aufbringt, zu sagen: Das machen wir.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf ich da ergänzen?

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Der Großen von 1823.Lanxess arena

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Entschuldigung. Ich will hier niemandem - - Ja, das ist völlig richtig.

Aber - und jetzt sind wir bei einem großen Aber - nicht in Ordnung ist, wie es im Hinblick auf die Schaafenstraße gelaufen ist. Ich kann verstehen, dass jetzt eine Dringlichkeitsentscheidung hermusste, um diese Mittel freizugeben, weil vorher keiner gefunden wurde. Allerdings ist die Idee, an dieser Stelle eine Bühne einzurichten, nicht jetzt erst spontan geboren. Es ging darum, einen Veranstalter dafür zu finden.

Wenn es aber so ist, dass sie nicht spontan geboren ist, dann wäre es doch wichtig gewesen, die Community an der Schaafenstraße, die das als ihren Safe Space sieht und erlebt - wir finden es auch gut, dass es solche Plätze in Köln gibt -, rechtzeitig einzubinden und nach ihrer Meinung zu fragen, wie sie eine solche Bühne - bei allem Sicherheitskonzept - vor der Nase auf gut Deutsch erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss Ihnen sagen, dass uns seit Wochen aus der Community - wir sind da ja mit Elfi Scho-Antwerpes und Lisa Steinmann sehr gut vernetzt - wirklich kritische bis sehr kritische Anmerkungen erreichen - bis hin zu „Das geht gar nicht; wir haben Angst; wir glauben, dass uns das bedrängt“ und „Wir fühlen uns hier abgehängt und nicht mitgenommen“.

Diese Anmerkungen erreichen nicht nur uns, sondern haben heute online im *Express* auch noch einmal Niederschlag gefunden. Es gibt also großen Zoff um die Bühne an der Schaafenstraße. „Schwere Vorwürfe wegen neuer Ring-Bühne in Köln - Stadt nimmt Stellung“ ist heute im *Express* zu lesen.

Auch da hat die Stadt noch einmal darauf hingewiesen, dass sie ja nicht erst seit gestern jemanden sucht. Aber umso wichtiger wäre es gewesen und umso mehr wäre es doch auch möglich ge-



wesen, rechtzeitig das Gespräch mit der Community zu suchen. Dass das unterblieben ist, ist ein großer Fehler und legt einen großen Schatten auf diese Veranstaltung und auf diese Bühne, die hier aufgebaut wird.

Deshalb kann ich Ihnen von unserer Seite aus sagen: Wir werden heute diese Dringlichkeitsentscheidung mit Ihnen genehmigen, weil wir der Meinung sind: Jetzt ist es so. Dann muss auch das Geld zur Verfügung stehen, um das Sicherheitskonzept dort durchzuführen.

Wir finden es grundsätzlich gut, dass sich eine Gesellschaft gefunden hat, die sich dieses Engagement ans Bein bindet. Das möchten wir ausdrücklich unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Daran, ob das der richtige Platz für diese Bühne ist, haben wir mit Blick auf die Schaafenstraße arge Zweifel. Das wollen wir ganz ausdrücklich betonen.

Deswegen möchte ich auch einen Hinweis geben. Unter Ziffer 4 ist eine Evaluation vorgesehen, die dem AVR vorgelegt werden soll, und unter Ziffer 5 geht es um das Suchen nach einer Veranstaltung für den 11.11. Sowohl bei der Evaluation als auch bei dem Suchen nach einer Veranstaltung für den 11.11. müssen dringend die Vertreter der Community mit einbezogen werden. Sie müssen ihre Erfahrungen darstellen können. Und wenn es so kommt, wie sie befürchten, müssen wir das sehr ernst nehmen. Dann ist das für den 11.11. im Zweifel auch nicht der richtige Platz.

Das hängt jetzt alles sehr davon ab, wie es übermorgen läuft. Am 11.11. ist es noch einmal ein anderes Publikum als an Weiberfastnacht, im Zweifel sogar das härtere Publikum. Deswegen haben wir, wenn das am 11.11. noch einmal laufen soll, arge Zweifel, ob das der richtige Platz ist. Auf jeden Fall darf es nur abgestimmt mit der Community vor Ort erfolgen.

Das ist die Kritik, die wir am Verfahren haben. Sie ist auch deutlich. Trotzdem werden wir heute zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Krupp, es wird - um das nur noch einmal richtig einzuordnen - keine Bühne geben. Das ist auch bekannt. Es ist auch besprochen worden. Aber

das macht gar keinen Unterschied. Die Schaafenstraße findet es auch ohne Bühne nicht richtig.

Die Frage ist ja, ob sie rechtzeitig eingebunden worden sind. Eingebunden wurden sie nämlich, und zwar in dem Moment, als klar war, dass Geld zur Verfügung steht, dass die Grosse von 1823 diese Veranstaltung überhaupt macht. Die Dringlichkeitsentscheidung ist vom 22. Dezember 2023. Das war ein Freitag.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Wenn man diesen Ort aber vorher ausgewählt hat!)

- Nein, man hat ihn - - Es war überhaupt nicht klar, ob man diese Veranstaltung überhaupt machen würde. Das Geld wurde erst dann zur Verfügung gestellt.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ja! Aber wenn man sie macht, wollte man sie dort machen!)

Außerdem habe ich persönlich mit dem Queer-Beauftragten der Polizei telefoniert. Ich habe ihm den Rücken gestärkt und gesagt, dass ich doch davon ausgehe, dass er der Queer-Beauftragte ist, um sich auf der Seite der Polizei dafür einzusetzen, dass der Schaafenstraße da nichts passiert.

In dem Moment, wo die Veranstaltung geplant wurde - und das war erst nach dem 22. Dezember 2023 -, hat man die Community mitgenommen.

Zwar hat Herr Weiler gesagt, er würde für das gleiche Geld drei Veranstaltungen machen. Das ist aber etwas ganz anderes.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Das ist nicht unser Thema! Das ist ein ganz anderes Thema!)

- Das ist ein ganz anderes Thema. Es hat hiermit überhaupt nichts zu tun.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Das ist bei uns nicht angekommen!)

- Nein, es sollte auch nicht ankommen. Wenn man sich verweigert, Informationen entgegenzunehmen, kommen sie auch nicht an. Aber dann liegt das an dem Empfänger dieser Informationen.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Das ist bei uns anders angekommen!)

- Das tut mir leid. - Ich habe, wie gesagt, mit dem Queer-Beauftragten der Polizei und mit Herrn Weiler selbst gesprochen.



Wir streiten also um das Thema „rechtzeitig“ und nicht um das Thema „Bühne“; denn es gibt keine Bühne.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Rechtzeitig - und dann natürlich auch Konsequenzen ziehen, wenn die Kritik da ist!)

- Ja, aber welche Konsequenzen? Dass ich keine Veranstaltung mache?

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Im Zweifel an einem anderen Ort!)

- Ich kann Sie jetzt leider nicht verstehen. - Aber wie dem auch sei: Wir stimmen jetzt darüber ab. Und auch wir lernen, dass - - Erst hat Herr Breite das Wort. Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Ich traue mich ja fast gar nicht hierhin, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ach nein. Ich beiße ja nicht.

Ulrich Breite (FDP): Sie beißen nicht. Das ist ja gut. Ich hatte hier richtig den Eindruck: Hui, hui, hui! - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Weil ich ja Ihr langjähriges Engagement für die Community kenne, verstehe ich schon, dass Sie das Thema natürlich auch bewegt. Da gab es auch Kritik; das ist vollkommen richtig. Das muss man in der Tat ernst nehmen. Das nehmen Sie auch ernst. Darüber freue ich mich auch; das verstehen Sie auch. Wenn ich jetzt Herrn Krupp höre, der sich mal so stark dafür einsetzt, muss ich ja fast schon gar nicht mehr hier stehen. Es ist schön, wenn Sie es sagen. Das höre ich gerne von der SPD. Da gab es auch mal andere Zeiten. Aber jetzt ist ja der Tag da. Ich finde es toll, wie Sie hier gekämpft haben.

Ich muss aber auch sagen: Herr Joisten - das ist Ihr Fraktionsvorsitzender - war beim Runden Tisch Karneval dabei. Frau Oberbürgermeisterin und die Stadtdirektorin waren auch da. Dort hat man, glaube ich, deutlich das Sicherheitskonzept mitbekommen. Die haben daran gearbeitet. Das muss man wirklich sagen. Uwe Weiler - der Name ist hier ja schon genannt worden; das ist der Geschäftsführer von ColognePride, die den CSD ausrichtet - kennt sich natürlich mit Veranstaltungen dieser Art aus und sieht auch zu; schöne Grüße. Er muss aber auch zur Kenntnis nehmen,

dass dort Sicherheitskonzepte umgesetzt werden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Was wollen Sie denn jetzt?)

So kann man zum Beispiel nicht von der Veranstaltung in die Schaafenstraße gehen, sondern nur von der Schaafenstraße auf den Hohenzollernring zu der Veranstaltung gehen. Da gibt es schon etwas. Da muss man sagen: Alle Achtung! Da wird etwas gemacht.

Ich kann auch nachvollziehen, weil in der Community schon so viel passiert ist, dass man das überdenkt.

Ich habe auch mitbekommen, dass man bei der Verwaltung überlegt, am 11.11. vielleicht andere Standorte zu nutzen.

Wir werden uns das anschauen - Herr Krupp, vielleicht nicht Sie. Aber Sie haben ja Ihre beiden Damen, die da so gut vernetzt sind, angesprochen. Ich werde mir das wahrscheinlich auch anschauen - das können Sie sich denken - und vielleicht auch ein bisschen feiern.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein bisschen!)

- Ein ganz klein wenig. - Wir wollen doch hoffen, dass das alles gutgeht. Man muss sagen - da wird Herr Joisten, Ihr Fraktionsvorsitzender, bestimmt nicken -, dass das, was die uns dort vorgestellt haben, schon durchdacht ist. Dann wollen wir doch hoffen, dass das alles gut und friedlich klappt.

Darum werden wir jetzt auch der DE zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch.

(Floris Rudolph [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe eine Frage!)

- Ja, bitte.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Was da an der Schaafenstraße passiert, hat ja heute hier für sehr viel Erregung gesorgt. Deswegen ist meine Frage, ob Sie vielleicht kurz darstellen können, wie es um



das Sicherheitskonzept steht und was das Konzept genau beinhaltet, um die Schaafenstraße wirklich zu schützen. Denn es gibt ja genau dieses Konzept, um auch den Konflikten vorzubeugen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erst einmal ist das eine Frage für den Fachausschuss. Aber ich weiß nur, dass genau das, was Herr Breite gerade gesagt hat, geplant ist, nämlich dass die Schaafenstraße zur Einbahnstraße für Besucher des Ringes werden soll. Der Zustrom geht also in diese Richtung, aber nicht andersherum. Das ist mit der auch angesprochenen Schwierigkeit verbunden, dass man die Schaafenstraße nicht mehr über die Ringe erreichen kann. Aber so ist das an Karneval nun einmal. Es gibt auch Anwohner, die ihre Wohnung nicht mehr auf dem gleichen Weg wie sonst erreichen können. Das ist die Konsequenz einer Veranstaltung. Das gibt es auch bei Rund um Köln und andauernd, wenn solche Veranstaltungen geplant werden. Ansonsten würde ich sagen, dass nur die Fachverwaltung das Sicherheitskonzept eingehend erläutern kann.

(Zuruf: Das ist doch alles eingehend besprochen worden! - Weitere Zurufe)

Herr Rudolph, ich kann jetzt leider nichts dazu sagen. Ob die Stadtdirektorin das kann, weiß ich nicht.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Ich kann immer etwas sagen; das ist ja klar. Aber es ist tatsächlich in den Fachausschüssen hinlänglich erläutert worden. Es ist auch in der Presse dargestellt worden, auch die Abbildung. Vielleicht suchen Sie noch einmal. Sie haben das Handy schon in der Hand. Die Abbildung des Sicherheitskonzeptes ist ja auch veröffentlicht worden. Insofern kann man eigentlich selbstständig alles finden. Entschuldigung.

(Beifall bei der FDP und der SPD - Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist keine Antwort auf die Frage!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lieber Herr Klemm, es ist eine Antwort. Die Antwort gefällt Ihnen nicht; das mag sein. Man muss hier in diesem Rat manchmal damit leben, dass die Verwaltung so antwortet, wie sie antwortet, und dass Ihnen das nicht gefällt oder dass Ihnen das nicht ausreichend ist. Aber dass man bei der Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung das, was

in den Fachausschüssen vorausgegangen ist, noch einmal im Rat erläutert, ist doch wirklich ungewöhnlich.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht mehr. - Doch. Es gibt noch Fragen der AfD. Bitte sehr.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Aber ich hatte mich auch schon etwas länger gemeldet. Das konnten Sie nur nicht sehen. Alles gut!

Wir werden dieser Dringlichkeitsvorlage leider nicht zustimmen. Das hat mannigfaltige Gründe. Zum einen haben Sie es ja angesprochen: Runder Tisch Karneval. Wir sollten darüber informiert werden. Frau Blome, wann haben Sie uns das letzte Mal dazu informiert? Sie hatten uns das versprochen. Es ist nichts gekommen. Insofern ist es schwierig, wenn wir dann -

(Zurufe)

- Das ist so. Es ist nichts da.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch!)

- Nein. Bei uns nicht. Herr Breite, ich wusste gar nicht, dass Sie ab und zu bei uns in der Fraktion sitzen. Aber das scheint der Fall zu sein. Sie wissen es besser als ich. Da freue ich mich. Dann kommen Sie doch morgen mal vorbei und zeigen mir das, Herr Breite. Ja, ich freue mich wirklich, Herr Breite, wenn Sie mir zeigen, wo das dann bei mir abgespeichert ist oder auf dem Schreibtisch liegt. Das wird interessant.

Aber das soll gar nicht das Thema sein. Es gibt - das wurde ja schon von der SPD angesprochen - unter anderem in der Community, aber auch bei den Gastronomen kritische Äußerungen. Wir konnten uns hiervon leider nicht überzeugen und müssen dann dementsprechend auch dagegenstimmen. Ich denke, dafür werden Sie Verständnis haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, Fragen oder Anmerkungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Dringlichkeitsentscheidung vom 22. Dezember 2023, die um die Dringlichkeitsentscheidung vom 5. Februar 2024



ergänzt wurde, abstimmen. Beide sind heute zu genehmigen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD und der Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

18.3 Fortführung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes 3201/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

18.4 Nutzung der sog. „Uni-Wiese“ im Landschaftsschutzgebiet „Innerer Gürtel“ während des Straßenkarnevals 2024 hier: Entscheidung über den Widerspruch des Naturschutzbeirates zur beantragten Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG 0193/2024

Wortmeldungen? - Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will nur kurz erklären, warum wir uns enthalten werden. Ich werde jetzt keine inhaltliche Debatte anzetteln, wie das Herr Krupp vorhin gemacht hat, sondern möchte nur ganz kurz erklären, dass wir nach wie vor eine Nutzung des Landschaftsschutzgebietes für Karnevalsveranstaltungen ablehnen.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Aus rein inhaltlichen Gründen wäre jetzt auch eine Ablehnung konsequent. Allerdings fühlen wir uns natürlich an die Beschlüsse der Gremien davor gebunden und werden uns dementsprechend enthalten.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wer hat die denn dann unterschrieben, wenn die Grünen als Mehrheitsfraktion nicht dabei waren?)

- Nein, haben wir nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind jetzt schon bei TOP 18.4. Das hat nichts mit der Dringlichkeitsentscheidung für das Geld für die

Veranstaltung zu tun. Wir sind bei Tagesordnungspunkt 18.4.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ja. Frau Oberbürgermeisterin, es mag ja sein, dass meine Frage falsch ist. Aber vielleicht darf ich es noch mal erklären.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, falsch ist sie nicht.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Nein. Aber der Punkt ist: Wir genehmigen ja Dringlichkeitsentscheidungen. Und wenn jetzt die größte Fraktion - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war eine Entscheidung des Hauptausschusses.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Gut. Alles klar. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber ich diskutiere auch gern noch mal über die Uni-Wiese.

(Zurufe: Nein! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist alles gesagt!)

- Gut. - Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 18.4? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Die Fraktion Die FRAKTION und KLIMA FREUNDE & GUT stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich bitte, nun die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Vielen Dank für Ihren Besuch.

(Schluss: 20.32 Uhr)